

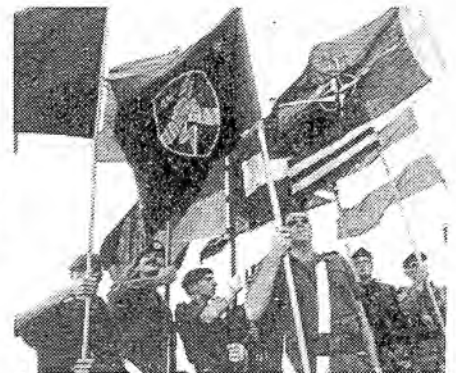
# Politische Berichte



14. November 1986  
Jg. 7 Nr. 23

G 7756 D

Preis:  
2,50



Imperialisten gegen Syrien: Wer der Befriedung im Wege ist, soll keinen Frieden haben Seite 8



Demokratisches Kampuchea: Militärische Initiative gegen Besatzertruppen Vietnams Seite 13



Republikaner nach den Bayernwahlen: Stramm deutschnational und mit offener Ausländer- und Asylbewerberhetze Seite 19

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21658. Preis: 2,50 DM

---

Aktuelles aus Politik  
und Wirtschaft

---

**"Innere Sicherheit":** Politischer Widerstand soll zum unkalkulierbaren Risiko werden ..... 4

**Neues Asylgesetz:** Einreise behindert, Schnellabschiebung..... 7

**Rundfunkfreiheit:** BVerfG für "das Grundelement privatautonomer Gestaltung" ..... 7

**Imperialistische Drohungen gegen Syrien:** Wer der Befriedung des Nahen Ostens im Wege ist, soll keinen Frieden haben..... 8  
Ziele und Ergebnisse des Libanon-Krieges 82/83..... 9

**Politische Gefangene:** Isolationshaft und Quälerei gehen weiter. BRD als EG-Polizeimacht.... 10

---

Auslandsberichterstattung

---

**Brasilien:** Harte Auseinandersetzungen um die Landreform..... 12  
Der "Fortschritt" der imperialistischen Konzerne ..... 13

**Demokratisches Kambodscha:** Militärische Initiative gegen Besatzertruppen Vietnams..... 13

**Großbritannien:** Thatcher plant Schulen für neue Elite..... 14

**Spanien:** Opposition gegen NATO-Geheimverhandlungen..... 14

**Iran:** Opposition auch unter den Besitzenden..... 15

**Belgien:** Reaktionäre Sammlungsversuche hinter einem aufgebauchten "Sprachenstreit" ..... 15

Internationale Meldungen..... 16

---

Aus Verbänden und Parteien

---

**Veröffentlichungen:**  
WSI-Sonderheft zu Frauenarbeit.. 18  
Erneutes Verfassungsgerichtsurteil für § 218?..... 18  
WSI-Materialien Krankenstand... 19

**Republikaner:** Stramm deutsch-national und mit offener Ausländerhetze..... 19

---

Reportagen und Berichte  
regional

---

Regionale Nachrichten..... 21

**Boehringer Mannheim:** Schließung des Chemiebetriebs 21 ab-

**Strauß war kein Nazi,  
nur Karrierist?**

Die Behauptung, der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Bayerns, Franz Josef Strauß, sei ein "zuverlässiger Streiter für den Nazistaat" gewesen, kostet den Chefredakteur der DKP-Tageszeitung "Unsere Zeit" (UZ) 2 100 Mark. Zur Zahlung dieses Betrages wurde Georg Polkeit vom Amtsgericht Neuss am 29.10.86 verurteilt, weil es sich bei dieser Aussage um "politisch üble Nachrede" handeln würde. Strauß selber hatte die UZ angezeigt, weil sie in einem Artikel über Strauß aus dessen umfangreicher Tätigkeit für die Nazis diesen Schluß gezogen hatte. Der CSU-Chef mußte zwar bestätigen, daß er Rottenführer und weltanschaulicher Referent im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps, Mitglied im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund und Offizier für "wehrgeistige Führung" in der Wehrmacht war, doch dies alles habe er nur gemacht, um in seiner Karriere als Student, Beamter und Offizier voranzukommen. Strauß hat für sich selbst in Anspruch genommen, was die Linie aller NS-Verbrecher in ihren Gerichtsverfahren war. Sie alle hatten beteuert, nur Räder im Getriebe, treue Beamte und Diener des NS-Staates gewesen zu sein. Für die Insassen der KZ's oder die Gefangenen in den Gestapokellern hat es allerdings keinen Unterschied gemacht, ob die Henkersknechte aus Überzeugung, Pflichtbewußtsein oder Karrieresucht gehandelt hatten. - (rub)

**Ohne Front gegen Nachtarbeit  
Flexi-Strategen übermütig**

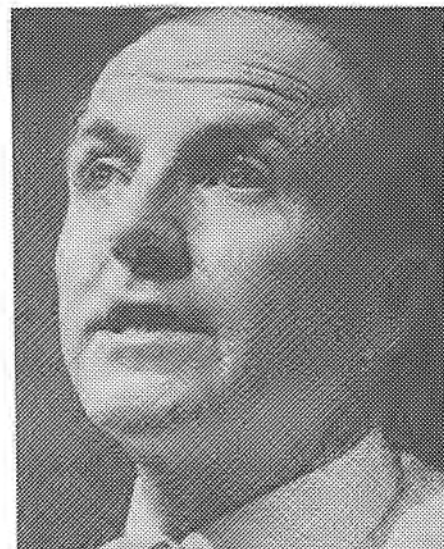
Nach dem IGM-Gewerkschaftstag haben Franz Steinkühler sowie Klaus Zwickel, im Vorstand inzwischen für Tarifpolitik zuständig, und Klaus Lang, Leiter der IGM-Tarifabteilung, vor Journalisten über ihre Vorstellungen zur Tarifbewegung 1987 geplaudert. Zugehört und berichtet hat auch das Handelsblatt: "Die Gewerkschaft übernimmt voll das 1984er Flexi-Konzept der Arbeitgeber."

Diese Titelzeile unterschlägt kühl all das, was die IGM-Vorstandsleute entsprechend Beschlüssen oder Positionen des Gewerkschaftstags gegen Flexibilisierung, auch gegen die 84er Forderungen und Regelungen, vorgebracht haben: also z.B. die Forderung nach dem freien Samstag und Sonntag, nach einheitlicher Arbeitszeit für alle, ohne betriebliche Öffnungen. Oder auch die Abwehr von Arbeitsverdichtung im Zusammenhang mit Arbeitszeitverkürzung, indem "... im Zusammenhang mit der 35-Stunden-Woche auch die Arbeits- und Leistungsbedingungen kontrolliert und verbessert werden" sollen.

Liebevoll tätschelt das Handelsblatt dagegen folgende Haltung zur Betriebsnutzungszeit, wie sie auf dem

Gewerkschaftstag nicht beschlossen, sondern in der Diskussion kritisiert worden ist: "Betriebsnutzungszeiten, die länger sind als die Regelarbeitszeit, sind immer möglich, das hängt ausschließlich von der Arbeitsorganisation des Betriebes ab, sofern nur die Eckwerte der IG Metall eingehalten werden". Nun gibt es zwar Eckwerte für die Länge, aber nicht für die Lage der Arbeitszeit. Mit der längeren Betriebsnutzung wird also auch Arbeit in Schicht und Nacht angeboten.

In der aktuellen Diskussion in der IG Metall über die aufzustellenden Forderungen wäre wichtig festzuhalten: Nachtarbeit darf im Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung nicht gefördert, sondern muß bekämpft werden. Durch tarifliche Regelung sollte



festgelegt - und nicht betrieblich freigegeben - werden, in welchem Rahmen die Normalschicht zu liegen hat. Und zur Einschränkung von Nachtarbeit sollte Arbeitszeitverkürzung für Nachtarbeiter tatsächlich auch in der Nacht erfolgen. (Alle Zitate aus Handelsblatt vom 6.11.86) - (rok)

**Hamburg-Wahl: SPD im  
strategischen Tief**

Durch eine schlimme Niederlage der SPD von 51,3% auf 41,8% ist der Ausgang der Bürgerschaftswahlen gekennzeichnet. Die Wahlbeteiligung ging von hohen 84% auf 78,1% zurück, 70000 weniger als im Dezember 1982 gingen zur Wahl. 130000 Stimmen büßte die SPD ein. Dieser Niedergang resultiert v.a. daraus, daß es Anliegen der SPD war, sämtliche Konturen hin zur CDU zu verwischen und sich als bessere Wirtschafts- und Polizeipartei darzustellen. Von Reformismus war kaum mehr eine Spur zu entdecken; die Hauptverluste waren denn auch in traditionellen SPD-Hochburgen zu verzeichnen. Die CDU ist mit 41,9% stärkste Partei, ca. 3500 Wähler hat sie zu 1982 (38,6%) hinzugewonnen. Noch am Wahlabend bot sie der SPD wiederholt eine große Koali-

tion an. Deutsche-Bank-Vorständler van Hooven zerstreute Reporter-Befürchtungen über eine Neuauflage der "Apo-Zeiten" für diesen Fall: Man müsse den Mut haben, sich durchzusetzen. Die GAL erzielte mit 10,4% ein Stimmenplus von ca. 30000. Das ist erfreulich, insofern sie einer "Gewalt"-Hetzkampagne ausgesetzt war; bedingt erfreulich, insofern in ihrem Programm Haltepunkte gegenüber der Reaktion dünn gesät sind. Rund 1% der Stimmen, nämlich 8504, konnten die Faschisten HLA (6513, 1982: 2804), Patrioten (468), ARG (806) und FAP (717), die einen extrem rassistischen Wahlkampf führten, auf sich vereinigen. – Die DKP, die zur GAL- und SPD-Wahl aufrief, erzielte 1607 (1982: 3885) Stimmen, die wohl ihr "harter Kern" abgab. Mit 198 Stimmen konnte der BWK etwa die Zahl der regelmäßigen Leser dieser Zeitschrift in Hamburg einstellen. 1982 wurden 716 Stimmen für KPD/BWK abgegeben. Revolutionäre Bündniskandidaturen müssen weiter und verstärkt angestrebt werden. Aber Nicht-Kandidatur von Revolutionären befand der BWK-Hamburg nicht als die Alternative dazu. – (wal)

**ÖTV gibt Kampf gegen Niedriglohnzone auf**

Die Große Tarifkommission (GTK) der Gewerkschaft ÖTV will in der kommenden Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst erreichen, daß die Einkommen zwischen 5% und 7% erhöht werden. Von der Bundesregierung wird darüber hinaus eine "deutliche Nachbesserung" des Vorruhestandsgesetzes gefordert, um auf besserer gesetzlicher Grundlage eine tarifliche Vorruhestandsregelung vereinbaren zu können.

Die Forderung nach einer Vorruhe-

standsregelung wird an die Nachbesserung des Vorruhestandsgesetzes geknüpft. Offensichtlich hat sich in der Gewerkschaft ÖTV die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine tarifliche Regelung auf Grundlage des derzeit gültigen Gesetzes zu einem dermaßen niedrigen Vorruhestandsgeld führen würde, daß nur Spitzenverdiener den Vorruhestand in Anspruch nehmen könnten. Da eine gesetzliche Nachbesserung aber so gut wie ausgeschlossen ist, steht zu befürchten, daß die Gewerkschaftsmitglieder in eine heillose Debatte über das Für und Wider einer Vorruhestandsregelung gestürzt werden, die Forderung danach aber klammheimlich fallengelassen wird.

In der Einkommensfrage will der Hauptvorstand der ÖTV einen Kurswechsel, er will weg von besonderen Anhebungen der unteren Einkommensgruppen. Auf der Sitzung der Großen Tarifkommission vom Juni sprachen sich fünf von sechs Arbeitsgruppen dafür aus, daß "das gegenwärtige Spannenverhältnis bei Löhnen und Vergütungen gerechtfertigt" ist. Auf der Arbeitstagung des Bundesarbeitsausschusses Ende September wurde bemängelt, daß "bei jedem Festbetrag... sich die Struktur noch mehr zuungunsten der Facharbeiter" verschiebt.

Während die Dienstherrn mit Teilzeitarbeit, befristeten Arbeitsverträgen, ABM u.ä. eine neue Niedriglohnzone im öffentlichen Dienst schaffen, versucht der Hauptvorstand der ÖTV, die Tarifaueinandersetzung an Facharbeiterinteressen auszurichten, gibt er der reaktionären Losung "Leistung muß sich wieder lohnen!" nach. Ohne aber gegen die Niedriglohnzone anzugehen, wird es auch für die Facharbeiter nur Verluste geben. – (kar)

gewehrt. McKinsey fischt weiter im Trüben..... 22

**Arbeitsschutz:** "Wenn wir alles prüfen, gibt es bald keine Arbeit mehr"..... 22

**VW:** Der Sonnabend-Coup, kleines Flexi-Lehrstück..... 23

**Rheinland-Pfalz:** Freie Wählergemeinschaft kandidiert zu Landtagswahlen..... 23

**Agrarpolitik:** Wirkung der Forderung der Bauernopposition nach gestaffelten Erzeugerpreisen .... 24

**Gemeindeordnung:** Der fünfte Bürgerentscheid scheitert ..... 25

**NRW-Konferenz:** Offener Brief gegen faschistische Kandidaturen. 25

**Haushalt 1987:** Das Luftdrehkreuz München – Die Wirtschaftsinteressen der Konzerne diktiert die Kommunalpolitik..... 26  
Armut in einer Luxusmetropole... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

**Landeskatastrophenschutz:** Stellungnahmen gegen den geplanten Gesetzentwurf ..... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

**"Der Name der Rose":** Mord im Kloster mit intellektuellem Happy End..... 30

**Doris Dörries Film "Paradies":** Über die Auflösung eines Mittelklasse-Traums..... 30

**Krieg der Sterne, Teil IV:** Dümliches, rassistisches Weihnachtsmärchen ..... 30

**Malerei:** Tremezza v. Brentanos Bilder: Ein anderer Realismus .... 31

**Aus der Diskussion der Organisation:** Nach dem Kongreß werden einige Probleme klarer..... 31

**Kongreß zu den Bundestagswahlen:** Vortrag in der AG Antifaschismus..... 32

Spezialberichte

**VR China:** Die Kulturrevolution hat das Klassenbündnis und die Führung der Arbeiterklasse darin nicht gefestigt..... 34



An den 13 Veranstaltungen, auf denen der azanische Genosse Roy Mduu über die Todesurteile gegen sechs Azanier informierte (Bild: Hamburg), beteiligten sich 700 Menschen. Sie spendeten über 6000 DM, dazu kommen Einzelspenden. Der Kampf gegen die Todesurteile tritt jetzt in die entscheidende Phase, die Berufungsverhandlung steht bevor. Spendet für die Verteidigung! Konto: R. Lötzer, BfG Köln, Nr. 21 54424600 (BLZ 370 101 11)

Titelbild: Karikatur, psy, Gö.

## Innere Sicherheit – "Bekämpfung des Terrorismus"

**Politischer Widerstand soll zum unkalkulierbaren Risiko für den Einzelnen werden**

Am 6. November ist der "Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus" in erster Lesung im Bundestag behandelt worden und mit den Stimmen der Regierungsparteien zur Weiterverhandlung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden. Die Regierung plant, den Gesetzentwurf noch in dieser Legislaturperiode, wenn möglich noch in diesem Jahr, zur Verabschiedung zu bringen. Wenn auch nicht in dem Tempo, mit dem die Große Koalition der inneren Sicherheit im Jahre 1976 die Verschärfung des Strafgesetzbuches, des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung durchpaukte, aber doch gegenüber dem erheblichen Gesetzgebungsverfahren erheblich beschleunigt wollen die Regierungsparteien, Unionsparteien wie FDP, das Gesetz unter Dach und Fach bringen. Die Regierungsparteien wollen jede Irritation in den Funktionsreihen der Bourgeoisie vermeiden, die angesichts des Vorgehens der RAF entstehen mag. Sie gehen davon aus, daß jeglicher nichtparlamentarischer Widerstand gegen die Regierungspolitik erstickt werden muß, und sie setzen darauf, daß ihre Anhängerschaft das Vorgehen billigt. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag erläuterte auf dem CDU-Kongreß "Gegen Terror und Gewalt – den Inneren Frieden sichern":

"Die Angriffe reichen von verbalen Attacken gegen den Staat und seine Organe wie z.B. Justiz und Polizei über die Propagierung eines zivilen Ungehorsams gegen den Staat, Auf-

rufe zum Boykott, Krawalle und Randalen gegen staatliche und private Einrichtungen bis hin zu terroristischen Anschlägen auf Sachen und Menschen ... Der praktizierte zivile Ungehorsam im Rahmen der Nachrüstung und heute bei den Auseinandersetzungen um die Kernenergie ist schlicht als Rechtsbruch zu bezeichnen, der geahndet werden muß. Gleiches gilt für Boykottaktionen und die Vorbereitung des Generalstreiks ... Wenn Bestreben geknackt, Strommasten umgesägt, Polizei- und andere Fahrzeuge beworfen und beschossen werden, ist das umgesetzte kriminelle Energie."

**Öffentliche Hetze und Großfahndung**

Die Fahndungsmaßnahmen, die von den Bundesbehörden durchgeführt werden, deuten ebenfalls darauf, daß weit mehr als allein die RAF getroffen werden soll. In Baden-Württemberg hat die Polizei Großfahndungen durchgeführt, die Bürgerkriegsübungen gleichen: Brücken- und Autobahnsperren zwecks Personenkontrollen, das Gewehr im Anschlag, so berichtet die Zeitung "Unsere Zeit". In Düsseldorf durchsuchte die NRW-Polizei ganze Straßenzüge, in Köln kontrollierte sie in einzelnen Stadtvierteln jeden Straßenpassanten.

Die Regierung hat beschlossen, daß die Fahndung in Zeitungen und Fernsehen verstärkt betrieben werden soll. Das heißt, das Bundeskriminalamt wendet sich mit seinen zusammengefügten Fahndungsbildern und Fahndungsartikeln an die Zeitungen

und die Fernsehanstalten, damit sie dort an passender Stelle veröffentlicht werden. In den Tageszeitungen erscheinen diese Fahndungsaufrufe wie Artikel, denen die staatliche Autorenenschaft kaum anzusehen ist. Das Verfahren kommt einer Gleichschaltung nahe.

Die grüne Opposition hat sich bis jetzt an solcher Menschenjagd nicht beteiligt. Ihr gegenüber sind die Brüder des getöteten Georg von Braunmühl an die Öffentlichkeit getreten. Sie veröffentlichten in der "taz" einen Aufruf an die Rote Armee Fraktion, dessen Quintessenz ist, die RAF möge sich stellen, damit "Diskussion" möglich ist. Der Aufruf wendet sich an das "taz"-Leserpublikum. Dem wird durch nicht überprüfbare Zitate aus RAF-Stellungnahmen nahegelegt, daß die RAF ein moralisch vollständig verkommener Haufen ist. Der Aufruf unternimmt den Versuch, antiimperialistischen und antifaschistischen Widerstand zu diskreditieren, in dem er die Mittel der RAF als faschistisch kennzeichnet.

**Strafandrohung wird erhöht und ausgeweitet**

Der Gesetzentwurf enthält Änderungen des Strafgesetzbuches und des Gerichtsverfassungsgesetzes. Die Regierungsfaktionen wollen den Katalog von Straftaten, die eine Vereinigung als "terroristisch" definieren, um folgende Straftatbestände erweitern: Gefährdung des Bahn-, Schiffs- und Luftverkehrs und Störung öffentlicher Betriebe, das sind Eisenbahn, Post, öf-

**MLPD erwartet Erfolg vor dem BVerfG**

Am 7.11. hat die MLPD vor dem Landgericht Essen ihre Klage gegen die Kündigung ihres Kontos bei der Deutschen Bank gewonnen. Dies teilte sie auf einer Pressekonferenz am 11.11. mit, wohin sie geladen hatte, um zwei weitere Klagen, nun vor dem Bundesverfassungsgericht, bekannt zu machen. Die eine Klage ist eine Verfassungsbeschwerde gegen die Weigerung des Bundeswahlleiters, sie in die von ihm geführte Parteienliste aufzunehmen. Dann beantragt die MLPD beim Bundesverfassungsgericht, per einstweiliger Anordnung festzustellen, "daß die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) eine Partei im Sinne des § 2 Abs. 1 PartG ist". Die Anwälte der MLPD begründen dies u.a. so: "Nur durch eine entsprechende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vor der Sitzung des

Bundeswahlausschusses kann verhindert werden, daß nicht nur die Antragstellerin in ihren Grundrechten beeinträchtigt wird, sondern auch 44000000 Wahlberechtigte durch staatliche Organe bevormundet werden." Der Parteivorsitzende der MLPD, Stefan Engel, betonte, er halte die Klage für aussichtsreich. – (rül)

**NL-General aus NATO-Kommando gefeuert**

Der NATO-Bereich Europa ist in die drei Befehlsbereiche Nord, Mitte und Süd unterteilt. Befehlshaber des Mittelabschnitts (AFCENT) mit Sitz in Brunsum (Niederlande) und somit Kommandeur der NATO-Zentralfront ist der BRD-General Chalupa. Wegen wiederholter Meinungsverschiedenheiten mit Chalupa wurde Ende Oktober der Chef des Stabes bei AFCENT, der niederländische General Berkhof, abberufen. Aufgabe des Stabes ist, durch Ausarbeitungen die Befehle des

Kommandeurs vorzubereiten. Die NATO hat über den Streit wenig rausgelassen; bekannt ist aber, daß es um die NATO-Strategie ging. Ganz offensichtlich hat Berkhof die "Vorverteidigung", ergänzt um den "Schlag in die Tiefe" der Sowjetunion, kritisiert. Der Vorgang dokumentiert die Stellung der BRD in der NATO: Der Oberbefehlshaber ist mit dem Stabschef nicht einverstanden; die niederländische Regierung ist gezwungen, den Mann auszutauschen. – (jok)

**Weltgrößte Exportmacht, 183 Mrd. DM im Ausland**

Erstmals werden die BRD-Imperialisten 1986 die größte imperialistische Handelsmacht der Welt sein. Das berichtete am 23.10. das "Institut der deutschen Wirtschaft" des BDI. 11,6% am Weltexport – damit hat sich die BRD den größten ausländischen Absatzmarkt unter allen Imperialisten erobert. Die USA liegen mit 10,4% auf





Sogenannte Schleppnetzfangung 1977. Ins Netz ging keiner, aber die Jagd auf RAF-Mitglieder mit allen Mitteln war erlaubt.

fentlicher Verkehr, Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Energie, Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Das Strafmaß für Gründung und Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" wird auf ein Jahr bis zehn Jahre Haft verdoppelt.

Für die Aburteilung der nach § 129a Angeklagten sind die Staatsschutzkammern der Oberlandesgerichte zuständig. Ihre Zuständigkeit wird mit Erweiterung des Paragraphen ebenfalls ausgeweitet, untere Instanzen damit ausgeschaltet.

Erneut soll der § 130a ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden, wonach Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe jedem droht, der schriftlich oder mündlich in der Öffentlichkeit bzw. Versammlungen Anleitungen zu den in § 129a aufgeführten Taten gibt.

Die Bundesanwaltschaft erhält wei-

tere Fahndungskompetenzen, und zwar zum einen durch die Erweiterung des § 129a, zum anderen sieht das Gesetz vor, daß die Bundesanwaltschaft künftig auch gegen "terroristische Vereinigungen", die ihren Sitz im Ausland haben, ermitteln kann, bisher waren die örtlichen Staatsanwaltschaften zuständig, wenn eine Anzeige erfolgte. Die Absicht, künftig auch ausländische Organisationen verstärkt zu verfolgen, ist eindeutig. Antiimperialistische Propaganda von Befreiungsorganisationen in der BRD soll unterbunden werden, die Unterstützung von Kämpfen gegen die imperialistischen Umtriebe der BRD und anderer Staaten unmöglich gemacht werden.

Die in der Öffentlichkeit diskutierte "Kronzeugenregelung" ist weiterer Bestandteil des Gesetzes. Danach können die Staatsschutzkammern von der Verurteilung nach den Mindeststrafen absehen, wenn ein Mitglied

oder Sympathisant aus dem Umfeld einer Vereinigung, die von der Bundesanwaltschaft als "terroristisch" eingestuft wird, bereit ist, als Zeuge gegen andere Mitglieder auszusagen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Zeuge selbst an der Vorbereitung von Anschlägen oder ähnlichem beteiligt war – Straffreiheit oder Straf-minderung wird ihm auch dann zugesichert, wenn er über Angelegenheiten aussagt, von denen er gehört hat.

Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß Spitzel aus Polizei oder Verfassungsschutz als Kronzeugen auftreten können, ohne daß ihre staatliche Anstellung bekannt wird. Außerdem soll die Verurteilung von Leuten, die irgendeine Verbindung zum "terroristischen" Widerstand haben, per Kronzeugenaussage leicht werden.

Die Union verlangt in der Debatte um die Innere Sicherheit außerdem, daß endlich der Landfriedensbruchparagraph wieder eingeführt wird, das bedeutet, daß Demonstrationsteilnehmer zu Gefängnis- oder Geldstrafen verurteilt werden können, wenn aus der Demonstration Steine fliegen oder andere Auseinandersetzungen mit der Polizei stattfinden. Gleichzeitig findet die Diskussion um den Benützung von Gummigeschossen durch Polizei gegen Demonstrationen statt. Mit Verletzungen und Gefängnisstrafen müssen dann viele rechnen.

Die Ausweitung der Straftaten, die den Vorwurf einer "terroristischen Vereinigung" begründen und die Erhöhung der Gefängnisstrafen zielen nicht allein auf die Leute, die die Bundesanwaltschaft als "harten Kern" bezeichnet. Daß nun auch Angriffe auf "Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung", das sind z.B. Ausländer- und Asylämter, Polizeifahrzeuge und -dienststellen, Bundeswehrdepots in den Terror-Katalog

Platz 2. Die gewaltigen Exportüberschüsse haben auch die Stellung der BRD als internationale Gläubiger-macht gestärkt. Das BRD-Auslandsvermögen erreichte im Juni nach Abzug aller Schulden an Ausländer 183 Mrd. DM. – (rül)

### Dunkelmann dreht am Nachtbackverbot

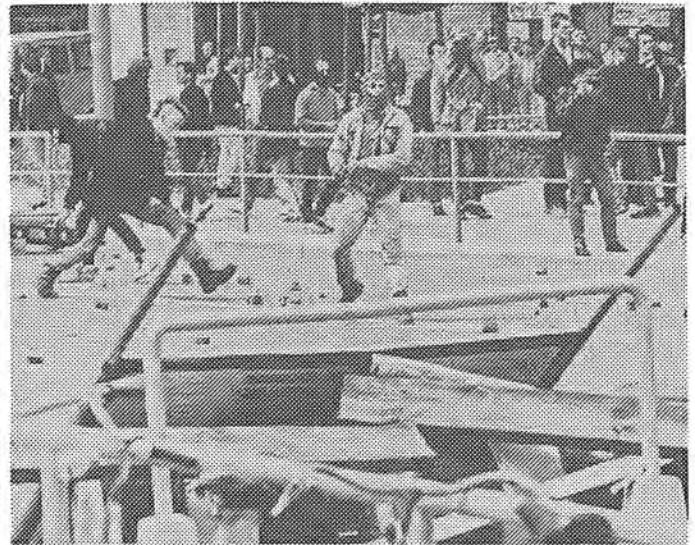
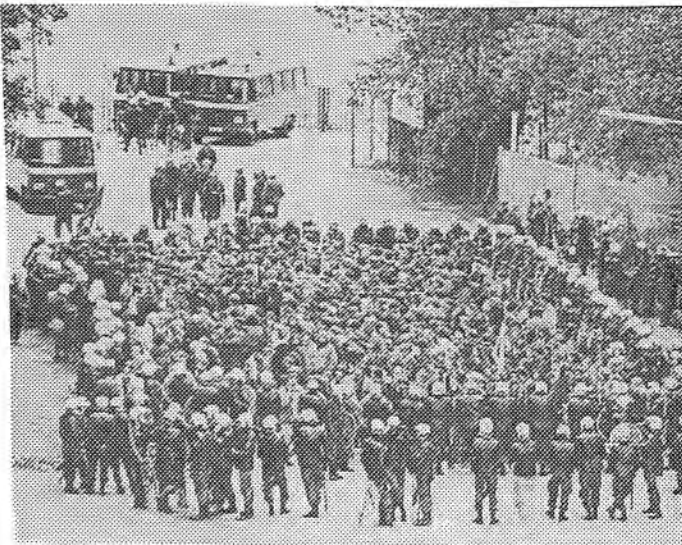
Im Kampf für Lebensflexibilisierung geht die Behörde verschlungene Pfade. Im August wurde das Stuttgarter Regierungspräsidium wegen der Verstöße von Großbäckereien gegen das Nachtbackverbot tätig. Brote, sagt die Backindustrie, brauchen zwei Stunden vierzig Minuten bis sie versandfertig sind, Brötchen ca. eine Stunde weniger. Da vor vier Uhr morgens nicht gearbeitet werden darf, haben die Handwerksbetriebe, die direkt verkaufen, eine Chance. Für die Großbäckereien ein Grund, seit Jahr und Tag und durch die Behörden geduldet

das Verbot nicht einzuhalten. Seitdem das Regierungspräsidium auf Einhaltung des Verbotes besteht, schaffen die Großen sich zähneknirschend schnellere Maschinen an und unterschreiben, sich mit bis zu 50000 DM bei Verstößen strafen zu lassen. Das Handwerk wird dadurch zur Nacharbeit getrieben, und prompt meldet man, die neue Vereinbarung stoße gerade in diesen Kreisen auf Widerstand. Bald, sehr bald ist die CDU die Sorge los, sie könnte durch die Aufhebung des Nachtbackverbotes einige stramme Parteibäckermeister vergrämen. – (maf)

### Bischöflicher Segen für Kopfschuß

München. Das "bisher längste Geiseldrama in der Kriminalgeschichte Münchens" endete mit gezieltem Kopfschuß durch die Polizei. Der 45 jährige arbeitslose Heizungsinstallateur Werner Bloy hatte 38 Stunden

lang seine Ex-Freundin mit der Pistole festgehalten, um sie zur Rückkehr zu ihm zu zwingen. Ein "Geiseldrama" wurde daraus, als ein riesiges Polizeiaufgebot von über 200 Mann den Wohnblock abriegelte und Scharfschützen postierte. Für die Freilassung verlangte Werner Bloy eine Million Mark und ein Fluchtauto. Bevor die Staatsanwaltschaft in einem Ermittlungsverfahren die Rechtmäßigkeit des Todesschusses – wahrscheinlich – feststellte, ließ das Erzbischöfliche Ordinariat München durch seine Pressestelle bereits erklären, daß "für den Fall, daß keine anderen Möglichkeiten gegeben sind, unschuldige Menschenleben vor dem Zugriff krimineller Gewalt zu schützen", der "finale Todesschuß" ethisch gerechtfertigt sei. Nicht mal mehr kampfunfähig machen steht zur Debatte. Wenn es staatlich verfolgt ist, so ist das Leben – geboren oder ungeboren – nichts mehr wert. – (doz)



Einkesselung von Demonstrationen und dann Feststellung aller Personalien, damit – so Bundesinnenminister Zimmermann – verhindert wird, daß "der Täter" sich in die Demonstration "zurückziehen" kann. Bild links: Hamburger Kessel. Bild rechts: Demonstration gegen die WAA in Wackersdorf.

aufgenommen werden, zielt darauf, jeglichen Widerstand gegen reaktionäre Politik zu illegalisieren. War schon seit einiger Zeit die Unterstützung der Kämpfe der politischen Gefangenen mit dem Risiko verbunden, als "Unterstützer" der RAF angeklagt zu werden, so sollen künftig auch Teile der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, der Bewegung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit usw. als "Terroristen" verfolgt werden können. Für faschistische Organisationen dürfte das Gesetzespaket eine Ermunterung sein, Anschläge auf Asylsuchende und antifaschistische Organisationen verstärkt fortzusetzen.

Die Regierungsparteien sehen offensichtlich die Gelegenheit, die politischen Opposition mit Geld- und Gefängnisstrafen niederzutreten. Sie gehen davon aus, daß die Vorteile der

Konjunktur ihre Anhängerschaft bei der Stange halten und die Hoffnungen, durch brutale Unterdrückung der armen Lohnarbeitenden auch in Krisenzeiten gut über die Runden zu kommen, erfüllt werden können. Verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage und wird die Gegenwehr gegen die Angriffe der Kapitalisten heftiger und verzweifelter, hat die Bourgeoisie ein Instrumentarium zur Verfügung, massenhaft Gegner der Kapitalistenklasse und deren Geschäftsinteressen einzusperren. Das ist nur möglich, wenn die Regierung die Öffentlichkeit auf ihrer Seite hat und die Kritik an den imperialistischen Machenschaften, den Geschäftsinteressen der Kapitalisten und den politischen Absichten der Reaktion schwach ist. Die SPD ist kein ernsthaftes Hindernis für die Regierung, denn sie hat selbst durch zahlreiche Gesetze und Vorschläge

den Boden für dieses Gesetzespaket mit vorbereitet. Die Regierung versucht jetzt, die Grüne Partei auf den Rechtsstaat zu prügeln und so ihre Opposition gegen Staat und Wirtschaftsordnung stumpf zu machen und ein Bündnis mit antifaschistischen und antiimperialistischen Kräften zu verhindern.

Die antifaschistische, antiimperialistische und antimilitaristische Opposition muß sich auf die Kritik der Reaktion, des Expansionismus der BRD und der reaktionären Sammlungsbewegung, die die Regierung betreibt, konzentrieren. Nur in der Verbesserung dieser Kritik besteht Aussicht auf erfolgreiche Gegenwehr.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache Nr. 10/6286; die tageszeitung v. 7.11.86; Materialien des CDU-Kongresses "Gegen Terror und Gewalt – den Inneren Frieden sichern" – (uld)

### Blüm: Scheinheilig bis zur Verblendung

Die IG Metall, sagt Norbert Blüm, solle sich nicht mit einer Kirche verwechseln. Der § 218 ginge die Gewerkschaft überhaupt nichts an. Das ZK der Deutschen Katholiken klagt, der Gewerkschaftstag der IG Metall stelle mit seiner Forderung nach Streichung des § 218 den Schutz des ungeborenen Lebens zur Disposition. Das Katholiken-ZK will einreden, der § 218 schütze das ungeborene Leben, wo er doch nur dazu dient, die Gesellschaft von der Verantwortung für den Nachwuchs freizustellen, denn die Mutter soll ja bestraft werden und nicht jene, die Verhältnisse schaffen, die zur Abtreibung nötigen, etwa Richtliniengeber Kohl oder gewesener Fam. Minister Geißler usw. Blüm will einreden, es habe der Kirche um den § 218 zu gehen. Nun ist die katholische Kirche zwar aus ihrer Weltanschauung

heraus gehalten, gegen einen Staat, der Abtreibung gesetzlich erzwingt, vorzugehen, braucht aber keineswegs die Einhaltung ihrer Sittenvorstellungen durch Strafandrohung zu betreiben. Daß die BRD-Katholikenorganisation den Staat zur Bestrafung von Sünden eingesetzt wissen will, ist ein Rückgriff auf übelste Traditionen. – (alk)

### Hoechst: Durch USA-Expansion jetzt größter Chemiekonzern

Mit der kurz bevorstehenden Übernahme der Celanese Corp. wird Hoechst zum größten Chemiekonzern der Welt vor DuPont (USA) und zum größten Faserproduzenten der USA. Hoechst besitzt dann 475 Firmen in 144 Ländern und wird mehr als ein Viertel seines Jahresumsatzes in den USA erzielen. Falls Hoechst alle Aktien von Celanese übernehmen sollte, würde dieser Coup in Sachen US-Expansion, der weitere 18 500 Arbeits-

kräfte unter das Kommando dieses IG-Farben-Nachfolgers zwingt, rund 6 Mrd. DM kosten. Davon hat Hoechst ca. die Hälfte flüssig. Gegenüber seinen Konkurrenten Bayer und BASF war der Hoechst-Konzern auf dem US-Markt bisher deutlich im Rückstand. Celanese produziert insbesondere technische Polyesterfäden, Chemikalien sowie Hochleistungskunststoffe. Hoechst-Chef Hilger: "Die Ergänzungen sind bedeutender als die Überschneidungen." – (mio)

### Bundeswehr und franz. Armee erweitern Zusammenarbeit

Der "deutsch-französische Kulturgipfel" am 27. und 28. Oktober in Frankfurt hatte einige wichtige militärpolitische Ergebnisse. Die Verteidigungsminister Wörner und Giraud beschließen, die Generalstabsausbildung beider Armeen zu "harmonisieren". Konkret soll sich die Zahl der Hauptleute, Majore und Oberstleutnante verdop-

## Asylrecht

**Neues Gesetz: Einreise behindert, Schnellabschiebung**

CDU/CSU und FDP haben ihren Gesetzentwurf "Änderung des Asylrechts" dem Bundestag zur Beschlußfassung am 13.11. vorgelegt.

Asylsuchende sollen daran gehindert werden, die Grenzen der BRD überhaupt zu erreichen. Zu diesem Zweck wird den Verkehrsunternehmen mit Geldstrafen von 2000 DM und hohen Rücktransportkosten gedroht, wenn sie Asylsuchende, die an der Grenze zurückgewiesen oder später nicht anerkannt werden, in die Bundesrepublik transportieren. Die Beförderungsunternehmen, etwa die Lufthansa, sollen in anderen Staaten als Polizeiorgane des BRD-Staates tätig werden und Passagiere, von denen sie vermuten, daß sie einen nach den BRD-Gesetzen möglicherweise unbegründeten Asylantrag stellen wollen, von der Beförderung ausschließen. Damit sichergestellt ist, daß Asylsuchende aus den Hauptflüchtlingsländern auf jeden Fall ohne gültige Papiere und damit illegal und sofort ausweisbar in der BRD ankommen, hat der Bundesrat am 7.11. beschlossen, daß diese Ausländer auch für einen Zwischenaufenthalt in der BRD Transitvisa haben müssen.

Entgegen den internationalen rechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik legt die Regierungskoalition mit dem Gesetz ausdrücklich fest, daß Flüchtlinge aus Kriegs- und Notgebieten sofort abgeschoben werden sollen. In §11 des Asylverfahrensgesetzes heißt es:

"Ein Asylantrag ist insbesondere offensichtlich unbegründet, wenn nach den Umständen des Einzelfalles of-

fensichtlich ist, daß sich der Ausländer nur aus wirtschaftlichen Gründen oder um einer allgemeinen Notsituation oder einer kriegerischen Auseinandersetzung zu entgehen, im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhält."

Anfang Oktober hatten die CDU/CSU/FDP-regierten Bundesländer bekanntgegeben, daß sie den bisher praktizierten Abschiebestopp in Kriegsgebiete aufheben würden. In Verbindung mit dem neuen Gesetz sind also die rechtlichen Mittel bereitgestellt, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten umgehend zurückzutransportieren. Damit die Abschiebungen zügig durchgeführt werden können und der amtliche Stempel auf dem Abschiebedokument sofort erscheinen kann, soll der Bundesinnenminister den Apparat dafür an den Grenzen bereitstellen. §4 des Asylverfahrensgesetzes lautet jetzt:

"Er ist insbesondere verpflichtet, zur Beschleunigung des Verfahrens in Abstimmung mit den Ländern im erforderlichen Umfang Außenstellen in den Ländern einzurichten."

CDU/CSU/FDP wollen weiterhin Asylsuchende – wenn nur irgend möglich – auf engstem Raum zusammen gefeicht halten. §23 des Asylverfahrensgesetzes legt fest:

"Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben, sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Hierbei sind sowohl das öffentliche Interesse als auch Belange des Ausländers zu berücksichtigen."

Die Regierungskoalition dehnt das Arbeitsverbot für Asylsuchende von bisher zwei Jahren auf fünf Jahre aus. In §19 des Arbeitsförderungsgesetzes wurde eingefügt, daß die Erlaubnis erst nach fünf Jahren erteilt werden darf.

Warum haben die Bundesrepublik

und die in ihr herrschenden Finanzkapitalisten ein solch deutliches Interesse an der extensiven Unterdrückung der Asylsuchenden? Ein wichtiger Grund wird sein, zu verhindern, daß Asylsuchende in der Bundesrepublik unüberhörbar darauf hinweisen: Gerade das westdeutsche Finanzkapital schafft die Fluchtgründe in den Ländern mit, aus denen viele Asylsuchende in die BRD kommen. Oder hat die damalige westdeutsche Regierung etwa nicht der Diktatur in der Türkei in den Sattel geholfen, und sorgt die heutige Regierung etwa dort nicht für die gesicherte Unterdrückung? Gegen die Asylpolitik in der BRD führen viele Organisationen und Initiativen deutliche und heftige Kritik. Da die Fluchtgründe von der Regierungspropaganda und in der veröffentlichten Meinung im Dunkeln gehalten werden, sollte gerade auch die Rolle, die die BRD in den Flüchtlingsländern spielt, aufgedeckt und kritisiert werden.

Quellenhinweis: Anträge der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zu Änderungen des Asylrechts, Material des Bundestagsinnenausschusses – (gba)

## Rundfunkfreiheit

**BVerfG für "das Grundelement privatautonomer Gestaltung"**

Rundum einhellig, wie sonst selbst in der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht allzu häufig, war die Zustimmung zum "vierten" Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts. Das Normenkontrollverfahren war von der SPD-Bundestagsfraktion gegen das niedersächsische Landesrundfunkgesetz (LRG) vom 23. Mai 1984 eingeleitet worden. Wesentliche SPD-Kritik: Auch an jedes einzelne private Programm seien

peln, die im Tausch an der "Ecole des Guerre" bzw. umgekehrt an der Führungsakademie ausgebildet werden. Wörner bezeichnete dies als eine "ausgesprochen politische Entscheidung zur Vertiefung des Verständnisses in beiden Armeen". ("Welt", 29.10.86). Klar, denn so können sich BRD-Offiziere verstärkt mit der französischen Kriegspraxis in Übersee vertraut machen, wie umgekehrt französische Offiziere in die Planung des Landnahmekrieges eingebunden werden. Entsprechend hat Wörner noch einmal bestätigt, daß die französische schnelle Eingreiftruppe (FAR), der auch die im Tschad eingesetzten Truppen unterstehen, sich am nächsten zentralen Herbstmanöver der Bundeswehr an vorderster Front beteiligen werde. Darüber hinaus wurde die gemeinsame Rüstungsforschung und -entwicklung durch Bildung eines neuen "Leitungs-gremiums" beider Ministerien intensiviert. – (jok)



30 Tonnen Gifte, darunter 200 kg Quecksilber und das hochgiftige Disulfoton sollen nach dem Brand auf dem Baseler Werksgelände von Sandoz in den Rhein gelaufen sein und dort das größte Fischsterben der letzten Jahre verursacht haben. Direkt neben der Brandstelle lagerte Phosgen – das gleiche Mittel, dessen Austritt in Bhopal zu Tausenden von Toten und Schwerverletzten geführt hatte. Die BRD-Chemimonopole lehnen davon ungerührt weitere Auflagen energisch ab. Bild: "Aalfang" am Rhein. – (rü)



ebenso wie an öffentlich-rechtliche Programme gleiche Anforderungen der Pluralität, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit zu richten.

Das niedersächsische LRG gehört zu den ersten "neuen Mediengesetzen", die den Zugang privater Veranstalter erlauben. Verfassungsgerichtlich umstritten sind auch die entsprechenden neuen Gesetze in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Bereits am 3. Oktober hatten sich die Ministerpräsidenten der Länder vorab in Hamburg darauf verständigt, aufgrund des erwarteten Urteils den "Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens" zu verabschieden.

Das Bundesverfassungsgericht hat die "Grundlinien" des LRG entgegen dem Antrag der SPD bestätigt. Die Leitsätze des Urteils gehen von einer in Ausbildung begriffenen "dualen Ordnung" des Rundfunks aus. Die "Grundversorgung" sei Sache der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Ihr Programmangebot sei (auch noch für längere Zeit) von nahezu der gesamten Bevölkerung zu empfangen, und sie seien aufgrund der Finanzierung durch Gebühren von Einschaltquoten nicht abhängig und somit zu einem "umfassenden Programmangebot" in der Lage. "Die damit gestellte Aufgabe umfaßt die essentiellen Funktionen des Rundfunks für die demokratische Ordnung ebenso wie für das kulturelle Leben in der Bundesrepublik."

Für den Privatfunk könnten derartige Ansprüche an ein umfassendes Programmangebot und an die Ausgewogenheit nicht gestellt werden: erstens weil seine Empfangsmöglichkeiten vorläufig noch technisch begrenzt seien, zweitens weil dieser aufgrund der Werbefinanzierung auf hohe Einschaltquoten angewiesen sei. Der Gesetzgeber habe einen "Grundstandard" zu sichern: "die Möglichkeit für alle Meinungsrichtungen – auch diejenige von Minderheiten –, im privaten Rundfunk zum Ausdruck zu gelangen, und den Ausschluß einseitigen, in hohem Maße ungleichgewichtigen Einflusses einzelner Veranstalter oder Programme auf die Bildung der öffentlichen Meinung, namentlich die Verhinderung des Entstehens vorherrschender Meinungsmacht."

Das BVerfG spricht von einer "Rundfunkordnung im Übergang": Man kann ruhig ergänzen "in unmittelbare Konzernabhängigkeit". Die geforderte "marktwirtschaftliche Ordnung" könnte durch die "Privatisierung" von ARD & ZDF vervollständigt werden, z.B. durch Gründung einer "Volksrundfunk AG" (mit Vorzugsaktien für langjährige Gebührenzahler). Die französische Bourgeoisie probiert eben dies mit der Umwandlung der staatlichen Télévision Française in eine Aktiengesellschaft.

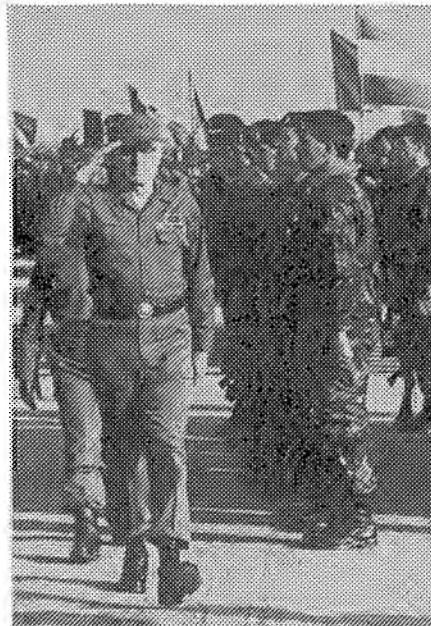
Quellenhinweis: BVerfG-Urteil v. 4.11.86 – 1 BvF 1/84; Medienbericht '85, Bt-Drs. 10/5663 – (haj)

## Imperialistische Drohungen gegen Syrien

### Wer der Befriedung des Nahen Ostens im Wege ist, soll keinen Frieden haben

Wir zitieren nebenstehend einige Dokumente zum israelischen Libanon-Krieg 1982/83. Das Verständnis der israelischen Kriegsziele und der Ergebnisse des Krieges hilft, die Absichten zu erschließen, die die Imperialisten mit ihrem seit Monaten verstärkten Druck auf Syrien verfolgen. Ihre Aggression gegen Syrien hat im Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Kanada einen vorläufigen Höhepunkt erreicht, und sie verschärft die Kriegsgefahr im Nahen Osten.

Der israelische Einmarsch im Libanon 1982 hatte sein Ziel nicht erreicht. Insbesondere war es den Ag-



"ACE Mobile Force" – die "Schnelle Eingreiftruppe" der NATO, Ende 1985 in der Türkei. Von hier aus bedroht die NATO Staaten wie Syrien mit direkten militärischen Schlägen. Das ACE-Kontingent der BRD: Ein Fallschirmjägerbattalion.

gressoren nicht gelungen, Syrien aus dem Libanon zu vertreiben und damit entscheidend zu schwächen. Syrien hat seither im Gegenteil seine Position im Libanon militärisch und politisch ausbauen können. Das wird auch darin deutlich, daß selbst die christlichen Phalangisten, im Krieg noch Verbündete Israels und lange Zeit die wichtigste anti-arabische und offen pro-imperialistische Kraft im Libanon, im Mai 1985 ihre Bereitschaft erklärten, sich in die "arabische Umwelt" zu integrieren und dabei insbesondere mit Syrien zusammenzuarbeiten. (1)

Auch hatte vor allem der Wider-

stand Syriens, den die israelische Libanon-Aggression brechen sollte, aber eben nicht brechen konnte, die Durchsetzung des sog. Reagan-Plans für den Nahen Osten vereitelt. Dieser Plan sah die Angliederung von Teilen der von Israel besetzten Gebiete an Jordanien als "Lösung des Palästinenserproblems" und die Eingliederung Jordaniens und anderer arabischer Länder in das westliche Bündnisssystem vor. Er beruhte darauf, daß der Einfluß Syriens ausgeschaltet oder doch zumindest stark geschwächt würde.

Der Versuch, die imperialistische Befriedung des Nahen Ostens voranzutreiben, war zunächst also stecken geblieben. Vor diesem Hintergrund sind die neuerlichen und verstärkten Drohungen der Imperialisten gegen Syrien zu sehen. Die Imperialisten wollen ihr "Nah-Ost-Problem" bereinigen und ihren Einfluß ausweiten. Weil und solange Syrien dem im Wege steht, soll es keinen Frieden haben.

Als Vorwand dient den Imperialisten die angebliche Verantwortlichkeit Syriens für terroristische Anschläge. Vor allem soll Syrien einen Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft von Ostberlin aus und ein angeblich geplantes Attentat auf eine israelische Verkehrsmaschine von London aus zu verantworten haben. Beide Vorwürfe, für die bisher nicht einmal ansatzweise ernsthafte Beweise vorgelegt wurden, wurden praktisch gleichzeitig erhoben, nämlich Anfang Mai. Schon der Zeitpunkt macht deutlich, daß sie darauf zielten, die öffentliche Meinung für "Straffaktionen" gegen Syrien zu mobilisieren.

Denn unmittelbar zuvor hatte die US-Regierung öffentlich mit Militäraktionen auch gegen Syrien gedroht. Vor allem aber drohte Israel zu dieser Zeit offen mit einem Krieg gegen Syrien. Die "Neue Zürcher" sah damals eine "gewisse Kriegsgefahr" und schrieb von einem eventuell bevorstehenden israelischen Angriff, bei dem es vor allem darum gehe, in Syrien stationierte sowjetische Raketen zu "eliminieren". Auch die "FAZ" sah die Gefahr kriegsrischer Auseinandersetzungen, die von dem Bestreben Israels ausgehe, seine militärische Überlegenheit über Syrien zu erhalten. (3)

Bemerkenswert ist auch, daß die Behauptungen über den syrischen "Terrorismus" alle auf die syrische Position im Libanon zielen. So behaupteten schon im Mai der israelische Botschafter in der BRD und jüngst der ehemalige britische Botschafter in Syrien, daß die "Terroristen" in Lagern im libanesischen Be-



### Ziele und Ergebnisse des Libanon-Krieges 82/83

Die "Österreichische Militärische Zeitschrift" (ÖMZ) schreibt in Heft 6/1985 Über die Kriegsziele Israels im Libanon-Krieg 1982/83:

"Als israelische Streitkräfte am 6.6.1982 zum Angriff über die Nordgrenze angetreten waren, zeigte sich sehr bald, daß die Angriffsrichtungen sehr tief in den Libanon zielten. Weiter war festzustellen, daß in diesem Zusammenhang sehr starke Kräftegruppierungen gebildet worden waren, die über die vorgegebene Notwendigkeit einer Abdrängung palästinensischer Kräfte aus einem Streifen von etwa 40 km nördlich der Grenze weit hinausgingen. Die Ereignisse bestätigten jene Annahme, die davon ausging, daß Verteidigungsminister Sharon, der die Planungen durchführte, nicht bei einem Angriff mit begrenztem Ziel stehen bleiben würde. Nach Erreichen von Beirut und der Straße Beirut, Zahle, Damaskus liefen die Kampfhandlungen in ein stationäres Geschehen aus. Die Konfrontation mit Syrien im Bekaa-Tal mußte sich zwangsläufig ergeben . . .

Sharon hatte sich jedenfalls für die 'große Lösung' entschieden: Keine begrenzte Aktion, sondern Zerschlagung der gesamten PLO und Vertreibung aus dem Libanon. Anlage der Operation so, daß allein durch diese Syrien gezwungen werden sollte, seine Truppen aus dem Libanon zurückzunehmen. Damit aber auch Annahme der letzten Konsequenz, nämlich Krieg mit Syrien über die gesamte Front hinweg, von Baalbek bis auf die Golanhöhen, was gleichzeitig eine günstige operative Situation für Israel und eine ungünstige für Syrien

bedeutet hätte."

Der Nah-Ost-Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" Hottinger schreibt in einem Artikel im "Europa-Archiv" (EA) 3/1985 über die Ziele der israelischen Libanon-Aggression:

"Das Minimalziel war, die PLO in Beirut zu entmachten und die Palästinenser als eigenständige Macht aus Libanon zu entfernen; das Maximalziel dürfte gewesen sein, ein neues, mit Israel zusammenarbeitendes Regime in Libanon einzuführen. Damit wäre das Machtgleichgewicht in der Levante verschoben worden, und eine Periode israelisch-amerikanischer Hegemonie hätte einsetzen können."

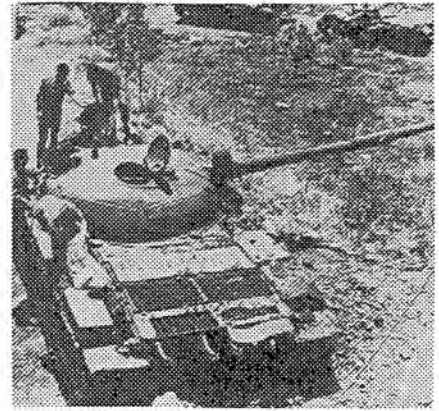
Ähnlich ein Autor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in "EA" 19/85:

"Die Ziele, die Israel dabei (dem Krieg – Red.) verfolgte, bezogen sich nur teilweise auf Libanon selbst. Dort wollte Israel die PLO militärisch und politisch ausschalten, wenn möglich Syrien zum Verlassen des Landes zwingen und in Beirut eine israelfreundliche Regierung einsetzen."

Aufschlußreich ist, wie die imperialistischen und israelischen Militärexperten die Ergebnisse des Krieges bewerten. Die "ÖMZ" 3/1985 berichtet:

"Anlässlich eines Symposiums am Strategischen Institut der Universität Tel Aviv wurde eine negative Bilanz aus den Erfahrungen des Libanonkrieges gezogen. Stellungnahmen verschiedener Nahostexperten brachten zum Ausdruck:

Das Ziel einer Schwächung der palästinensischen Infrastruktur im Südlibanon wurde nicht erreicht . . . Prof Mosche Maos erklärte, das zweite Ziel Israel war es, die Syrer zu schlagen. Militärische Erfolge wurden erzielt, aber in der Summe geht Syrien politisch gestärkt aus dem Libanon-



Ein von israelischen Truppen zerstörter syrischer Panzer während des Libanon-Krieges 1982

krieg hervor. Der israelische Rückzug geschehe ohne syrische Gegenleistung. Durch ihn verbessert sich auch die militärische Lage Syriens an seiner Westgrenze."

Auch der schon zitierte Autor der "Deutschen Gesellschaft . . ." wertet in einem Artikel in "EA" 1/1986 das Ergebnis so:

"Während alle anderen Mächte, die im Libanon Einfluß nehmen wollten, ihre Bemühungen scheitern sahen, konnte allein Syrien seine Position festigen."

Welche Schlußfolgerungen verschiedene Kräfte aus diesem Ergebnis ziehen, berichtet die "ÖMZ" 2/1984 in einer Notiz über ein anderes israelisches Symposium über den Libanon-Krieg:

"So wurde von Teilnehmern behauptet, daß man das Libanonproblem nicht auf lange Sicht ohne einen Krieg mit Syrien lösen könne, weil Syrien im Libanon einen Teil seines Landes sieht."

kaa-Tal, wo syrische Truppen stehen, ausgebildet würden. (4) Aufgebracht wurde diese Behauptung auf einem 1985 in Israel veranstalteten "Seminar über den internationalen Terror", an dem auch die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD beteiligt waren. (5)

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Syrien kann und muß als Vorstufe zu militärischen Angriffen auf Syrien oder auf den Libanon bzw. auf die syrischen Stellungen dort verstanden werden. Die zögerliche Haltung der BRD, Frankreichs und anderer EG-Staaten, die sich der britischen Aufforderung zu ebenfalls harten Maßnahmen gegen Syrien zum Teil verweigerten, könnte womöglich zu der Auffassung verleiten, daß sich die Imperialisten nicht einig sind und die Lage deshalb so bedrohlich nicht ist. Dieser Eindruck täuscht.

Die Imperialisten wollen den Widerstand Syriens brechen. Sie werden ihr

Ziel erreicht haben, wenn es ihnen gelingt, die Kräfte in Syrien entscheidend zu stärken, die für Zusammenarbeit mit den Imperialisten sind. Sie versuchen, solche Kräfte durch ein Wechselspiel von militärischen Drohungen und Angeboten zur Zusammenarbeit zu stärken. Sie können außerdem ausnutzen, daß sich Syrien in einer tiefen Wirtschaftskrise befindet, in der offensichtlich nicht geringe Kräfte dafür eintreten, "Hilfe" bei den Imperialisten zu suchen. (6)

Die BRD hat in dem Spiel mit verteilten Rollen den Part des Zusammenarbeitenden übernommen. Deshalb bricht sie die diplomatischen Beziehungen nicht ab, bemüht sich der CSU-Vorsitzende Strauß um "Vermittlung" (7) und hat die Bundesregierung Syrien kürzlich einen neuen Kredit gegeben.

Dessen ungeachtet beteiligt sich auch die BRD an militärischen Einschüchterungsversuchen. Die "Welt"

berichtet am 27.10.: "In London wurde ein militärischer 'Denkzettel' der USA gegen Syrien nach Art der Aktion gegen Libyen ausgeschlossen, begrenzte Schläge gegen Basen von Terroristen wurden jedoch für möglich gehalten. London hat die zur Terrorismusbekämpfung geschulte Einheit FAS nach Zypern geflogen, wo die Briten zwei autonome Militärbasen unterhalten. Ferner wurde in London bekannt, daß Angehörige der amerikanischen 'Delta Force' zur Terroristenbekämpfung in diesen Tagen in Europa stationiert wurden und daß sie zum erstenmal gemeinsame Übungen mit Englands FAS und dem bundesdeutschen Äquivalent GSG-9 abhalten werden."

Quellenhinweis: (1) EA 1/86; (2) EA 7/85, S. 185ff, und 19/85, S. 591ff; (3) Archiv der Gegenwart, 23.9.86, S. 30283ff; (4) Welt, 1.2./11.86; (5) ÖMZ 5/1985, S. 475; (6) Handelsblatt, 29.10.86; (7) FAZ, 28.10.86 – (scc)

## Politische Gefangene

## Isolationshaft und Quälerei gehen weiter. BRD schreitet als EG-Polizeimacht ein

Über 100 Teilnehmer einer Veranstaltung, die über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD berichten und den Kampf gegen diese zerstörerischen Haftbedingungen unterstützen sollte, hat die Münchner Polizei vergangene Woche verhaftet. Generalbundesanwalt Rebmann läßt wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" ermitteln. (Siehe auch S. 21) Das ist eine neue Eskalation der staatlichen Verfolgung. Sie richtet sich gegen die Gefangenen selbst wie gegen diejenigen, die die auf Zerstörung des politischen Widerstandswillens und der physischen Widerstandsfähigkeit jedes einzelnen politischen Gefangenen zielenden Haftbedingungen durch gründliche Information und politischen Kampf abschaffen wollen. Jedem soll deutlich werden: Opposition gegen die Isolationshaft, Unterstützung von politischen Gefangenen ist existenzgefährdend, kann sehr schnell lange Haft nach sich ziehen. Diesem Angriff kann man nur begegnen, indem die Aufklärung über die Haftbedingungen, über die Interessen, die hinter dieser Grausamkeit im Umgang mit Gegnern der herrschenden Ordnung wirken, intensiviert und weiter verbessert wird. Die folgende Dokumentation soll dabei helfen. Sie umfaßt jüngste Berichte über die Behandlung der politischen Gefangenen und aus den Prozessen gegen politische Gefangene. Den Prozeß gegen Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner haben wir dabei ausgewählt, weil er dokumentiert, wie weit die Zusammenarbeit der Polizeiorgane der BRD mit denen anderer westeuropäischer Staaten gegen die politische Opposition in den EG-Staaten bereits fortgeschritten ist. Die Dokumente stammen, soweit nicht anders angegeben, aus der Zeitung "Die Vergessenen", die sich die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Lage der Gefangenen und ihre Aktionen zur Aufgabe macht. Die Zwischenüberschriften sind von uns eingesetzt. - (rül)

### "Wir fordern eine Operation für Angelika Goder unter menschenwürdigen Bedingungen"

Angelika Goder, Gefangene aus der Guerilla, hat ein seit langem bestehendes Hüftleiden. Seit 1982 wurde sie krankengymnastisch behandelt. Jetzt ist eine Operation notwendig und unaufschiebbar, weil Angelika beim Bewegen der Beine schon länger und mit fortlaufender Zeit immer stärkere Schmerzen hat und sie von einem bestimmten Zeitpunkt an auf den Rollstuhl angewiesen sein wird.

Nach mehrmonatiger Verzögerung durch die Justizbehörden wurde der Operationstermin auf den 25.6.1986 im Behringkrankenhaus in Zehlendorf festgesetzt. Wenige Tage vorher teilte der stellvertretende Anstaltsleiter Astrath Angelika mit, daß sich ständig eine Justizbedienstete im Krankenzimmer aufhalten wird. Angelika lehnte diese Bedingung ab. Ein Mitarbeiter beim Justizsenator, Freisewinkel, lehnte die Rücknahme der Bewachungsanordnung auf Anfrage der Anwälte u.a. mit dem Hinweis ab, die Operation sei schließlich nicht lebensnotwendig. Dennoch wurde Angelika am 25.6. ins Behringkrankenhaus gebracht. Dort sagte Astrath ihr, wenn sie sich gegen die Anwesenheit des Überwachungspersonals im Krankenzimmer zur Wehr setze, werde sie nach der Operation gefesselt und gewaltsam bei Nacht und Nebel wieder in die JVA Moabit gebracht. Ein derartiges brutales Vorgehen hätte den

Erfolg der Operation zunichte gemacht. Trotz dieser Androhung lehnte Angelika weiterhin eine Überwachung im Krankenzimmer ab.

Aber für Angelika ist diese Operation wichtig, um wieder richtig gehen zu können und auch um für sich eine Situation zu verändern, in der sie durch ständig andauernde Schmerzen beeinträchtigt wird.

Bei einer medizinischen Behandlung, bei einer schweren Operation, haben Staatsschutz und Knastbedienstete nichts zu suchen.

Die Anwesenheit einer Justizangestellten/Knastkrankenpflegerin im Krankenzimmer bedeutet für Angelika konkret eine Verschärfung der Konfrontation, wie sie in den Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt tagtäglich ist.

...

Diese Bedingungen nicht zu akzeptieren ist für Angelika eine Frage der Durchsetzung ihres Rechts auf Menschsein, politische Identität, und gerade dagegen richtet sich die Maßnahme des Justizsenators. Angelika soll sich entscheiden: entweder Gesundheit und damit verbunden die Zustimmung zu einer menschenunwürdigen Dauerüberwachung oder eine Lebensperspektive im Rollstuhl; es geht um Unterwerfung, darum, die Krankheitssituation auszunutzen zum Angriff auf Angelikas Persönlichkeit, ihre Identität ... (Flugblatt, verteilt auf einer Veranstaltung zur Lage der politischen Gefangenen in Köln, 24.10.86)

### Bundesanwaltschaft als EG-weites Verfolgungsorgan

Presseerklärung. Am 5.8. beginnt in Frankfurt der Prozeß gegen die Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand, Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner. Im Mittelpunkt dieses Verfahrens steht die Kriminalisierung der Gefangenen aus RAF und Widerstand in der BRD und des Kollektivs politischer Gefangener aus PCE(r) und GRAPO in Spanien.

Die politische Identität der Gefangenen, ihre Diskussionen und ihre Hungerstreiks werden hier zum Delikt erklärt und strafrechtlich verfolgt als mitgliedschaftliche Betätigung in einer 'terroristischen Vereinigung im Knast', deren Existenz BRD-Gerichte inzwischen zur juristischen Tatsache erklärt haben.

Das hat die Funktion:

- das Kollektiv der Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO, das von den Gefangenen durch mehrere Hungerstreiks erkämpft wurde, zu zerschlagen.

- Die Bundesanwaltschaft will der spanischen Regierung mit dieser Anklage Argumente dafür liefern, da die Vorstöße der spanischen Regierung gegen das Kollektiv 1985 und 1986 am Widerstand der spanischen Gefangenen gescheitert sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, übernimmt die Bundesanwaltschaft in diesem Verfahren faktisch die Funktion einer europäischen Ermittlungszentrale, deren Einrichtung sie ständig fordert. Das BKA ermittelt faktisch als europäische Polizei gegen revolutionäre Organisationen und gegen die Angehörigengruppe in Spanien sowie gegen Zeitschriften des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa.

Mit der Zulassung der Anklage und der Eröffnung des Verfahrens übernimmt das Gericht hier praktisch die Funktion eines europäischen Gerichts.

...

Das gleiche Interesse verfolgt Frankreich, wenn es von Spanien Dossiers über das Kollektiv der Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO anfordert.

Die Achse Bonn-Paris übernimmt damit auch in der einheitlichen Bekämpfung der politischen Gefangenen die Vorreiterrolle für Westeuropa ... Rainer Koch, Ursula Seifert, Rechtsanwälte, Frankfurt. 4.8.86 (zitiert nach: Die Vergessenen, Zeitung über politische Gefangene, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt am Main, Nr. 8, S. 28f.)

### Konstrukt "RAF im Knast" künftig EG-weit?

Presseerklärung. Als Verteidiger von

Mareile Schmegner teilen wir folgendes mit:

Heute hat im Prozeß gegen Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt einen Antrag der Verteidigung abgelehnt, in dem die Zulassung einer Anwältin aus Spanien als weitere Verteidigerin beantragt worden war, obwohl Spanien seit 1.1.86 Mitglied der EG ist und eine gemeinsame Richtlinie der EG-Staaten eine Freizügigkeit von Rechtsanwälten innerhalb dieser ausdrücklich vorsieht.

Formal wurde zur Begründung ausgeführt, daß Spanien nicht ausdrücklich in dem deutschen Gesetz, das die EG-Richtlinie in innerstaatliches Recht umsetzte, erwähnt wird. Dies

hing einer spanischen Anwältin widerlegt werden ... Derselbe Senat, der die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft mit der genannten absurden Konstruktion zugelassen hat, weigert sich nun, eine spanische Rechtsanwältin, die unsere Mandantin gegen eben diese Konstruktion verteidigen will, zuzulassen ...

Rainer Koch, Wolfgang Kronauer, Rechtsanwälte, Frankfurt, 7.8.86 (zitiert nach: Die Vergessenen, a.a.O., Nr. 8, S. 31f.)

#### Erklärung der Angehörigen zu den Prozessen gegen Ingrid Barabaß, Mareile Schmegner und Karl-Friedrich Grosser

Im Prozeß gegen Ingrid Barabaß und

teiligung am Hungerstreik '81 als "Beweis" für ihre "mitgliedschaftliche Betätigung in der RAF" im Prozeß auftauchen.

Das bedeutet, daß die Bundesanwaltschaft in dem Prozeß dahin kommen will, alle politischen Gefangenen, die im Knast unter den Bedingungen der Isolationsfolter für eine Veränderung ihrer Bedingungen, d.h. die Zusammenlegung kämpfen, als "RAF im Knast" zu kriminalisieren ... (zitiert nach: Die Vergessenen, a.a.O., Nr. 8, S. 35)

#### Aktuelle Liste von politischen Gefangenen

**JVA Bruchsal, Schönbornstr. 32, 7520**

**Bruchsal:** Roland Mayer, Günter Sonnenberg, Günter Müller

**Hamburg:** Betzy (Elisabeth) Meermann

**JVA Köln-Ossendorf, Rochusstr. 350,**

**5 Köln 30:** Sieglinde Hofmann, Adelheid Schulz, Stefan Wisniewski

**JVA Düsseldorf, Ulmenstr., 4 Düsseldorf:** Stefan Frey, Helmut Pohl, Rolf-Clemens Wagner

**JVA Bielefeld, Brackwede 1, Umlostr. 1000, 48 Bielefeld:** Klaus Viehmann

**Italien, Carcere speciale, Via Prati Nuoni, I-27058 Voghera:** Christel Fröhlich

**UHA Moabit, Alt Moabit 12a 1/21, 1000 Westberlin:** Monika Berberich, Angelika Doder, Gabriele Rollnik

**JVA Preungesheim, 6 Frankfurt:** Gisela Dutzi, Ingrid Barabaß, Mareile Schmegner

**JVA Celle, Trift 14, 31 Celle 1:** Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer

**JVA Stammheim, Arnspergerstr. 60, 7 Stuttgart 40:** Karl Grosser, Rainer Lauer, Christian Klar, Guido Wehrle, Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe, Christa Eckes, Ingrid Jakobsmeier

**JVA Aichach, Münchnerstr. 33, 889 Aichach:** Claudia Wannersdorfer, Barbara Ernst

**JVA Stadelheim, 8 München:** Volker Staub

**JVA Lübeck, Marliring 41, 2400 Lübeck:** Christine Kuby, Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Ruth Christiansen

**JVA Straubing, Äußere Passauerstr. 90, 844 Straubing:** Rolf Heissler, Bernd Rössner

Die Liste ist veröffentlicht in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift "Die Vergessenen". Die Redaktion hat hinzugefügt: "Diese Liste ist sicherlich nicht vollständig, sie ist auch vorläufig, weil die Gefangenen von Zeit zu Zeit verlegt werden. Aber die Liste gibt allen, die mit politischen Gefangenen eine Auseinandersetzung suchen und beginnen wollen, die Möglichkeit, das zu tun!"



Mit eigenen Zeichnungen schildern die Gefangenen ihre Lage und greifen die Isolationshaft an. Das Bild ist von Angelika Goder: Kleingruppenisolation in Moabit, Angelika Goder, Gabriele Rollnik, Monika Berberich.

ist jedoch völlig unbeachtlich, da dieses Gesetz bereits 1981 erlassen wurde und Spanien damals noch gar nicht Mitglied der EG war. Außerdem wurde bereits in einem anderen Verfahren (in dem gegen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt vor dem OLG Stuttgart) ein Anwalt aus Griechenland zugelassen, obwohl Griechenland ebenfalls nicht ausdrücklich in dem Gesetz erwähnt wird.

Die Zulassung der spanischen Anwälte wurde beantragt, da in der Anklageschrift unter anderem behauptet wird, die "Kommune Karl Marx", eine Gruppe spanischer politischer Gefangener, sei eine terroristische Vereinigung. Kontakte zu ihr werden als mitgliedschaftliche Betätigung für die RAF kriminalisiert. Diese Konstruktion sollte durch die Hinzuzie-

Mareile Schmegner, der seit dem 5. August 86 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt läuft, und im Prozeß gegen Karl-Friedrich Grosser, der am 8. September vor dem OLG Stuttgart beginnt, will die Bundesanwaltschaft den Kampf der politischen Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand für die Zusammenlegung kriminalisieren und gleichzeitig uns Angehörige, die mit den Gefangenen die Forderung durchsetzen wollen.

Das läuft in dem Prozeß so ab, daß Diskussionen, die Ingrid bei Knastbesuchen mit ihrer Mutter und ihrer Schwester über die Forderung der politischen Gefangenen, die Zusammenlegung und den Hungerstreik der Gefangenen geführt hat, die Anträge, die ihre Anwälte damals zur Zusammenlegung gestellt haben und Ingrid's Be-

## Brasilien

## Harte Auseinandersetzungen um die Durchführung der Landreform

Seit Mitte Oktober halten mehrere tausend landlose Bauern zwei große Landgüter von rund 6000 ha Fläche im südbrasilianischen Bundesstaat Parana besetzt, um gegen die andauernde Verschleppung der zugesagten Landreform zu protestieren. In einer Resolution fordern die über 800 Familien die Regierung auf, die Ländereien zu enteignen. Die Großgrundbesitzer drohen damit, die Familien zu vertreiben. Militär wurde in das Gebiet geschickt, um weitere Besetzungen zu verhindern. Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Millionen von Kleinbauern, -pächtern, landlosen Bauern, Landarbeitern und ihre Organisationen fordern eine Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Land. Die Forderungen nach Verbesserung der Ernährungsbasis in den Städten sowie nach der Unabhängigkeit Brasiliens von Nahrungsmittelnimporten aus dem Ausland stellen eine wichtige Unterstützung von seiten der städtischen Lohnabhängigen für den Kampf der Bauern und Landarbeiter dar.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres gab es in Brasilien über 2000 Auseinandersetzungen zwischen landlosen Bauern und den Großgrundbesitzern, bei denen mehr als 150 Bauern, Landarbeiter, Gewerkschafter sowie Mitglieder linker und revolutionärer Organisationen umgebracht wurden. Über 20000 Menschen besetzten im gleichen Zeitraum fast 100 Großgrundbesitzer-Ländereien.

Währenddessen geht die Flucht der Landbevölkerung in die Städte weiter. Jeden Tag kommen Hunderte auf Lastwagen vom Lande in die großen Städte. Jedes Jahr verlassen fast eine Million Menschen das Land und vergrößern die Elendsviertel der Millionenstädte. Keinesfalls ist dies ein Zeichen von "Industrialisierung", sondern im Gegenteil des Elends und der Unterdrückung auf dem Lande. Besonders im Nordosten Brasiliens, der Region mit fruchtbaren Küstenzonen und mit großen Zuckerrohr- und Kakao-plantagen, stirbt z.B. die Hälfte der neugeborenen Kinder.

In Brasilien gibt es heute 5,2 Mio. ländliche Grundbesitzer, zumeist kleine Bauern mit weniger als 10 ha Land. Eine halbe Million Großgrundbesitzer besitzen 80% des Bodens, den besten. Brasilien hat 500 Mio. ha nutzbare Fläche, davon sind 240 Mio. schlecht genutzt und 42 Mio. liegen brach. Über 12 Mio. Landarbeiter und Bauern und ihre Familien sind hingegen ohne Land. Zumeist sind sie Opfer der Landvertreibungen durch den Großgrundbesitz. Beispielhaft ist dafür die landwirtschaftliche Entwick-

lung im Bundesstaat Sao Paul. Im letzten Jahrhundert wurde Kaffee angebaut, in den 60er Jahren Orangen. Nach 1973 legten die Großgrundbesitzer Zuckerrohrplantagen an, die den Grundstoff für die Herstellung von Autotreibstoff liefern. Durch staatliche Subventionen gefördert, vergrößerten die Großgrundbesitzer in den 70er Jahren die Anbaufläche für Zuckerrohr. Viele kleine Bauern mußten deren Expansion weichen.

Es verging fast ein Jahrzehnt der Organisierung und Mobilisierung dieses neuen Proletariats. Der Streik der Zuckerrohrarbeiter in Guariba im Mai 1984, der von der Polizei brutal unterdrückt wurde, setzte ein Zeichen für den erneuten Aufschwung der Bauern- und Landarbeiterbewegung. Der Streik wurde weitergeführt und endete mit einem Teilerfolg der Streikenden. Andere Streikbewegungen entwickelten sich im Bundesstaat Sao Paulo, die gewerkschaftliche Organisierung wuchs und wurde aktiv unterstützt von den Industriearbeitergewerkschaften der großen Städte. Die Forderung nach Landreform mußte

Die Landreform eröffnet keinen Krieg. Im Gegenteil, wir streben nach nationaler Versöhnung. Die Landreform zielt auf inneren Frieden und nicht auf Streit. Die Landreform demokratisiert den Grundbesitz und macht ihn zugänglich für Millionen von Brasilianern."

Tatsächlich sah die von dem liberal-konservativen Sarney, selbst Großgrundbesitzer, angekündigte Landreform keine grundsätzliche Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Lande vor. Die Landreform zielte auf denjenigen Teil des Großgrundbesitzes, der es unter der Militärregierung versäumt hatte, sich zu modernisieren. Die Landreform sollte nicht am modernisierten Teil der Landwirtschaft ansetzen, sondern am – verglichen mit der kapitalistischen Entwicklung – zurückgebliebenen Großgrundbesitz. Mit Hilfe vieler Kleinbauern sollte dieser Großgrundbesitz rentabel gemacht werden. Gleichzeitig ging die Nahrungsmittelproduktion durch die immense Ausweitung der exportorientierten Landwirtschaft der Agrarkapitalisten bedrohlich zurück, Brasilien konnte den Eigenverbrauch nur durch steigende Importe decken.

Der ursprüngliche Plan der Regierung, 1,4 Mio. landlose Bauern auf ungenutzte staatliche und private Ländereien mit 35,6 Mio. Hektar Land bis 1989 gegen Entschädigung für die Be-



Wiederaufforstung von Großgrundbesitz mit anspruchslosen, schnellwachsenden Bäumen, die die Stahlkonzerne zur Holzkohleherstellung benötigen.

von der zivilen Regierung Sarney aufgegriffen werden.

In einer Rede am 10.10.85 zur Einleitung der Landreform erklärte er:

"Von Anfang an war es meine Entscheidung, die Agrarreform in Angriff zu nehmen. Ich weiß, daß ich auf große Widerstände stoßen werde. Diese Aufgabe ist eine der größten Herausforderungen der Geschichte unseres Landes. Die Landreform wird ein Instrument der sozialen Gerechtigkeit sein ... Wer den Boden kultiviert, hat nicht um seinen Besitz zu fürchten.

sitzer anzusiedeln, wurde von den Landarbeitergewerkschaften und Organisationen der kleinen Bauern, den linken Parteien und der katholischen Kirche kritisiert. Sie verlangten weitgehende Maßnahmen, z.T. bis hin zur entschädigungslosen Enteignung von bis zu 280 Mio. ha.

Die Großgrundbesitzer gründeten die Grundbesitzerunion (UDR), die inzwischen über 2000 Mitglieder zählt und über großen Einfluß in den Parlamenten verfügt. Sie hatten frühzeitig erkannt, daß die wachsende Bewegung



für Landreform über die von der Regierung beabsichtigten Ziele hinauszugehen drohte. Deshalb blockierten sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgreich die Beschlußfassung im Bundesparlament. Um die Regierung unter Druck zu setzen, boykottieren die Viehzüchter, darunter VW mit seiner Musterrinderfarm, den Anfang d.J. beschlossenen Preisstopp. Sie weigerten sich, ihr Schlachtvieh zu den vorgeschriebenen Preisen zu verkaufen. Die Regierung war so gezwungen, den Fleischverbrauch zu rationieren und Fleisch aus dem Ausland einzuführen. Die Großgrundbesitzer werden unterstützt von den Militärs und der Polizei, die zusammen mit den Privatbanden der Großgrundbesitzer die landlosen Bauern blutig unterdrücken. Fast 1600 Polizisten allein im Bundesstaat Mato Grosso kündigten im letzten Jahr ihren Dienst, um – besser bezahlt – in die Privatarmeen der Großgrundbesitzer zu treten.

Im Mai dieses Jahres nahm die Regierung weiter Abstand von der geplanten Landverteilung. In einem Gesetz, das nur sieben Bundesstaaten betrifft, sollten 1,8 Mio. ha Land an 45000 Landlose verteilt werden. Der Minister für Landreform Ribeiro trat zurück. Das Kabinett beschloß eine weitere Änderung. Die Landenteignung soll künftig von regionalen Komitees erfolgen, die aus neun Mitgliedern bestehen: drei Delegierte von Landarbeitern und kleinen Bauern, drei der Großgrundbesitzer und drei von staatlichen Institutionen. Beschlüsse bedürfen jedoch der Zustimmung des Präsidenten Sarney. Damit folgte die Regierung einem kürzlich bekanntgewordenen vertraulichen Dokument von Mitarbeitern der früheren Militärdiktatur und Mitgliedern des brasilianischen Nationalen Sicherheitsrats, das den Plan einer "machbaren" Landreform entwarf. Danach soll statt der Enteignung von privatem Großgrundbesitz



Saisonarbeiter bei der Zuckerrohrernte in Brasilien

die Urbarmachung von brachliegendem öffentlichen Boden erfolgen. Bislang sind in 18 Bundesstaaten Enteignungen gefordert. Bis März wurde 2000 Bauern Land zugeteilt.

Am 15. November finden Wahlen zu fast allen brasilianischen Parlamenten statt. Teile der Gewerkschaften und linker Organisationen hatten angekündigt, noch vor den Parlamentswahlen Protestaktionen und Streiks u.a. für eine umfassende Landreform zu organisieren.

Quellenhinweise: Brasilien Ausschnittsdienst, 5-9/1986, AfricAsia, Oktober 1986 – (sie)

### Der "Fortschritt" der imperialistischen Konzerne

In Brasilien sind die imperialistischen Konzerne nicht nur Vorreiter bei der brutalsten Unterdrückung und Ausbeutung der brasilianischen Industriearbeiter. Viele von ihnen verfügen über landwirtschaftlichen Großgrundbesitz, auf dem sie Tausende von Landarbeitern zu den übelsten Bedingungen ausbeuten. Sie sind ebenso direkt beteiligt an der Vertreibung von Tausenden von kleinen Bauern und an der blutigen Unterdrückung der Bewegung der landlosen Bauern und der Landarbeitergewerkschaften. Über 35 Millionen Hektar Land oder mehr als 25% der besten Böden haben sich die imperialistischen Konzerne angeeignet, die Beteiligungen über Dritte wie Banken usw. nicht eingerechnet. Zu den größten imperialistischen Großgrundbesitzern gehören z.B. aus der BRD die Stahlkonzerne Krupp und Mannesmann, die Eukalyptusplantagen zur Herstellung von Holzkohle betreiben, der VW-Konzern, der die größte Rinderfarm und zusammen mit anderen westdeutschen Konzernen auch den größten Schlachthof besitzt, Eckes mit riesigen Obstplantagen zur Fruchtsaft- und Obstkonservenherstellung sowie der Bleistifthersteller Faber-Castell mit großem Waldbesitz usw.

Stellvertretend für andere imperialistische Konzerne sei hier der luxemburgische Stahlkonzern Arbed genannt, der in Brasilien unter dem Namen Companhia Siderurgica Belgo Mineiro auch Eukalyptusplantagen betreibt, um Holzkohle für seine Stahllöfen herzustellen. Die Belgo

Mineiro verfügt über den größten privaten Grundbesitz im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais, größer als die Gesamtfläche Luxemburgs. Um die Fläche weiter zu vergrößern, wurden die Landesbesitzer, zumeist kleine Bauern, betrogen, von gekauften, bewaffneten Banden terrorisiert, enteignet und vertrieben. Nur wenige von ihnen durften ihr enteignetes Land zunächst weiter bebauen und mußten Eukalyptusbäume anpflanzen, um später endgültig vertrieben zu werden. Einige der vertriebenen Bauern wurden in einem weiteren Betrieb der Belgo Mineiro unter westdeutscher Beteiligung angestellt, die Companhia Agro-Florestal, die die Holzkohle für den Stahlkonzern herstellt. Hier herrschen brutalste Arbeitsbedingungen, 60 Stunden Akkordarbeit in der Woche für umgerechnet 30 DM. Wer von den Arbeitern sein Tagespensum nicht schafft, erhält keinen Lohn und wird im Wiederholungsfalle entlassen. Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen existieren nicht.

Daneben unterhält die Belgo Mineiro ein Netz von Leiharbeiterfirmen, bei denen landlose Bauern, ehemalige Landarbeiter und entlassene Stahlarbeiter ebenfalls zu Niedriglöhnen, ohne gewerkschaftliche Rechte und ohne soziale Leistungen arbeiten müssen. Damit will die Belgo Mineiro die Kollektivverträge in ihren brasilianischen Stahlwerken unterlaufen, die Belegschaften spalten und die Gewerkschaften schwächen.

Quellenhinweis: imprimateur 5/6/86, in: Brasilien Ausschnittsdienst 7/86

### Demokratisches Kampuchea

#### Militärische Initiative gegen Besatzertruppen Vietnams

Auch mit Beginn der 9. Trockenzeitperiode seit der militärischen Besetzung Kampuchreas durch vietnamesische Truppen im Januar 1979 haben die Militär- und Guerillaeinheiten der in der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea zusammengeschlossenen drei Organisationen ihre seit über einem Jahr anhaltende militärische Initiative nicht verloren. Noch 1984/85 erzielten die vietnamesischen Truppen mit der Einleitung des Planes K5 Teilerfolge. Sie zerstörten Widerstands- und Nachschubbasen der KPNLF von Son Sann und der ANS von Prinz Sihanouk entlang der thailändischen Grenze und errichteten dort einen militärisch stark gesicherten Grenzzaun, der die Bewegungs- und Operationsfähigkeit dieser kleineren und nur in geringem Umfang im Lande operierenden Organisationen zunichte machen sollte. Danach sah der Plan K5 die Einkreisung und Vernichtung der im Lande operierenden Guerillaeinheiten, insbesondere der NADK (Rote Khmer) und ihrer befreiten Gebiete vor. Die Einrichtung von strategischen Dörfern und Städten sollte die Konsolidierung der

Regierung Heng Hamrin und einen Teilabzug von vietnamesischen Truppen ab 1990 ermöglichen. Der Plan K5 bedeutete das Eingeständnis, keinen vollständigen Sieg über die Befreiungskräfte erzielen zu können.

Besonders die NADK, die mit über 35 000 Soldaten und Guerillakämpfern größte Organisation und für über 90% des effektiven militärischen Widerstands verantwortlich, weitete ihre Operationsgebiete weiter aus und konnte militärische Kräfte der anderen beiden Organisationen für gemeinsame Aktionen im Landesinneren gewinnen. Zudem bindet der Grenzzaun nach Thailand mehr Kräfte der vietnamesischen Armee, als ihnen lieb ist. Dies dürfte auch einer der Gründe gewesen sein, warum die vietnamesische Armee zu größeren Militäraktionen während der vergangenen Trockenzeitperiode vor einem halben Jahr nicht in der Lage war. Die NADK gibt in einem Bericht über diese Periode an, daß über 20 000 vietnamesische Soldaten getötet oder verwundet wurden. Über 1 000 Dörfer und viele kleine Städte wurden angegriffen und z.T. befreit. Auch zu Beginn der 9. Trockenzeitperiode halten die Aktionen weiter an, wodurch auch die Zersetzung der vietnamesischen Armee sowie der Truppen Heng Samrins wächst, Tausende von Soldaten desertierten im letzten Jahr. Viele von ihnen schlossen sich den Befreiungskräften an.

Quellenhinweis: Südostasien aktuell, Juli 1986; Far Eastern Economic Review, 23.10.86; Pressemitteilungen der permanenten Delegation des Demokratischen Kampuchea bei der UNESCO, Paris, 20.-27.10.86 - (sie)

## Großbritannien

### Thatcher plant Schulen für neue Elite

Eliteschulen gibt es eigentlich genügend in Großbritannien; die Privatschulen ausschließlich für die Kinder der Reichen nach dem Muster Eton sind legendär. Trotzdem führt die Regierung Thatcher jetzt eine weitere Art Spezialschulen ein, hier soll eine "technische Elite" herangezogen werden. In 20 Städten will sie sogenannte "City Technology Colleges" mit jeweils 1 000 Schülern gründen, die in den verslummanden Innenstadtbereichen angesiedelt und von Kapitalisten gesponsort werden sollen. Die Schulen würden etwa 15% bis 20% der Schüler ihres Schulbezirks aufnehmen. Hintergrund sind die wachsenden Klagen der britischen Kapitalisten über einen Mangel an technischen Fachkräften, der durch das kaum vorhandene betriebliche Ausbildungswesen verschärft wird. Dem will die Regierung durch ein brutales, selektives

System begegnen:

Die Schüler müssen sich mit elf Jahren für die CTS entscheiden - das heißt bereits völlige Vereinseitigung, denn weder werden Musik, Kunst usw. noch eine zweite Fremdsprache gelehrt. Der Schulbesuch ist kostenfrei, aber ein Recht auf den Besuch hat niemand. Bei der Entscheidung, ob ein Kind aufgenommen wird, sind die Schulen völlig autonom, sie sollen dabei nicht nur "Charakter und Arbeitsfähigkeit" des Kindes, sondern auch die Eltern beurteilen! Schließlich, so Erziehungsminister Baker, brauche man "Unternehmensgeist, Selbstzucht und positive Auffassungen" ("enterprise, self-discipline and positive attitudes").

In der CTS-Schule selbst soll es "diszipliniert" zugehen, viel "praktische Tätigkeit" steht auf dem Lehrplan - darunter paramilitärische Übungen wie Gebirgstouren und Überlebens-training. Außerdem verspricht Erziehungsminister Baker: "Der Schultag und die Terms (d.h. die Schulperioden zwischen den Ferien) werden wahrscheinlich länger sein als das Minimum, das für Schulen verlangt wird, die von den Schulbehörden der Gemeinden unterhalten werden." Da Ganztagschule die Regel ist, stellt sich Baker wohl den 10-Stunden-Tag für Schüler vor, Überstunden vom elften Lebensjahr an.

Während die Regierung durch restriktive Ausgabenvorschriften für die Gemeinden deren Schulwesen aushungert, hat sie für die CTCs bereits mehr als 35 Mio. Pfund bereitgestellt, zusätzlich zu den Zahlungen der Kapitalisten. Die halten sich zur Zeit zurück, was das Geld betrifft, nicht jedoch in Bezug auf die Vorschläge, wie diese Schulen zu funktionieren hätten. Sie werden schließlich die Finanzierung wohl größtenteils dem Staat überlassen - keineswegs aber die Kontrolle über die Schulen. Denn die CTCs sollen Vorstände haben, die ähnlich wie Aufsichtsräte funktionieren und den Kapitalgebern sowie der Zentralregierung verantwortlich sind. Die gewählten Stadträte und Erziehungsbehörden haben in Bezug auf die CTCs nichts zu melden. Die Vorstände sind auch an keinerlei Tarifverträge für Lehrer gebunden, sondern können individuell Gehälter aushandeln.

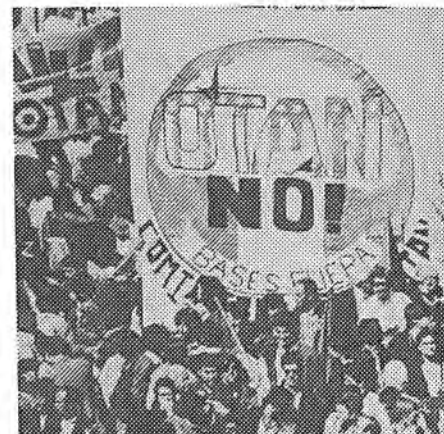
Der Vorsitzende des Erziehungskomitees im Stadtrat von Leeds, Geoff Driver, nannte die Einrichtung deshalb auch einen "unverhüllten Versuch, die besten Lehrer zu stehlen". Die Vorschläge kommen von einer Regierung, die sich seit zwei Jahren weigert, den mäßigen Lohnforderungen der Lehrer zu entsprechen. Die Lehrgewerkschaften haben sich strikt gegen die CTCs ausgesprochen.

Quellenhinweis: Financial Times, versch. Ausgaben, Times Educational Supplement, 17.10.86, BBC Nachrichten - (hef)

## Spanien

### Wachsende Opposition gegen NATO-Geheimverhandlungen

Am 2.11. demonstrierten in Madrid ca. 10 000 Menschen gegen die Geheimverhandlungen der Regierung über die NATO-Integration Spaniens und gegen den - wie jetzt immer deutlicher wird - direkten Formulierungsbetrag bei der Fragestellung über das NATO-Referendum im Frühjahr '86. Alle Parteien außer der Regierungspartei verließen den außenpolitischen Parlamentsausschuß und forderten eine Beendigung der Geheimdiplomatie. Ausgelöst wurde dieser neuerliche öffentliche Protest gegen die NATO-Politik der spanischen Regierung durch drei Tatsachen: erstens den Beginn von Verhandlungen in Washington



Wie gegen das NATO-Referendum im Frühjahr '86 finden gegenwärtig erneut Demonstrationen gegen die NATO-Politik der Regierung statt.

zwischen der spanischen und US-amerikanischen Regierung über den Stationierungsvertrag für Truppen und Militäreinrichtungen der USA in Spanien, zweitens den gleichzeitigen Beginn von Verhandlungen am 30.10. in Brüssel über die NATO-Integration Spaniens, drittens durch die Veröffentlichung eines bisher geheimen 9-Punkte Memorandums der spanischen Regierung. In Brüssel werde fieberhaft nach den undichten Stellen gesucht, erklärte die spanische Regierung. Den Inhalt des veröffentlichten Memorandums bestreitet sie nicht.

Nach diesem Memorandum nimmt Spanien an sämtlichen militärischen Planungs- und Organisationsausschüssen der NATO teil, wie z.B. der nuklearen Planungsgruppe und der Europa-Gruppe. Spanien wird sich an mindestens 12 militärischen Entwicklungsprojekten beteiligen und seine gesamte Armee, insbesondere die Marine und die Luftwaffe, neu ausrüsten. Spanien beteiligt sich an allen Kommandostrukturen der NATO.

Dennoch erklärt die Regierung, Spanien nehme nicht an der "inte-

grierten" Militärstruktur teil. Spanische Truppen seien schließlich keinem NATO-Befehlshaber direkt unterstellt. Die angebliche Nicht-Integration in die NATO-Militärorganisation war eine der ausdrücklich formulierten Bedingungen bei der Fragestellung des Beitritts-Referendums. Redner der Kundgebung vom 2. November erklärten, daß nach Bekanntwerden des Memorandums vollständig klar sei, daß Spanien vollintegriertes Mitglied der NATO-Struktur auf der Ebene der "Planung, der Infrastruktur, der Logistik, der Militäroperationen und der Finanzierung" sei.

Ebenso wie im Falle der NATO-Mitgliedschaft betreibt die spanische Regierung auch in den Verhandlungen über die US-amerikanischen Basen nach Feststellung der Opposition das genaue Gegenteil der im NATO-Referendum vorgegebenen Absichten. Ein Vertreter der Vereinigten Linken erklärte, was stattfinden, sei "nicht eine Reduktion der amerikanischen Basen, sondern ihrer Modernisierung." Die direkte Verwicklung Spaniens in US-amerikanische Militäraktionen im Nahen Osten, wie zuletzt beim Überfall auf Libyen, werde weiter zunehmen. Dafür spricht, daß zur Vorbereitung der Verhandlungen in Washington General Rogers in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Truppen nach Gibraltar reiste und von dort aus seine "Zweifel über die Einsatzbereitschaft der spanischen Armee" zum Besten gab, also die Notwendigkeit US-amerikanischer Truppenpräsenz und die Verstärkung spanischer Aufrüstung und Militarisierung forderte.

Ein Abrücken der Regierung von ihrer Rüstungs- und Militarisierungspolitik ist bisher nicht abzusehen. Als NATO-Sofort-Beitrag hat sie ihre Truppen in Südspanien und die Gebirgskompanien in den Pyrenäen verstärkt.

Quellenhinweis: El Pais, Cambio 16 – (chc)

ziel festgehalten. Widersprüche innerhalb von Regierung und schiitischer Geistlichkeit entwickeln sich in Fragen der Wirtschafts- und Staatsführung. Nach Angaben von Rafsanjani macht die Regierung "gewiß ihre schwierigsten Zeiten" durch: die gefallen Erdölpreise haben der iranischen Wirtschaft ernsthafte Einbußen bereitet, dazu kamen die irakischen Angriffe auf die Erdölterminals in Kharg und Sirri; über ein Drittel des Haushalts wird für den Krieg ausgegeben. In der iranischen Presse wurde im Sommer über einen Ausbau des Steuersystems diskutiert – bisher wurden nur 39% des Haushaltes aus Steuern bestritten. In diesem Zusammenhang ficht das Regime eine Machtprobe mit den Händlern, Bazaris, aus. Sie sollen nun Steuern zahlen und Bücher führen, wogegen erbitterter Widerstand geleistet wird. Jedes zehnte Geschäft im Bazar wurde deshalb durch die Regierung geschlossen. Auch im Madjlis, dem Parlament, wird über diese Frage gestritten. – Auseinandersetzungen gibt es auch über die Frage, ob den Kapitalisten beim Profitmachen freie Hand gelassen wer-

den soll. Khomeini hatte sich dafür ausgesprochen, Kapitalisten bezichtigte die Regierung, mit bürokratischen Maßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu behindern. Andere Schiiten sind hingegen für die Beibehaltung der Staatskontrolle über die Wirtschaft. – Feinde schafft sich das Regime in bürgerlichen Kreisen auch durch die Zwangsrekrutierungen: so müssen z.B. Kaufleute jetzt 45 Tage im Jahr an die Front, früher konnte man sich mit Geld freikaufen. Das verbissene Festhalten der Khomeini-Regierung am Krieg weist darauf hin, daß die Möglichkeit, die Opposition mit Kriegs- und Notstandsmaßnahmen in Schach zu halten, dabei eine erhebliche Rolle spielt. Die Zeitung "Etelaat" am 14.10.86: "Wenn der Frieden akzeptiert wird, stehen die Zeichen für die Erhaltung der Herrschaft der Islamischen Republik auf Sturm."

Quellenhinweis: Südd. Zeitung v. 30.10.86; Nachrichtenbulletin der Volksmoudjahedin Iran, 10/86 und 17/86; The Middle East, 7/86; Fernsehsendung "Kompaß" am 2.11.86; Middle East Ec. Digest, 19.7.86. – (rew)

## Belgien

### Reaktionäre Sammlungsversuche hinter einem aufgebauchten "Sprachenstreit"

Die belgische Regierung aus Christdemokraten und Liberalen unter Premier Martens, seit 1980 im Amt und damit das reaktionäre Kabinett mit der längsten Amtszeit in Belgien seit 1945, schien in den letzten Wochen erstmals ernsthaft gefährdet. "Täglich droht ein Sturz der Regierung Martens", berichtete die "Welt" am 20. Oktober. Was keiner der vielen Streiks und Proteste der Gewerkschaften in den letzten Jahren vermocht hatte, schien eingetreten: Die

Regierung wankte, der Premierminister reichte seinen Rücktritt ein (der dann vom König nicht angenommen wurde), der Innenminister trat zurück.

Was war geschehen? Offiziell hatte der wallonische Bürgermeister der Gemeinde Voeren, (wallonisch: Fouron), einer Gemeinde an der Grenze zwischen dem wallonischen (südlichen) und dem flämischen (nördlichen) Landesteil, einen "Sprachenstreit" angezettelt, um seine Absetzung zu verhindern bzw. rückgängig zu machen.

## Iran

### Opposition auch unter den Besitzenden

Ende Oktober berichtete die Presse über die Verhaftung "hochstehender Persönlichkeiten" im Iran: Ministerpräsident Mousavi gab im Fernsehen die Zerschlagung eines "Komplots" von "Feinden der Revolution" bekannt. Diese hätten sich für einen Kompromißfrieden mit dem Irak eingesetzt. Unter den Verhafteten sollen zwei Abgeordnete und der Sohn des zum Nachfolger Khomeinis bestimmten Montazeri sein. Die Regierung will den Krieg weiterführen, am Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein wird unverändert als Kriegs-



Am 15. Oktober demonstrierten 2000 Lehrer, Schüler und Eltern in Brüssel gegen die Entlassungsvorhaben und Mittelkürzungen der Regierung an den Schulen. Mit einer Vertiefung nationalistischer Spaltungen will die belgische Reaktion ihre "Sparprogramme" trotz heftigen Widerstands durchsetzen.



Am 31.10. stürmten fast 8000 Polizisten die Konkuk-Universität von Seoul. Mehrere tausend Studenten, die die Universität vier Tage lang besetzt gehalten hatten, leisteten mehrstündigen, erbitterten Widerstand. Über 1200 Studenten wurden verhaftet, hunderte verletzt. Die "Rädelsführer" sollen wegen Verstoßes gegen das nationale Sicherheitsgesetz, das als Höchstmaß die Todesstrafe vorsieht, vor Gericht gestellt werden. Die Studenten hatten die Universität besetzt, nachdem die Polizei zum wiederholten Male eine Studentendemonstration gegen die Regierung Chun Doo Hwan und für den Abzug der 40000 US-amerikanischen Soldaten brutal aufgelöst hatte. – (sie)

### Belgien: Kaum Schranken gegen Überarbeit

Die belgische Regierung hat ein neues Arbeitszeitgesetz in Kraft gesetzt, das gesundheitlich unerträgliche Arbeitszeiten wieder legalisiert. "Künftig kann im Prinzip zu jeder Zeit und an jedem Tag gearbeitet werden, wenn die Arbeitszeitgestaltung vorher in Branchen- oder Betriebsvereinbarungen ausgehandelt wurde. Arbeit an Sonn- und Feiertagen und auch Nachtarbeit (allerdings nur für Männer), die bisher im allgemeinen nur aus technischen Gründen zulässig war, ist jetzt generell erlaubt", feiert das "Handelsblatt" den Durchbruch der belgischen Kapitalisten. Maximale tägliche Arbeitszeit: 12 Stunden.

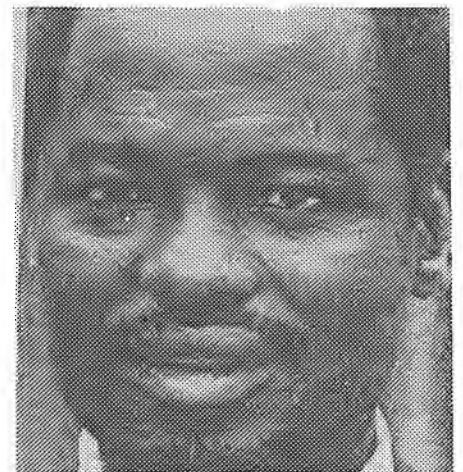
Blüm und Esser haben jetzt ein Vorbild: Arbeitszeiten wie in Belgien! – (rül)

### Streik in Schweden beendet

Am 28.10. gerieten die Tarifverhandlungen für die 500000 staatlichen Angestellten ins Stocken. Der Verband bot eine Erhöhung von 8,46% mehr Lohn. Damit koppelte er die Forderung nach einer Kapitulation und einer Garantie für Folgsamkeit in den öffentlichen Diensten. Eine weitere Festlegung ist, daß nicht wieder 1988 zwei separate Lohnverhandlungen stattfinden. Die TCO, SACO/SR und SF wollten dies erst überlegen. Am Donnerstag wurde für zwei Jahre ein Lohnrahmen vereinbart. – (uwb)

### Mosambik: Verdacht gegen Südafrika erhärtet

Am 3.11. wählte das Zentralkomitee der FRELIMO J. Chissano (Bild) zum neuen Präsidenten Mosambiks. Der bisherige Außenminister tritt damit die Nachfolge Machels an, der am 20.10. bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Inzwischen verstärken sich die Anhaltspunkte, daß Südafrika für den Flugzeugabsturz verantwortlich ist. So weigert sich Südafrika bisher, den Flugschreiber herauszugeben, damit er von einer unabhängigen internationalen Kommission untersucht wird. Angolanische Regierungssprecher wiesen auf die Möglichkeit hin, daß der Absturz durch elektronische Störmanöver verursacht sein könnte; in Gefechten mit südafrikanischen Einheiten seien die Bordinstrumente angolanischer Flugzeuge mehrfach massiv gestört worden. Weiterhin ist verdächtig, daß die Kommission, die den Absturz untersuchen soll, erst in einigen Monaten zusammentreten soll. Augenzeugen haben mitt-



schon Einheiten seien die Bordinstrumente angolanischer Flugzeuge mehrfach massiv gestört worden. Weiterhin ist verdächtig, daß die Kommission, die den Absturz untersuchen soll, erst in einigen Monaten zusammentreten soll. Augenzeugen haben mitt-

In Voeren/Fouron spricht 60% der Bevölkerung wallonisch und 40% flämisch. Bürgermeister Happart, Sozialdemokrat und außerdem noch Abgeordneter im Europaparlament, hatte sich geweigert, die in solchen Gemeinden von Bürgermeistern verlangte Kenntnis beider Sprachen, des Wallonischen wie des Flämischen, vor einer offiziellen Prüfungskammer zu beweisen. Er sei demokratisch gewählt, punktum. Die Forderung, flämische Sprachkenntnisse zu beweisen, sei "rassistisch". Am 30. September hatte darauf das Oberste Gericht entschieden, Happart sei des Amtes zu entheben und durch einen zweisprachigen Bürgermeister zu ersetzen. Der Innenminister verfuhr entsprechend – mit der Folge, daß der von ihm ausgesuchte Nachfolger ablehnte, sein Amt überhaupt anzutreten. Der Gemeinderat von Voeren/Fouron entschied daraufhin, Happart trotz der offiziellen Amtsenthebung erneut als

Bürgermeister einzusetzen. Die darauf ausbrechende Regierungskrise endete Ende Oktober vorläufig mit dem Rücktritt des Innenministers und einer Erklärung von Premier Martens, nach einer dreimonatigen "Pause" endgültig über diese Sache entscheiden zu wollen.

Der Streit scheint geringfügig, und daß darüber ein Innenminister stürzt, lächerlich. Tatsächlich haben zahlreiche reaktionäre Kräfte, angefangen von nationalistischen Kreisen der sozialdemokratischen Partei über Christdemokraten, die rechtsradikale flämische Partei "Volksunie" bis hin zu offenen Faschisten die Affäre genutzt, um ihre reaktionären nationalistischen Parolen zu verbreiten. Im Parlament fanden zwei Debatten über den "Fall Happart" statt, bei einer inszenierten Reaktionäre auf den Zuschauertribünen eine handfeste Schlägerei. So war wochenlang für Schlagzeilen gesorgt.

Dreierlei Interessen trafen hier zusammen. Zuerst einmal die der Regierung und der belgischen Kapitalisten an der Durchsetzung des Regierungsprogramms. Die Regierung Martens hatte im Mai ihre Absicht verkündet, die staatlichen Haushaltsdefizite durch drakonische Eingriffe in Versicherungsansprüche der Lohnabhängigen, durch rabiate "Kostendämpfung" in Krankenhäusern, durch Massenentlassungen an den Schulen (u.a. 6500 weniger Planstellen), bei der Post usw. sowie durch Privatisierung kommunaler Einrichtungen zu senken. Ein neues Arbeitszeitgesetz, das praktisch jede Form von Überarbeit legalisiert, ist gerade in Kraft getreten. Seine Umsetzung in tarifliche und betriebliche Ausdehnung der regelmäßigen Arbeitszeiten steht nun an. Zur Durchsetzung dieses Programms hat die belgische Reaktion nur auf eine Gelegenheit gewartet, um nationalistische Vorurteile und Spaltungslinien



lerweile erklärt, daß Machel noch vier Stunden nach dem Absturz gelebt habe und daß südafrikanische Polizisten nach ihrer Ankunft am Absturzort zunächst Papiere und Dokumente eingesammelt haben, bevor sie ärztliche Hilfe für die Überlebenden zuließen. – In Mosambik und Zimbabwe haben in den letzten Wochen mehrere hunderttausend Menschen gegen Südafrika demonstriert. Ministerpräsident Mugabe erklärte, Zimbabwe werde die Souveränität Mosambiks bis zum letzten Mann verteidigen. Die von Südafrika ausgehaltene Widerstandsgruppe Renamo erklärte Zimbabwe daraufhin den Krieg. – (scc)

### Britische Imperialisten greifen Souveränität Argentiniens an

Ende Oktober erweiterten die britischen Imperialisten ihren Anspruch auf argentinisches Hoheitsgebiet, in dem sie eine 200 Meilen (320 km) breite Zone um die Falkland-Inseln, die nur 400 km vom argentinischen Festland entfernt sind, zur Fischereischutzzone erklärten, um ein angebliches Überfischen zu verhindern. Bereits zuvor hatten die britischen Imperialisten argentinischen Fischerschiffen den Zugang zu einer 240 km breiten Zone unter Androhung des Einsatzes ihrer Kriegsmarine untersagt. Argentinien umging die britische Aggression durch den Abschluß von Fischereiverträgen mit Drittländern, u.a. mit Japan, der Sowjetunion und Bulgarien, von denen sie dafür die Hälfte der Fangmenge erhielt. Jetzt wollen die britischen Imperialisten die argentinischen Fischereirechte auf eine 80 km breite Zone beschränken und die Fischereiverträge Argentiniens mit Drittländern direkt angreifen. Argentinien protestierte gegen die Einschränkung seiner Souveränitätsrechte vor der UNO. Gleichzeitig

bewilligte der argentinische Senat einstimmig die Fischereiabkommen mit der Sowjetunion und Bulgarien. Die südamerikanischen Länder haben Argentinien ihre Unterstützung zugesagt. – (sie)

### Irland: Sinn Fein beschließt Wahlbeteiligung

Die irische Partei Sinn Fein hat beschlossen, sich an Wahlkämpfen in der Republik zu beteiligen und eventuelle Sitze auch einzunehmen. Danach gründeten 100 Mitglieder eine neue Partei, die "Republican Sinn Fein". Sinn-Fein-Präsident Adams hatte auf

dem Parteitag u.a. erklärt, die politischen Aufgaben erforderten die Beteiligung, auch die IRA habe sich dafür ausgesprochen. Sinn Feins bisherige Boykothaltung gegenüber dem Parlament in Dublin beruhte auf der britischen Abspaltung Nordirlands im Jahr 1921. Die Vorläufer der Sinn Fein erkannten den "Freistaat" ohne Nordirland, der die Teilung akzeptierte, nicht an und bekämpften ihn zwei Jahre lang. In Nordirland hat die Partei Wahlerfolge erzielt, u.a. ist Adams gewählter Abgeordneter im Londoner Parlament, nimmt aber seinen Sitz nicht ein. – (hef)



In den ersten beiden Oktoberwochen fanden in Namibia in über zehn Orten Demonstrationen gegen die Besetzung durch südafrikanische Truppen, für die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht Namibias, für freie Wahlen unter Aufsicht der UNO statt. (Bild: Demonstration am 5. Oktober in Tsumeb) Die Demonstrationen wurden von allen Organisationen unterstützt, die im April dieses Jahres gemeinsam die Erklärung von Ai-Gaimes unterzeichnet hatten, darunter die SWAPO und die SWANU. Anlaß der Demonstrationen war unter anderem, daß die Marionettenregierung von Gnaden Südafrikas erneut von der südafrikanischen Regierung einen Übergangsplan verlangt hat, der die Beratung und Verabschiedung einer Verfassung für Namibia enthalten soll. – (uld)

zwischen den Lohnabhängigen systematisch vertiefen. Der "Fall Happart" bot diese Gelegenheit.

In Belgien sind knapp 80% aller Lohnabhängigen gewerkschaftlich organisiert. Doch gleichzeitig hemmt eine doppelte Spaltung die Arbeiterbewegung: Die Spaltung in zwei Gewerkschaftsbünde, den Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbund (ABVV) und den Allgemeinen Christlichen Gewerkschaftsbund (ACV), und die Spaltung in einen wallonischen und einen flämischen Teil. Beide Spaltungen überlagern und verstärken sich: Im flämischen Teil dominiert der ACV, im wallonischen Landesteil, heute durch die Krise bei Stahlindustrie und Bergbau teilweise furchtbar verödet, der ABVV. Bereits in den letzten Jahren hat die Regierung ihre zahllosen Angriffe auf Tariflöhne, Tarifrechte, auf Versicherungsansprüche usw. nur durchsetzen können, weil es ihr immer wieder gelang, den

christlichen ACV aus der gewerkschaftlichen Einheitsfront auszubrechen. Um diese Widersprüche weiter zu schüren, lohnt sich eine "Regierungskrise" schon.

Auch einen Innenminister läßt man dafür über die Klinge springen. Zumal dann, wenn dieser sich nicht in der Lage zeigt, einen sozialdemokratischen Bürgermeister zur Raison zu bringen. Gerade gegenüber den Gemeinden muß die Regierung in nächster Zeit zahlreiche Programmpunkte durchsetzen: Die Kostendämpfungen im Gesundheitswesen, die Entlassungen an den Schulen, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Der Nachfolger des zurückgetretenen Innenministers, der Christdemokrat Joseph Michel, hat Erfahrung dabei: 1974 organisierte er die bislang letzte große belgische "Gemeindereform".

Das spezielle Interesse gerade der BRD am "Fall Happart" hat noch weitere Gründe. Erstens bessert eine wei-

tere Schwächung der belgischen Arbeiterbewegung auch die Profitaussichten für ihre Kapitalanlagen in Belgien. Zweitens hat Happart angekündigt, seine Entlassung vor dem Europaparlament vorzubringen. Gut möglich ist deshalb, daß daraus am Ende eine neue Resolution des Europaparlaments zwecks "Minderheitenschutz in Europa" fabriziert wird, was dann auch für die "deutsche Minderheit" in Belgien und anderswo in Anspruch genommen werden kann.

Der belgische "Sprachenstreit" ist also keineswegs ein Schwächezeichen der dortigen Regierung. Er ist im Gegenteil ein Anzeichen für die weitere Stärkung reaktionärer bis offen faschistischer Kräfte in Belgien und für deren energische Unterstützung von seiten der BRD.

Quellenhinweis: "Die Welt", 13.10. bis 30.10.86; Archiv der Gegenwart, 23.5. und 30.9.86 – (riil)

## \* Veröffentlichungen \*

**WSI-Sonderheft zu  
Frauenarbeit**

Das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut des DGB publiziert in lockerer Reihenfolge Sonderhefte zu begrenzten Themen. Das vorliegende Heft zur Frauenarbeit ist mehr in der Form eines Readers abgefaßt, d.h. verschiedene, bereits woanders publizierte Artikel und Untersuchungen sind zusammengefaßt. Dargestellt werden Arbeitsbedingungen von Frauen in der Metall- und Elektroindustrie, im Handel, in der Textil- und Bekleidungsindustrie und in Verwaltungen. Ein Sonderkapitel befaßt sich mit der Lage ausländischer Arbeiterinnen. Interessant ist, daß mit der Artikelzusammenstellung der Versuch unternommen wird, die Belastungen der sogenannten "Leichtlohngruppen"-arbeit in der industriellen Fertigung und der "einfachen" Büroarbeiten in der Verwaltung zu vergleichen. Es stellt sich heraus, daß beide Arten Arbeit, von den Kapitalisten und auch in den Gewerkschaften oft als "leichte" Arbeit eingestuft, sich vor allem dadurch auszeichnen, daß sie monoton sind und äußerste Konzentration verlangen. Die körperlichen und nervlichen Belastungen sind hoch, die Entlohnung ist schlecht. Untersuchungen über Nachtarbeit bei Frauen erbringen das Ergebnis, daß der "größte Teil von Frauen, die in Dauernachtschicht arbeiten, verheiratet, in mittlerem Alter und Mutter ist, dagegen männliche Nachtarbeiter zumeist jung und unverheiratet sind." Für diese Frauen führt die Belastung von Arbeit und Familie zum gesundheitlichen Ruin: Eine Studie ergab, daß ihre tägliche Schlafzeit im Durchschnitt fünf Stunden betrug, ein Siebtel der Nachtarbeiterinnen

schlief nur drei Stunden. In der Einleitung halten die Autoren fest: "Entgegen der Behauptung, daß es sich bei den frauenspezifischen Tätigkeiten überwiegend um 'leichte' Arbeiten handelt, belegen Arbeitsplatzbeschreibungen, daß an den Frauenarbeitsplätzen erhebliche physische und psychische Belastungen auftreten (Inhaltsarmut, Bewegungsarmut, Kontaktarmut, Arbeitshetze, einseitige Überlastung, hohe Konzentration bei gleichzeitiger Monotonie), die erst das besondere Gesundheitsrisiko für die beschäftigten Frauen ausmachen." (Hetze, Monotonie und Streß, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastung von Frauen, Eine Dokumentation, zusammengestellt von Brigitte Stahn-Willig unter Mitarbeit von Monika Müller, WSI-Extra-Info 9, 1985. Zu beziehen: WSI, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 1 - uld)

**Arbeitsplan einer Kellnerin**

nach Dienstplan: 11.00-15.00 Uhr,  
18.00-23.00 Uhr

Aufstehen, Frühstück	9.30 Uhr
Fahrt zum Betrieb	10.15 Uhr
Umkleiden, Arbeitsvorbereitung	10.50 Uhr
Dienstbeginn	11.00 Uhr
Unterbrechung	15.00 Uhr
Zusätzliche Arbeiten bis Heimfahrt	15.15 Uhr
Ankunft zu Hause (Ruhezeit 1 1/2 Stunden)	15.45 Uhr
Abfahrt zum Betrieb	17.15 Uhr
Ankunft im Betrieb	17.50 Uhr
Dienstbeginn	18.00 Uhr
Dienstende	23.00 Uhr
Überstundenarbeit	23.50 Uhr
Abrechnen, Umkleiden	24.00 Uhr
Abfahrt nach Hause	0.15 Uhr
Ankunft zu Hause	0.45 Uhr



"Leichte Bürotätigkeit" – genauso verschleißend wie Industriearbeit.

**Erneutes Verfassungs-  
gerichtsurteil für § 218?**

Die Zeitungsherausgeberin Alice Schwarzer, die Pro-Familia-Vorsitzende Melitta Walter, der ehemalige Hamburger Justizsenator Ulrich Klug und andere veröffentlichten vor kurzem ein Manifest mit dem Titel "Weg mit § 218". Darin appellieren sie an FDP, SPD und Grüne:

"Diese Indikationsregelung ist gescheitert. Auch im Sinne des Verfassungsgerichts. Denn der § 218 kann nicht (und konnte noch nie) regeln, OB, sondern nur WIE abgetrieben wird

... Das Bundesverfassungsgericht selbst war sich bei seiner Entscheidung zum § 218 nicht einig. Von acht Richtern widersprachen zwei ...

Den 'Mörderinnen'-Parolen endlich Einhalt zu gebieten und gegen den unwürdigen Zustand der Bevormundung und Demütigung von Frauen anzugehen.

Wir appellieren an diese drei Parteien, die Möglichkeit einer Verfassungsklage ('Normenkontrollklage') gegen den geltenden § 218 wahrzunehmen: Sowohl die Bundesregierung wie auch ein Drittel des Bundestages oder eine der Länderregierungen könnten eine solche Normenkontrollklage einreichen.

Wir erwarten, daß sie das tun."

Die Unterzeichner begründen ihr Ansinnen damit, daß die neuesten Untersuchungen wie auch frühere schon belegt hätten, daß Frauen abtreiben, weil sie kein Kind wollen, "egal was sie glauben oder denken". Sie stellen ihre Forderung in voller Kenntnis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1975 auf, in dem das Gericht entschied, das die von der SPD/FDP-Regierung verabschiedete Fristenregelung verfassungswidrig war und die Einführung einer Indikationsregelung forderte. Aus welchen Anzeichen die Unterzeichner schließen, daß das jetzige Bundesverfassungsgericht die bestehenden strafrechtlichen Regelungen zugunsten der Straflosigkeit von Abtreibung aufheben würde, kann man dem Brief nicht entnehmen. Grüne Bundestagsabgeordnete lehnten das Ansinnen bislang mit dem Hinweis ab, das Gericht würde kaum fortschrittlicher urteilen, die SPD-Bundestagsabgeordnete Däubler-Gmelin erklärte, das Ansinnen selbst sei rechtlich unmöglich. Die Beschlußfassung verschiedener Gewerkschaftstage, die sich für die Abschaffung des § 218 aussprechen und die die Verbesserung der gesellschaftlichen Bedingungen und Einrichtungen der Kinderversorgung verlangen, könnte ein Anlaß für eine erneute Kampagne der politischen Opposition gegen den Strafparagrafen sein. Darauf beziehen sich die Unterzeichner aber nicht, sondern sie erklären,

sie seien auch Gegner der Abtreibung, weniger Abtreibungen seien aber nur zu erreichen "durch verstärkte Aufklärung, durch Entlastung der Mütter und verstärkte Mitverantwortung von Vätern und Staat". Enthielten die früheren Kampagnen von Alice Schwarzer und anderen ("Mein Bauch gehört mir") immerhin noch das Element, gegen die Fesselung von Frauen an die Familie und den Herd aufzutreten, so ist dieser Gesichtspunkt nun verschwunden. Mütter, Väter und Staat sollen die Abtreibungsquoten senken. Der Kniefall vor der Familie wird das Bundesverfassungsgericht nicht zur Änderung des Urteils bewegen, in der Bewegung gegen den § 218 aber die Spaltung vertiefen. (Manifest "Weg mit § 218", dokumentiert u.a. in: Frankfurter Rundschau vom 7. November 1986 – uld)

### WSI Arbeitsmaterialien Krankenstand

Unter obigem Titel mit dem Untertitel "Krankfeiern oder krank durch Arbeit?" veröffentlicht das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) eine Auseinandersetzung mit der "sozialkonservativen Krankenstandskritik". Verfall der Arbeitsmoral und Kollektivmißbrauch sozialer Leistungen sehen die Kapitalistenverbände, aber auch die Parteien des bürgerlich-konservativen Lagers, als Ursachen des ihrer Meinung nach zu hohen, ständig steigenden Krankenstands in den Betrieben an. Die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sei die Folge. Kürzungen des Krankengeldes und Einschnitte in die Lohnfortzahlung wird verlangt, um die "unkollegialen Parasiten" zur Aufgabe ihres "Krankfeierns" zu zwingen. Diese Forderungen haben Eingang in die Programme der christlich-liberalen Regierungsparteien gefunden. Ihre Durchsetzung steht in der nächsten Wahlperiode an. Der Autor Bodo Scharf widerlegt alle gängigen Behauptungen der konservativen Krankenstandskritik und liefert in seinen Untersuchungen starke Anhaltspunkte dafür, daß der Krankenstand das Spiegelbild der Gesundheitsbelastungen im Betrieb und arbeitsbedingter Erkrankungen ist. Weniger stichhaltig wird die These belegt, obwohl vieles dafür spricht, daß der Krankenstand auf Grund wachsender Arbeitsbelastungen noch höher sein und zunehmen müßte. Weder wird untersucht, welche Arbeitsbelastungen zunehmen, noch, welche Auswirkungen das hat. Etwas kurz greifen die Schlußfolgerungen der Ausarbeitung. Die "sozialkonservative Krankenstandskritik" ist in ihrem Lösungsansatz nicht nur "unsozial", sondern für viele Arbeiter lebensbedrohend. (WSI Arbeitsmaterialien Krankenstand: "Krankfeiern" oder krank durch Arbeit? – roh)

## Republikaner

### Stramm deutschnational und mit offener Ausländerhetze

Die "Republikaner" haben bei ihrer ersten Kandidatur zum Bayerischen Landtag im Landesdurchschnitt 3,1% erreicht, in einigen Städten (Rosenheim, Altötting) über 7%. Dabei haben sie nicht nur auf dem flachen Land, sondern auch in den Großstädten beachtliche Erfolge (München: 3,1%). In einer Pressekonferenz in dieser Woche gab ihr Vorsitzender Schönhuber zwar bekannt, daß sie nicht zu den Bundestagswahlen kandidieren werden, kündigte aber an, daß sie sich bundesweit stärken werden und als nächste Schwerpunkte zu den Bürgerchaftswahlen in Bremen, zu den Kommunalwahlen in Bayern und zur Europawahl kandidieren werden. Ziel sei, 1990 mit einer starken Fraktion ins Maximilianeum, den Sitz des Bayerischen Landtags, einzuziehen. Sie rechnen damit, daß ihnen andere rechte Gruppierungen beitreten, wie es die "Deutsche Union" schon angekündigt hat. So forderte Schönhuber nach den Wahlen auf: "Wer mit uns diesen Weg gehen will, ist herzlich eingeladen." Daß der bekannte Faschist Dr. Mohler, Mitglied der Siemens-Stiftung und "Vordenker" des neuen Konservatismus, im neuen "Republikaner" nach der Wahl eine ganze Seite schreibt, dürfte dabei Signalwirkung haben.

Nach dem guten Wahlergebnis in Bayern haben die Republikaner nach eigenen Aussagen 700 neue Mitglieder aufgenommen und damit bundesweit über 4000 Mitglieder. Schönhuber

stellt seine Partei als "demokratisch legitimierte Sammlungsbewegung der deutschen Rechten" dar. Tatsächlich geben sich die "Republikaner" im Vergleich zu neonazistischen Gruppen und auch der NPD durchaus "gesellschaftsfähig". Ihre Kandidaten in Bayern waren durchwegs bekannte, honorirte Bürger, häufig ehemalige Mitglieder der großen Parteien SPD und CSU. Auch ihr Vorsitzender Schönhuber, ehemaliger Fernseh-Moderator, der wegen seiner SS-Verherrlichung in seinem Buch "Ich war dabei" seine Stelle im Bayerischen Fernsehen verlor, ist bekannt und genießt öffentliches Ansehen.

Im Gegensatz zur NPD, die in den sechziger Jahren auch schon einmal in Bayern beachtliche Wahlerfolge hatte, treten die "Republikaner" bei strammnationalistischen Forderungen für die NATO und die EG ein, nicht für einen unabhängigen deutschen Nationalstaat wie seinerzeit die NPD. Dies mag auch erklären, daß bisher aus dem Ausland kaum Proteste gegen den Wahlerfolg der Republikaner zu hören sind.

Tatsächlich haben wir es hier offensichtlich mit einer neuen Spielart von Faschismus, sozusagen mit "demokratisch weißer Weste" zu tun, was ihn besonders gefährlich macht, da die Inhalte durchaus faschistisch sind und offensichtlich diese Spielart Zulauf bekommt. Dieses honorirte Bild kann nur in einer Lage gelingen, in der durch jahrelanges Wirken der CDU/



Hetzbild gegen Asylanten aus der Zeitung der Republikaner.



CSU Faschisten wie die in der "Deutschlandstiftung" und anderen Gruppierungen gesellschaftsfähig gemacht worden sind.

Im folgenden wollen wir auf zwei Schwerpunkte der Politik der Republikaner eingehen, die auch im Bayerischen Wahlkampf die wesentliche Rolle spielten: alle deutschnationalen Forderungen und die Hetze gegen Ausländer / Asylanten.

### Stramm deutschnational

"Andere Völker achten wir, unseres lieben wir!" ist ein Grundsatz der Republikaner. Schon ihre Entstehung hatte deutschnationale Gründe. 1983 gründeten sie sich nach dem von F.J. Strauß ausgehandelten Milliardenkredit an die DDR aus Empörung gegen den "Zick-Zack-Kurs" in der Ostpolitik der CSU. "Die deutsche Frage darf nicht als erledigt gelten, nur weil sie niemand mehr stellt", heißt es dazu in Artikeln in ihrem Organ "Der Republikaner" und – verhalten drohend gegen CDU/CSU, offener gegen SPD/FDP/Grüne: "Wer Verzichtserklärungen vor Abschluß eines Friedensvertrages abgibt, bewegt sich am Rande des Landesverrats."

In ihrem Programm von 1985 dazu: "Unsere Forderungen lassen sich nur verwirklichen, wenn Deutschland wieder eine normale Nation wird. Wir können weder innen- noch außenpolitisch dauernd in einem Ausnahmezustand leben. Zu dessen Beendigung gehört vor allem die Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein". Dabei geht es um ein wiedervereintes Deutschland in einem "Freien Europa". Gegenüber der UdSSR wird gedroht, wahre "Entspannung" kann es nur nach "freien Wahlen" in Gesamtdeutschland geben, also nach Einkassierung der DDR.

Die "deutsche Nation" ist dabei rassistisch, durch Zugehörigkeit per Geburt, definiert, und geht natürlich über alle bestehenden Grenzen hinaus, geht es doch um die "in vielen Landsmannschaften gegliederte Gesamtkultur unseres Volkes", die "in ihrem Kernbestand zu erhalten ist". Um das Nationalgefühl zu heben und die Nation gegen alle "Überfremdung" zusammenzuschmieden, treibt das Blüten wie den "einzig realen Stufenplan zur Wiedervereinigung", den nur die Republikaner anbieten. Oder Maßnahmen gegen die "Überfremdung deutscher Kultur" ("Warum immer nur englisch? Die Überfremdung der deutschen Musikkultur", "Wenn Nationalismus zur Sucht gerät . . .")

Nun sind an sich die Forderungen der Republikaner nichts Neues, schließlich ist der Anspruch auf die "Wiedervereinigung" Bestandteil der Verfassung. Mit ihrem braun gefärbten "Nationalbewußtsein" wollen die Republikaner aber alle diejenigen in der CDU/CSU und rechts davon ein-

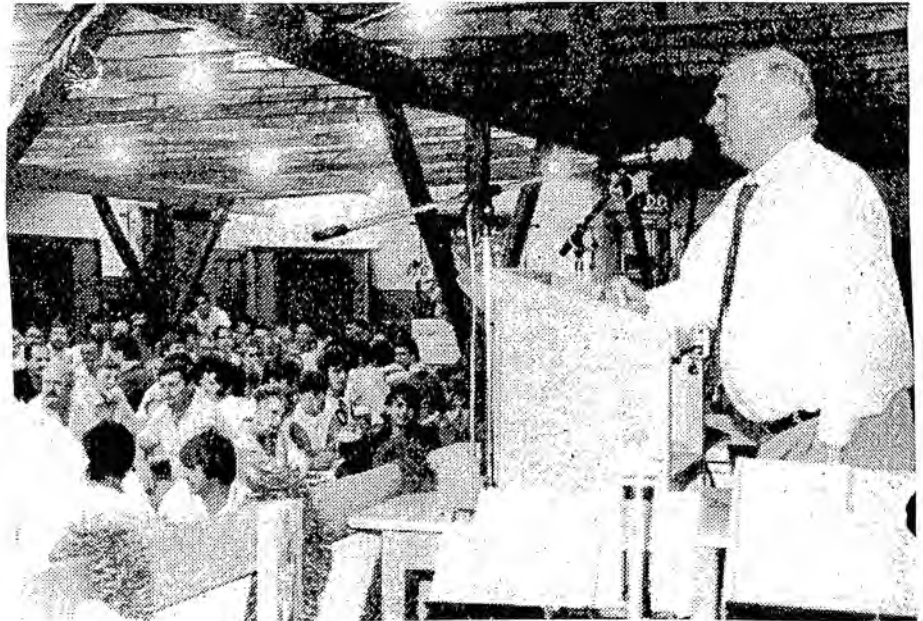
sammeln, denen der "deutschlandpolitische Kurs der Unionsparteien zu zahm" ist.

### Hetze gegen Ausländer / Asylanten

Ein besonderer Schwerpunkt ihres Programms, aber auch des Wahlkampfes in Bayern ist die Hetze gegen die Asylanten und die "Ausländerpolitik". Kein "Republikaner" ohne Schauer geschichten über kriminelle Asylanten, "Asylantenflut" etc. Eine Auswahl von Überschriften: "Ein Herz für Schwerverbrecher. Bonn legt das Asylrecht großzügig aus"; "Asylantenstrom ohne Ende. Die Altparteien bieten Worte statt Taten"; "Jeder dritte ist kriminell – Asylbewerber als polizeiliche Sorgenkinder" usw. (siehe dazu auch das Bild auf dieser Seite aus dem "Republikaner").

In ihrem Programm fordern sie unter anderem Grundgesetzänderung

beitslosigkeit, bei den Renten, im Umweltschutz. Auch in der Asylantenfrage gilt die Pflicht, Schaden vom deutschen Volk zu wenden. Doch welcher Politiker der Altparteien nimmt diesen Spruch noch ernst? Auf diese sozialdemagogische, deutschnationale Weise haben die Republikaner einiges zu der Asylantenhetze beigetragen, was ihnen bestimmt ein Gutteil ihrer Stimmen eingebracht hat. Ein "Aussterben der Deutschen" wird als drohende Zukunft ausgemalt: "Überfremdung der Bundesrepublik! Die Rückkehrförderung für Ausländer ist gescheitert. Besonders stark schwillt der Zustrom von Asylbewerbern an. Kommt es zur geplanten Freizügigkeit gegenüber der Türkei, werden weitere Millionen von Gastarbeiterslosen in die Bundesrepublik fluten. Die nationale Identität der Deutschen ist in Gefahr. So kann es nicht weitergehen." Auch in der "Ausländerpolitik"



Vorsitzender Schönhuber sprach in Bayern vor vollen Veranstaltungen – hier in München.

zum Asylrecht, keine weitere Zuzugsmöglichkeit für Familienangehörige aus Nicht-EG-Ländern, Familienzusammenführung nur noch im Herkunftsland, nach spätestens einjähriger Arbeitslosigkeit Ausreise innerhalb von drei Monaten, kein Widerspruchsrecht gegen die Ausreiseverfügung; Verbot von Koranschulen in Deutschland; Wahlrecht für Ausländer ist deutschfeindlich usw.

In der Asylantenfrage fordern sie neben einer Grundgesetzänderung: sofortigen Einsatz von Schnellrichtern an der Grenze. Es dürfe kein Wirtschaftsasylant mehr herein. "Bonns mit Sprüchen übertönte Hilflosigkeit kann nicht länger hingenommen werden. Allein der finanzielle Schaden in der Asylantenbetreuung beläuft sich schon jetzt auf 2,8 Milliarden Mark pro Jahr, Geld, das anderswo fehlt, etwa bei der Bekämpfung der Massenar-

sind die Forderungen der Republikaner nicht neu. Lobend erwähnen sie, daß die CSU ihre Forderung nach Grundgesetzänderung im Asylrecht übernommen habe. Sie stellen ihre Forderungen nur noch klarer und offener als die anderen Parteien, wobei hier durchaus eine Arbeitsteilung besteht.

Die gesamte Politik der "Republikaner" wird in sozialdemagogischer Weise als Kritik an dem "Filz der Altparteien" geäußert. Allerdings soll man sich von der Kritik z.B. an zu niederen Renten etc. nicht täuschen lassen. Als Zukunftsmodell schwebt den Republikanern die faschistische "Volksgemeinschaft" vor, in der Klassenkampf abgeschafft ist und "jeder seinen Platz" hat.

Quellenhinweis: "Siegburger Manifest", 1985; "Der Republikaner" 4/86–11/86. – (lsc)



### Räumungsterror gegen Hafenstraße geht weiter

**Hamburg.** Nur sieben Tage nach dem Polizeiüberfall hat der Senat am 28.10. erneut ein Riesenaufgebot gegen die Hafenstraße losgelassen. Diesmal dienten 13 Räumungsurteile des Amtsgerichts als Vorwand, die vollstreckt werden sollten, obwohl noch keines der Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. 450 Polizisten, ein Schützenpanzer, MEK-Beamte auf den Dächern gaben dem Gerichtsvollzieher und den Mitarbeitern der SAGA Deckung bei der vollständigen Zerstörung des Mobiliars der Mieter und der Demolierung der Wohnungen. Am Abend des 28.10. folgten ca. 3000 Menschen einem Aufruf der GAL-Eimsbüttel und demonstrierten durch die Innenstadt. Kilometerweit war das Viertel neun Stunden lang abgesperrt, über drei Stunden der Berufsverkehr lahmgelegt, im Viertel selbst wurden Hunderte von Menschen auf dem Weg zur Arbeit kontrolliert. Das offensichtliche Kalkül dieser Maßnahme, die Bewohner des Stadtteils gegen die Hafenstraße aufzuhetzen, ist allerdings nicht aufgegangen: Die GAL erreichte in St. Pauli zwischen 20 und 25% Stimmen bei der Bürgerschaftswahl. – (mek)

### Polizeiüberfall auf Gefangenen-Veranstaltung

**München.** Am 4.11.86 sollte in München eine Informations- und Diskussionsveranstaltung "zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD" stattfinden. Dazu eingeladen waren Angehörige der politischen Gefangenen und ein Rechtsanwalt, die über die aktuelle Situation bei einzelnen Gefangenen berichten wollten. Die Veranstaltung wurde gerade eröffnet – es waren ca. 120 Personen anwesend –, als die Polizei den Saal stürmte, ihn besetzte und sofort anfang alle Leute und den Infostand zu filmen und zu fotografieren. Erst nach ungefähr 5 Minuten erklärte der Einsatzleiter, daß die Veranstaltung durch Beschluß des Kreisverwaltungsreferates vom 3.11. verboten worden sei. Ferner hätte der Bundesgerichtshof "ausreichende polizeiliche Kontrollstellen" angeordnet. Die Anwesenden wurden aufgefordert, sich nicht von ihren Plätzen zu bewegen. Sie wurden anschließend einzeln aus dem Raum geführt, dann wurden die Personalien festgestellt und bei jedem einzelnen Taschenkontrollen und körperliche Durchsuchungen durchgeführt. Acht Leute wurden festgenommen, darunter die Frau, die den Raum für die Veranstaltung gemietet hatte – parallel dazu wurde ihre Wohnung durchsucht. Gegen sie wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "Unterstützung der RAF" (§ 129a) eingeleitet. Insgesamt waren über 500 Beamte der Bereitschaftspolizei und des BGS im Einsatz. – (ror)



Gerichtsvollzieher und SAGA-Beauftragte haben die Bewohner mehrerer Wohnungen der Hafenstraße um ihre gesamte Habe gebracht. Bekanntlich sind sie arm, bekanntlich muß man sich dann seine Möbel holen, wo man sie kriegen kann. Der Gerichtsvollzieher deklarierte alles zu "Sperrmüll" und ließ es demolieren, Bettzeug, Möbel, Regale, alles.

### Protestaktionen gegen NPD-Bundesparteitag

**Willingen.** Etwa 500 Antifaschisten demonstrierten am 8.11. im nordhessischen Willingen gegen den dort tagenden 20. NPD-Bundesparteitag. DKP, Grüne, Jusos, VVN/BdA und Kreisschülerrat hatten zu der Demonstration aufgerufen. CDU-Landrat Welteke hatte der NPD versichert, sie habe einen "Rechtsanspruch" auf ihr Tagungshaus. Der zweite Bevollmächtigte der IG Metall Hersfeld-Rotenburg, E. Peter, erklärte demgegenüber auf der Protestkundgebung, es dürfe nicht noch einmal hingenommen werden, daß Gewerkschaften durch ihr Schweigen den Rechts den Boden bereiteten. Der SPD-Unterbezirk Waldeck-Franken hatte eine mit dem DGB-Kreis angekündigte Kundgebung 22 km von Willingen entfernt wieder abgesagt. Schwerpunkte des beschlossenen NPD-Programms seien die Forderung nach Wiedervereinigung und nach schärferen Ausländer- und Asylgesetzen, berichtet die "Welt" vom Bundesparteitag. (Quelle: UZ, 6. und 10.11. – rül)

### Aktionen gegen NPD in Heilbronn

**Heilbronn.** Letztes Jahr begann die NPD ihr öffentliches Auftreten in Heilbronn mit einer Leserbriefkampagne in der Lokalpresse. Tenor: Wir sind fdgo-nationalistisch, und gehören dazu. Eine Sammlung im rassistischen Sumpf blieb nicht ohne Erfolg. Inzwischen gehört sie in der Presse fest zur Rubrik "Podium der Parteien". Der erste Infostand der NPD in der Fußgängerzone wurde von Antifaschisten/innen zerlegt und unbrauchbar gemacht. Eine Woche später hatte die NPD ausreichend Kräfte zusammengezogen, um ihren Stand zu schützen. Eine auf den Nachmittag anberaumte, wiederum nichtöffentliche Veranstaltung

wurde von der NPD abgeblasen, da eine Gegenkundgebung davor organisiert war. Dort sprach der Antifaschistische Arbeitskreis. Die VVN wollte (wegen der "Gewaltfrage") nicht dazu aufrufen, war aber anwesend. Inzwischen gibt es ein Bündnistreffen, das gegen weiteres NPD-Auftreten tätig werden will. – (bes)

### Hungerstreik gegen reaktionäre Asylpolitik

**Hamburg.** Zwei Wochen lang, bis zum Tag der Bürgerschaftswahlen, führten in Hamburg ca. 30 Menschen, überwiegend Asylbewerber aus Kurdistan, der Türkei, dem Iran, Senegal und Chile, einen Hungerstreik in der Pauluskirche durch. Gleich zu Beginn waren sie bei dem Versuch der Übergabe einer Erklärung an den Innensenator Pawelczyk von der Polizei brutal zusammengeknüpelt worden. Zehn Personen wurden zum Teil erheblich verletzt, elf wurden festgenommen.

In der Erklärung heißt es u.a.: "Hier aber wird ihnen vom bundesdeutschen Staat das Leben bewußt so schwer wie möglich gemacht ... Zwangsunterbringung in Lagern, Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf einen Landkreis, zwangsweise 'Verteilung' auf verschiedene Bundesländer, Kürzung des Sozialhilfesatzes, Arbeitsverbot (manchmal verbunden mit dem Zwang zur sog. gemeinnützigen Arbeit), das sind einige der Methoden, mit denen in der BRD Flüchtlinge gequält werden. Dazu kommen die Drohungen, abgeschoben zu werden, dorthin zurückgeschafft zu werden, woher man geflohen ist. Auch in Kriegsgebiete soll jetzt abgeschoben werden."

In einem Interview mit der "TAZ" werten die Hungerstreikenden die Aktion vor allem deshalb als Erfolg, weil sie zur Verbreitung von Kenntnissen in der Hamburger Bevölkerung beigetragen hat. – (mek)

Boehringer Mannheim

## Schließung des Chemiebetriebs 21 abgewehrt McKinsey fischt weiter im trüben

**Mannheim.** Am Freitagnachmittag dem 17.10.86, informierte die Geschäftsführung den Betriebsrat darüber, daß sie die Schließung des Chemiebetriebes CB 21 ins Auge faßt. Am Montag, dem 20.10., standen fast alle Kollegen aus der CB 21, die zu dieser Zeit keine Schicht hatten, Vertrauensleute der IG Chemie und Betriebsratsmitglieder vor den Werkstoren und verteilten Flugblätter an die Belegschaft, mit Informationen über die drohende Schließung und die damit verbundene drohende Entlassung von 90 Beschäftigten, hauptsächlich Arbeitern aus dem 3-Schicht-Betrieb.

Gleichzeitig sammelten sie Unterschriften zur Unterstützung der Forderungen: Keine Schließung der CB 21! Erhaltung aller Arbeitsplätze! Offenlegung aller Untersuchungsgeb-

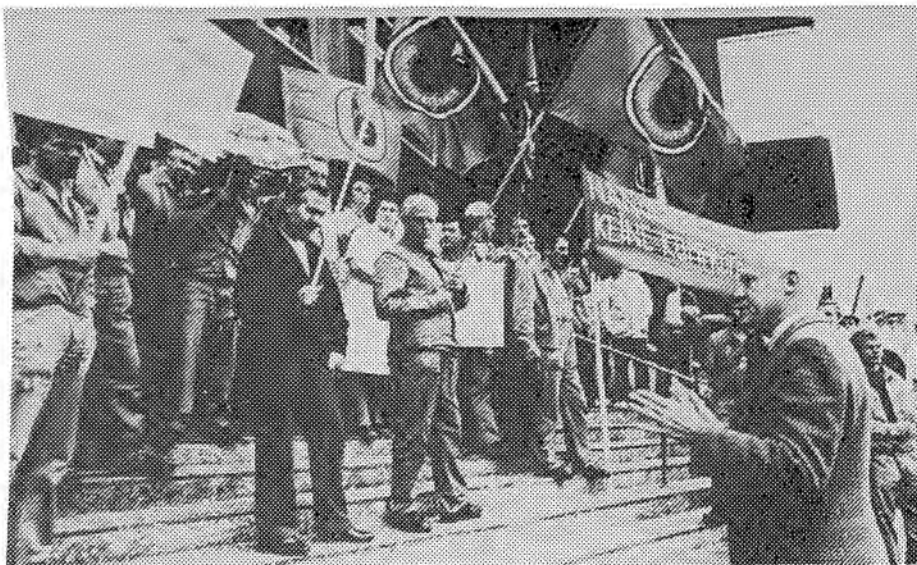
etriebsrat zitieren, daß "aus betriebswirtschaftlicher Sicht nur die Schließung in Frage komme, eine Erhaltung von der Kostenbelastung abhängt."

Auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am 24.10., die viereinhalb Stunden dauerte und an der mehr als 2000 Beschäftigte teilnahmen, erklärte die Geschäftsführung, sie habe nie an die Schließung der CB 21 gedacht, lediglich an die Umstellung von Contischicht auf die Produktion an fünf Tagen und daß maximal 18 Arbeitsplätze wegfallen. Ihre Informationspolitik gegenüber dem Betriebsrat nannte sie "ein Eigentor". Unter großem Beifall forderten Arbeiter und Angestellte der CB 21, daß kein Kollege entlassen oder versetzt werden dürfe. Bei radikaler Arbeitszeitverkürzung auf "35

schaft und Betriebsrat auf Vermutungen angewiesen. Am hartnäckigsten hält sich die Meinung: "Das ist ein McKinsey-Ergebnis". So wurde der Chefberater, Wilhelm Rall, beim Verlassen der CB 21 gesehen. Geschäftsführer Determann am 24.10.: "McKinsey hat den Bereich C auf Effizienz untersucht".

In der BM-Bekanntmachung vom 20.10. hieß es: "Bei den wesentlichen Produkten der CB 21 ... (sind) ... die Patente abgelaufen ... Auf dem Weltmarkt (ist) ein starker Preisverfall eingetreten ... nicht mehr konkurrenzfähig". Nicht mehr profitabel genug – hier empfiehlt McKinsey: "Rückzugsstrategie, da Position nicht wirtschaftlich zu verteidigen." "Kooperation" mit Konkurrenten ist eine weitere Strategie. Hier gibt's Vermutungen über Kartellabsprachen bezüglich Preis und Menge bei Chloramphenicol, dem Hauptprodukt der CB 21. Von 1000 t Jahresweltbedarf verkauft die VR China 400 t. 200 t verkauft Ungarn. Die restlichen 400 t soll Lepetit in Italien produzieren, günstiger und für alle europäischen Konkurrenten, die ihre Produktion eingestellt haben; so auch für Boehringer Mannheim, die damit nicht durchgekommen sind.

Die McKinsey-Strategien sind in einer Artikelserie des "Wirtschaftsmagazins" in den Nr. 9/85, 10/85, 11/85 nachzulesen. – (itt)



Die Kollegen und Kolleginnen der CB 21 erwarten die Aufsichtsräte. Raubach von der Personalabteilung (rechts vorne) versucht zu beschwichtigen.

nisse der Rationalisierungsfirma McKinsey gegenüber der gesamten Belegschaft! Die mehr als 1500 Unterschriften, die an diesem Tag gesammelt wurden, sollten den IG-Chemie-Aufsichtsratsmitgliedern in die Sitzung mitgegeben werden, die am 21.10. stattfand.

50 Kollegen der CB 21, Vertrauensleute und Betriebsräte empfingen die Aufsichtsräte dann mit dem Transparent: "Hände weg von der CB 21, keine Kompromisse". Geschäftsführer Dr. Maiwald erklärte im Beisein von Rundfunk und Presse: "Die CB 21 wird nicht geschlossen, kein Arbeitsplatz ist gefährdet".

Am Mittwoch, 22.10., erschien ein Flugblatt der IG-Chemie-Vertrauensleute, in dem sie aus der Mitteilung der Geschäftsführung an den Be-

triedungsraum der CB 21, der mit roten IG-Chemie-Fahnen und dem bekannten Transparent geschmückt war, wurden die Geschäftsführer gebührend empfangen. Inzwischen sind die Verhandlungen angelaufen; die Rede ist von hohen Abfindungen, v.a. für die ausländischen Kollegen, die in ihre Heimat zurückgehen, von Lohnausgleichszahlungen und Abgruppierungsschutz bis zu 18 Monaten; offen ist noch die zukünftige Arbeitszeitregelung. Soweit zum "Tathergang".

Bei der "Motivsuche" sind Beleg-

Stunden bei vollem Lohnausgleich", wie ein Betriebsrat forderte, wäre das auch möglich.

Bei der "Motivsuche" sind Beleg-

### Arbeitsschutz

**"Wenn wir alles prüfen,  
gibt es bald keine Arbeit mehr"**

**Hamburg.** Unter dem Thema: "Der Schutz der Arbeitskraft auf dem Prüfstand" veranstaltete die ÖTV eine Diskussion mit ca. 120 Beschäftigten. Neben verschiedenen Rednern aus der ÖTV war Senator Ehlers als Präses der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales eingeladen, um die Fragen der Mitglieder zu beantworten. Alle Parteien der Bürgerschaft waren eingeladen; Ehlers vertrat die SPD, die GAL schickte einen Vertreter, die CDU blieb weg. Der Inhalt der Diskussion war anfangs an den Arbeitsschutzmaßnahmen ausgerichtet. Vorgeworfen wurde Ehlers der Umgang mit z.B. den Boehringer-Arbeitern. Die GAL warf der SPD die unendliche Dehnung des Begriffes Gesundheit vor und daß die durch die Arbeit geschädigten Arbeiter keinen Anspruch auf Entschädigung hätten. Ihnen bliebe nur zuletzt eine kleine Rente. Vertreter der ÖTV unterstützten das indirekt, indem sie mehr Rechte für den einzelnen Arbeiter in punkto Arbeitsschutz forderten sowie einen Erledigungszwang von festgestellten Mißständen in Betrie-

ben und Behörden. Das Argument der Finanzknappheit des Senats wurde entschieden abgelehnt. Relativ schnell kam man in der Diskussion auf die Tatsache, daß nur vernünftige Arbeitsbedingungen auch Arbeitsschutzmaßnahmen zuließen. Arbeiter, ständig unter Zeitdruck, ständig mehrfach belastet, müssen sehr oft auf Schutzkleidung oder andere Schutzrichtungen verzichten. Ehlers wurde da direkt in seiner Rolle als Dienstherr, der im Haushalt 1987 z.B. 181 Planstellen bei den städtischen Kindertagesheimen streichen will, angesprochen. Obwohl Ehlers diese Frage mit einem "gehört nicht hierher, dafür gibt es Tarifverträge" zurückweisen wollte, kamen aus anderen Bereichen viele Beiträge dazu. Er reagierte auf eine Frage nach den un stetigen Hafenarbeitern und welchen Gefahren sie ausgesetzt sind, mit: "Wenn die Behörde alles prüft, gäbe es im Hafen bald keine Arbeit mehr" und bekräftigte die Haltung der SPD gegen den brutalen Verschleiß von Arbeitskräften zugunsten des "Standorts Hamburg". Aussagen wie: "Wir als Überwachungsbehörde haben unsere Grenzen in Kompetenz und Finanzen" und "Aus meinem Haus gibt es keine Aktivitäten in Sachen Arbeitsschutz, da die Änderung der Arbeitszeitordnung ansteht" verdeutlichen zusätzlich Ehlers Position. Wäre die CDU gekommen, sie hätte ihre Freude an Ehlers, dem "linken" SPDler, gehabt. — (pee)

#### VW-Konzern

##### Der Sonnabend-Coup Kleines Flexi-Lehrstück

**Hannover.** "Sonnabendarbeit, Freizeitausgleich, gleich tausend Neueinstellungen", verkündete der Gesamtbetriebsrat der VW AG bereits im Mai 1985. Mittlerweile findet die VW-Überstundenregelung plus Freizeitausgleich ihre Fürsprecher auch in der gewerkschaftlichen Presse und zuletzt auf dem IGM-Gewerkschaftstag. Das "Modell" funktioniert so: 1. Überstunden werden als notwendig angesehen, denn "Volkswagen kann zusätzliche Autos bauen ... Dadurch werden längere Lieferfristen und ein Abspringen der Käufer zur Konkurrenz vermieden." (GBR-Flugblatt) 2. Überstunden am Samstag werden nur genehmigt, wenn gleichzeitig Neueinstellungen vorgenommen werden. 3. Alle so genehmigten Überstunden müssen durch Freizeitausgleich abgegolten werden. 4. In der VW-AG werden 3,106 Millionen Überstunden abgebummelt, dividiert durch die Nettojahresarbeitsstunden macht 4000 Neueinstellungen. 2000 davon allein über die Sonnendebenen. Auf die ganze BRD übertragen würden gar 850000 eine neue Anstellung finden,

rechnet ein Kasseler VW-Betriebsratsmitglied im IGM-Gewerkschafter vor. Mit soviel Arbeitsplätze-Schaffungswiehen versehen, wer sollte dagegen noch anmeckern? Allerdings: wenn etwa alle Automobilfirmen auf dasselbe Geschäft scharf sind, was läge näher, als die noch arbeitsfreie Nacht, den Sonntag, Feiertage usw. mit Überstunden samt Freizeitausgleich zu belegen, um die Konkurrenz auszustechen? Kleiner "Schönheitsfehler": Die "Verlierer" des Rennens entlassen, die Arbeiter der "Gewinner" dürfen die Voll-Conti-Sieben-Tage-Schicht "genießen". Im Werk Hannover werden jetzt Urlaubsanteile — vermutlich in größerem Umfang — ins Jahr 1987 übertragen. Wegen der Nachfrage und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Neben der Flexibilität bezogen auf den Tag und die Woche wird die Tür geöffnet für Beschneidung der Urlaubsdauer im Tausch gegen Saison- und Jahresarbeitszeit.

Geirrt hätte sich, wer das Urheberrecht dieses "Modells" einzig denjenigen zuschreiben würde, die jetzt damit über die Lande ziehen. Zum Jahreswechsel gab es prominente Kritik an den Sonderschichten des VW-Konzerns. Sonderschichten statt Neueinstellungen, wach Frevel, hatte FDP-Graf Lambsdorff dazu erklärt. Ernst Albrecht schloß sich an, und der niedersächsische Sozialminister Schnippkowitz attackierte Betriebsräte und IG Metall, die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes nicht auszunutzen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Mehr Flexibilität war gefordert. Inzwischen hat sich Minister Blüm bei Betriebsrat, Geschäftsleitung und Gewerkschaft für die Freizeitausgleichsregelung bedankt.

Im Werk Emden soll 1986 noch an vier, im Werk Hannover an zwei Sonnabenden gearbeitet werden, betroffen 4000 bzw. 5000 Beschäftigte. Quellenhinweis: IGM-Gewerkschaftstag 1986, Prot. S. 490f; Der Gewerkschafter 10/86, S.16; WdA, 7.08.86; HAZ, 7.12.85, 17.09.86; HNP, 20.01.86 — (gka)

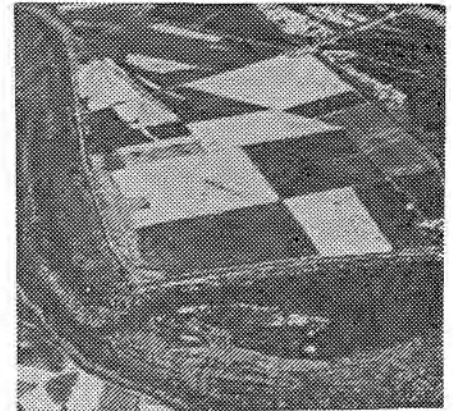
#### Rheinland-Pfalz

##### Freie Wählergemeinschaft kandidiert zu Landtagswahlen

**Speyer.** Erstmals hat die "Freie Wählergemeinschaft Rheinland-Pfalz" (FWG) ihre Kandidatur zu den Landtagswahlen im Frühjahr 1987 angemeldet. Um den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes gerecht zu werden, haben die bisher nur lose zusammenarbeitenden örtlichen Gruppen einen eingetragenen Verein auf Landesebene gegründet. Als Grund für die erstmalige Landtagskandidatur gibt die FWG an, zukünftig nicht mehr nur

in der Kommune als ausführendem Organ, sondern auch im Landtag als gesetzgebendem Organ Einfluß auf die Kommunalpolitik nehmen zu wollen.

Die als programmatisches Dokument veröffentlichten "Leitlinien für die Landtagswahl" enthalten aber kein grundlegendes kommunalpolitisches Konzept, sondern eine Liste von insgesamt 127 Einzelforderungen. Diese Aneinanderreihung ist geprägt von der Förderung des Kleinbürgertums. Im Abschnitt Kommunalpolitik will die FWG die Direktwahl der Bürgermeister und die Reduzierung der Realsteuern. Das "heimische Handwerk"



**Germersheim 1982:** 58 Mio DM öffentliche Gelder für Daimler-Benz zum Erwerb der Rhein-Insel Grün. Die FW waren begeistert: Zulieferer-Chancen!

soll bei kommunalen Aufträgen bevorzugt, der Nahverkehr teilweise privatisiert, der Bestand kleinbäuerlicher Betriebe gesichert werden. "Getragen von der Ehrfurcht vor der Schöpfung Gottes" verlangt die FWG den Ausstieg aus der Kernenergie. Eine Verbesserung der sozialen Versorgung durch die Kommunen und Ansprüche der Lohnabhängigen darauf sollen nicht gefördert werden, vielmehr wird die christlich-reaktionäre Forderung nach "Selbstorganisation und Bürgerbeteiligung in der Sozialarbeit" aufgegriffen.

Ob die Kandidatur der FWG nun letztlich zustande kommt, ist nicht entschieden. Örtliche Wählergemeinschaften im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz haben sich gegen eine Kandidatur ausgesprochen, wie sich traditionell Freie Wähler in allen Bundesländern nicht als Partei, sondern als kommunale Interessengemeinschaft verstehen. Bei den Kommunalwahlen 1984 hatten die Freien Wählergemeinschaften 3,9% im Landesdurchschnitt erhalten, wobei sie nicht überall kandidieren. Die FDP wiederum hat in mehreren Städten nicht kandidiert, in denen die FWG hohe Ergebnisse erzielte. Wenn auch die Anziehungskraft der FWG auf Landesebene geringer sein dürfte, könnte sie die Rückkehr der FDP in den Landtag (1983: 3,5%) erschweren. — (sth)

## Agrarpolitik

## Wirkung der Forderung der Bauernopposition nach gestaffelten Erzeugerpreisen

**Flensburg.** Ende Juni 1986 hat die "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" (AbL) ein Sofortprogramm zur Existenzsicherung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Kern des Programms ist ein Zuschlag auf die Erzeugerpreise für eine bestimmte Grundmenge, ausgehend von dem Preisniveau 1984/85 (also vor Beginn der großen Preissenkungen). Als Zuschläge werden gefordert:

Milch: Die ersten 60000 kg Milch erhalten einen Zuschlag von 0,10 DM/kg. Der Zuschlag wird ausbezahlt für Betriebe, die nicht mehr als 200000 kg Milch insgesamt anliefern.

Getreide: Die ersten 500 dt Getreide-

kungen für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft untersucht. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß etwa 60% der Vollerwerbsbetriebe in den Genuß der Förderung kommen würden, wobei Milchvieh- und Gemischtbetriebe überdurchschnittlich beteiligt sind. Die durchschnittliche Förderung würde etwa 9500 DM je Betrieb betragen. Die Tabelle zeigt, daß der größte Anteil auch wirklich in die kleineren und von denen in die finanzschwachen Betriebe fließen würde. In ihren Schlußfolgerungen kommt die Kammerstudie, die auf Grundlage der Daten von 1038 Testbetrieben erstellt wurde, zu dem Ergebnis:

"Infolge des beachtlichen Anstiegs der Eigenkapitalbildung in den unter-

zulässig ist, in das marktwirtschaftliche System einzugreifen, und kommen dann zu dem Schluß: "Die im Hinblick auf die Erhaltung der Effizienz einer Volkswirtschaft anzustrebenden staatlichen Interventionen sollten vor allem im Bereich der nachträglichen Korrektur der Wirtschaftsergebnisse liegen, sie sollten hingegen nicht vorweg die Entscheidungen der Wirtschaftsführer in eine bestimmte Richtung drängen." Das bedeutet also, daß der Markt im wesentlichen sich selbst überlassen bleiben soll, egal wie die Bauern dabei zurecht kommen; bestenfalls können diejenigen, deren Einkommen nicht ausreicht, auf eine Art Sozialhilfe hoffen.

Der Landesvorstand Schleswig-Holstein der AbL hat eine Stellungnahme zu der Studie abgegeben, die übrigens genauso wie die Studie selbst im Schleswig-Holsteinischen "Bauernblatt", Organ von Bauernverband und Kammer, abgedruckt war. Darin heißt es:

"Obwohl die Ergebnisse der Kammerstudie für viele Betriebe recht positiv aussehen, wird ein Staffelpreisystem in den Schlußfolgerungen als negativ dargestellt. Das hat seine Ursache darin, daß als wesentlicher Beurteilungsmaßstab die Effizienz der Landwirtschaft für dieses System herangezogen wird. Auswirkungen auf Nahrung und Umwelt, auf den ländlichen Raum und das Dorf spielen überhaupt keine Rolle. Der Bauer, dem für seine ohnehin lange und harte Arbeit zumindest eine ordentliche Entlohnung für seine Arbeit zugestanden werden sollte, kommt in dem ganzen Artikel nicht einmal vor.

Wenn man die Landwirtschaft in einem hochentwickelten Industrieland nur noch an den von dieser Industrie gesetzten marktwirtschaftlichen Maßstäben mißt, dann braucht man sich nicht mehr als Vertreter von bäuerlichen Familienbetrieben zu verstehen...

Das Programm der AbL soll genau in die entgegengesetzte Richtung wirken: Wir wollen erreichen, daß Mittel bereitgestellt werden auch zum Erhalt kleiner Betriebe oder, wie es die Kammer nennt, 'Betriebe mit unzureichender Faktor- und Flächenausstattung'. Für den Bauern ist das wichtig, damit seine Arbeit ordentlich entlohnt wird und er seine Familie ernähren kann. Für die Gesellschaft insgesamt ist es von Bedeutung, weil andernfalls die Dörfer und damit der gesamte ländliche Raum sein natürliches Leben verlieren. Und nicht zuletzt für unsere Umwelt ist es von ungeheurer Bedeutung, auf welche Art Landwirtschaft betrieben wird. Wo landwirtschaftliche Großproduktion vorherrscht, sind die Probleme nicht gerade kleiner geworden: Artenrückgang, Belastung der Nahrungsmittel mit Rückständen, Bodenerosion usw."

- (hei)

	Anzahl %	Ø ha LF	Gewinn in DM	
			vorher	nachher
< 20 ha gefördert	95	14,3	13 295	19 500
nicht gefördert	5	11,6	14 964	14 964
20-30 ha gefördert	88	25,2	29 291	38 029
nicht gefördert	12	26,7	44 286	44 286
30-50 ha gefördert	67	38,8	34 274	43 770
nicht gefördert	33	41,7	55 127	55 127
50-100 ha gefördert	23	58,7	42 851	52 382
nicht gefördert	77	66,6	62 711	62 711
über 100 ha nur				
nicht gefördert		151,7	115 334	115 334
gesamt		50,1	47 378	52 148

LF = landwirtschaftliche Fläche

Wirkung einer Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in Schleswig-Holstein durch Staffelpreise

de je Betrieb erhalten einen Zuschlag von 10 DM/dt, wenn insgesamt nicht mehr als 1500 dt abgeliefert werden.

Schlachtrinder: Die ersten 20 Großvieheinheiten verkauften Schlachtviehs je Betrieb erhalten einen Zuschlag von 250 DM, wenn insgesamt nicht mehr als 60 Großvieheinheiten vom Betrieb/Jahr verkauft werden.

Ferkel: Die ersten 350 Ferkel je Betrieb erhalten bei Verkauf einen Zuschlag von 16 DM/Tier unter der Bedingung, daß insgesamt nicht mehr als 1000 Ferkel vom Betrieb veräußert werden. (Die Einbeziehung von Mastschweinen ist noch unklar.)

Die Transferzahlungen an einen Betrieb dürfen insgesamt 10000 DM/Jahr nicht überschreiten.

Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein hat diese Forderungen in einer Studie auf die Auswir-

stützten Betrieben ... nimmt die Anzahl in Schleswig-Holstein gefährdeter Betriebe ab. Das ist unstrittig positiv zu sehen."

Trotz dieser für die Bauern überaus positiven Folgen wird das Programm der AbL im weiteren Verlauf der Studie von der Kammer verrissen und als völlig unbrauchbar dargestellt. Als Kritikpunkte werden genannt: zu hoher finanzieller Aufwand (für Schleswig-Holstein 108 Mio. DM), keine Wirkung gegen die Überschüsse, Undurchführbarkeit wegen zu hohem Verwaltungsaufwand.

Einem Punkt hat die Kammer aber ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt, nämlich ob der Vorschlag das marktwirtschaftliche System stärkt oder in Richtung planwirtschaftliche Elemente wirkt. Über drei Seiten philosophieren die Autoren darüber, ob es



## Gemeindeordnung

**Der fünfte Bürgerentscheid gescheitert**

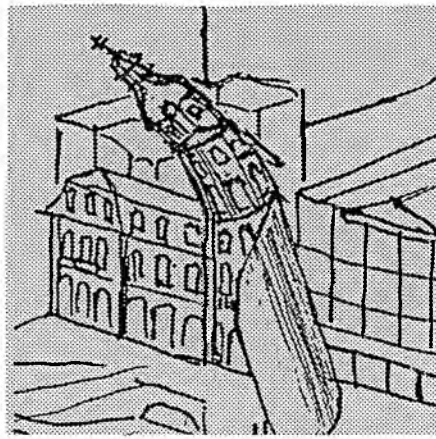
**Mannheim.** Am 2.11. fand in Mannheim ein Bürgerentscheid statt, den die "Bürgeraktion Altes Kaufhaus" durch ein erfolgreiches Bürgerbegehren (Unterschriftensammlung zur Einleitung eines Bürgerentscheids) veranlaßt hatte. Der Bürgerentscheid richtete sich gegen den Beschluß des Gemeinderats, das Quadrat N 1 im Stadtzentrum mit einem modernen "Stadthaus" zu bebauen. Die vom Gemeinderat beschlossene Fragestellung lautete: "Soll der Wiederaufbau der Gebäudefassade von N 1 in historischer/historisierender Form mit Arkaden und Turm durchgeführt werden"?

DKP und Grüne und v.a. das Bündnis "Kommunalpolitisches Forum" traten für die Unterlassung einer teuren Bebauung ein. Das Kommunalpolitische Forum legte in einer Broschüre und auf einem Flugblatt dar, daß der N 1-Bau – gleichgültig in welcher Form – ein 100-Mio.-DM-Projekt zur Wirtschaftsförderung sei. Das "Forum" hatte auch nachgewiesen, daß der geplante Bau einer der Zielpunkte der kommunalen Haushaltskonsolidierung sei: Umschichtung von den "konsumtiven" zu den investiven Ausgaben. Es rief, wie auch DKP und Grüne zum Boykott des "Fassaden-Bürgerentscheids" auf.

Im Ergebnis scheiterte der Bürgerentscheid bei 32,2% Wahlbeteiligung. Die nach der Gemeindeordnung erforderliche Zahl von 30% Ja-Stimmen wurde um 17% verfehlt. Die Bürgeraktion konnte aber immerhin 65000 Menschen zur Teilnahme an der Abstimmung und so zu einem Votum für eine Bebauung mobilisieren.

Es war dies in Mannheim seit dem Krieg der fünfte angestrebte und der dritte durchgeführte Bürgerentscheid. Im ersten Bürgerentscheid ging es um die Lage eines Kongreß- und Veranstaltungssaales, der zweite richtete sich gegen die geplante Verstaatlichung der kommunalen Polizei (1971). Beide scheiterten damals an dem noch bei 50% liegenden Quorum. Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg wurde danach auf CDU-Initiative hin 1975 geändert: Nun sind 30% Ja-Stimmen erforderlich.

Die beiden folgenden Bürgerbegehren waren zwar erfolgreich; zum Bürgerentscheid kam es aber in beiden Fällen nicht: Einmal hatte der Oberbürgermeister das Verwaltungsgericht eingeschaltet, um den Zulassungsbeschuß des Gemeinderates aufheben zu lassen; das andere Mal hatte der Gemeinderat die Zulassung mit fadenscheinigen Argumenten, aber mit dem Verwaltungsgericht im Rücken versagt. Hier war das Begehren gegen die kostspielige Verlegung



Karikatur des SPD-Fraktionsvorsitzenden: Hohn über die von der SPD mitgetragene Fassaden-Frage.

eines Messegeländes gerichtet, hätte also eine Wirtschaftsförderungsmaßnahme gefährdet.

Der jüngste Bürgerentscheid nun erfüllte durch seine Fixierung auf Fassaden-Fragen für die Wirtschaftsförderungsmaßnahme N 1-Bebauung gute Ablenkungs-Dienste. Die Gemeinderatsmehrheit ließ ihn daher zu, obwohl er gegen ihren N 1-Beschluß gerichtet und zudem formal anfechtbar war.

Das Institut "Bürgerbegehren/Bürgerentscheid" in Baden-Württemberg ist durch die entscheidende Rolle des Gemeinderates bei Zulassung und Frageformulierung sowie durch die Zugriffe der Verwaltungsgerichtsbarkeit eine stumpfe Waffe kommunalpolitischer Opposition. – (tht)

## NRW-Konferenz

**Offener Brief gegen faschistische Kandidaturen**

**Marl.** Zum sechsten Mal tagte am 25.10.1986 in Marl, Kreis Recklinghausen, die Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW. Über 60 Teilnehmer aus 17 Städten beteiligten sich, darunter Mitglieder von VVN/BdA, DKP, Volksfront, VSP, BWK, MLPD, Grünen, Falken und SPD. Die Autonomen, die sich an der Vorbereitung der landesweiten Demonstration gegen die FAP am 21.6. in Duisburg beteiligt hatten, nahmen dieses Mal nicht teil.

Die Ziele und der Zweck der Konferenz waren im Vorfeld umstritten: Soll die Konferenz ausschließlich der theoretischen Auseinandersetzung dienen oder vor allem die Fortführung der Kampagne gegen die FAP und die Bundestagswahlen behandeln? Bewährt hat sich, daß die Durchführung der Konferenz beides ermöglichte: Nach Berichten aus den Orten tagte die Konferenz in Arbeitsgruppen zu den Themen "Ausländerpolitik/Asylrecht", "Antifaschistische Bündnispolitik", "Die Rolle faschistischer Or-

ganisationen", "Soll man für das Verbot faschistischer Organisationen eintreten?" und "Programmatik und Ideologie faschistischer Organisationen". Die Diskussion in den Arbeitsgruppen erleichterte die Einigung auf einige gemeinsame Aktivitäten im Abschlußplenum.

Bemerkenswert ist, daß die Auseinandersetzung um die Gültigkeit des Verbots faschistischer Propaganda und faschistischer Organisationen durch die Alliierten inzwischen auf kommunaler Ebene Wirkung zeigt. Nachdem mehrere Stadträte in NRW beschlossen haben, insbesondere der FAP und NPD keine Räume und Plätze zur Verfügung zu stellen, hat die Stadt Wuppertal dies jetzt erstmals unter Berufung auf die Alliierten Kontrollratsgesetze und die entsprechenden Urteile des Frankfurter Verwaltungsgerichts zur NPD getan.

Die Konferenz bekräftigte diese Argumentation, indem sie bei zwei Enthaltungen einen Offenen Brief verabschiedete, in dem die für die Zulassung von Kandidaturen zu den Bundestagswahlen zuständigen Wahlausschüsse aufgefordert werden, Kandidaturen faschistischer Organisationen abzulehnen. Der Brief wird zusammen mit einer kurzen Zusammenstellung von Dokumenten-Auszügen an die Wahlleiter geschickt. Es heißt darin:

"Wir sind der Meinung, daß die Wahlausschüsse nur geringe, formale Kompetenzen haben sollen. Dennoch sind sie zu einer Nicht-Zulassung faschistischer Organisationen nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet. Nach wie vor gelten die Bestimmungen der Alliierten zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus, wie es auch Art. 139 des Grundgesetzes bestätigt. Danach sind faschistische Propaganda und faschistische Organisationen verboten..."

Neben der FAP, gegenüber der die Forderung nach Auflösung und Verbot bekräftigt wurde, werden im Brief die NPD, die Liste "Patrioten für Deutschland" und die Republikaner als faschistische und faschistoide Organisationen genannt. Die VVN/BdA und das antifaschistische Bündnis in Bonn bereiten eine Aktion zur Sitzung des Bundesausschusses am 28.11. vor.

Am 19.11. findet ein erneutes Treffen der Arbeitsgruppe Ausländerpolitik/Asylrecht statt, bei dem es um die Unterstützung örtlicher Aktionen zu den Bundestagswahlen und um den Anfang 1987 anstehenden Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Evren geht. Vereinbart wurde die gemeinsame Erstellung von Flugblattentwürfen zu den Zielen faschistischer Organisationen, die bei örtlichen Auftritten eingesetzt werden können.

Die nächste Konferenz soll am 9.5. 1987 in Bonn stattfinden. Erfreulich wäre es, wenn sich daran die Autonomen wieder beteiligten. – (wof)

Haushalt 1987

## Das Luftdrehkreuz München – Die Wirtschaftsinteressen der Konzerne diktieren die Kommunalpolitik

**München.** Am 5. November 1986 haben im Stadtrat die Beratungen für den Haushalt 1987 mit der Haushaltsrede des Stadtkämmerers D. Grundmann (CSU), der Rede zum Haushalt durch den OB Kronawitter (SPD) und der Rede des Koreferenten der Stadtkämmerei Stadtrat Georg Welsch (Die Grünen/ALM) begonnen. In den großen kommunalpolitischen Weichenstellungen der letzten Jahre, dem Mehrjahresinvestitionsprogramm, dem Finanzplan und Haushalt 1986 kam es immer zu einem Kompromiß zwischen CSU, FDP und SPD. Die Grünen stimmten dagegen. Diese große Koalition wird diktiert durch die Interessen der in München angesiedelten großen Konzerne. Mit der IHK haben diese einen Verband, der entscheidenden Einfluß auf die Münchner Stadtentwicklung nimmt. Die IHK fordert vom Stadtrat eine Haushaltspolitik, die den Interessen dieser Konzerne Rechnung trägt. Für das "Luftdrehkreuz München" sollen schon heute in den Haushaltsberatungen die entscheidenden Weichen gestellt werden. Welche Stadtentwicklung haben diese Konzerne – Siemens, BMW, MAN, MTU, MBB, um nur einige davon zu nennen – schon in den Chefetagen ausgearbeitet, und was findet sich davon in der Stadtentwicklungsprogrammatische von CSU und SPD wieder? Welche Methoden werden angewandt, um diese Interessen durchzusetzen?

### IHK fordert Gewerbesteuersenkung

Planmäßig sollten die Gewerbesteuer-einnahmen der Stadt München im Jahr 1986 1640 Mio. DM ausmachen. Da dies eine Steigerung in den letzten drei Jahren von über 40% bedeutete, forderte der Präsident der IHK München/Oberbayern Rodenstock eine Senkung der Gewerbesteuerhebesätze. Die Hebesätze für Realsteuern betragen 310 v.H. bei der Grundsteuer und 450 v.H. bei der Gewerbesteuer. Der Gewerbesteuerhebesatz ist seit dem 1.1.1975 nunmehr im 13. Jahr konstant. Von den Gesamteinnahmen der Stadt haben die Steuern einen Anteil von 54%, und von den 2656 Mio. Steuereinnahmen hat die Gewerbesteuer mit 1550 Mio. DM gegenüber den 820 Mio. DM Einkommensteueranteil einen dominierenden Stellenwert. Die ganze Tragweite dieser Gewerbesteuerereinnahmen wird auch noch durch folgenden Aspekt ersichtlich. Nur 23% der Münchner Gewerbebetriebe bezahlen effektiv Gewerbesteuer, auf 112 Betriebe entfallen 53,5% des Steueraufkommens, oder anders ausgedrückt, nur ein Prozent

der Münchner Gewerbebetriebe bringen 80% des Gewerbesteuerbetrages auf. Die FDP formulierte diese Forderung der IHK nach Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes in Stadtratsanträge und begründete dies mit dem notwendigen Abbau von Wettbewerbsverzerrungen gegenüber der ausländischen Konkurrenz, mit der Förderung des Wirtschaftswachstums und der daraus sich ergebenden Schaffung von Arbeitsplätzen. Die FDP konnte zwar die eine und andere Unterstützung bei der CSU finden, jedoch für die große

weder gekürzt noch verschoben werden sollten. Präventiv – ohne daß diese Forderung von den Stadtratsparteien aufgestellt wurde – lobte die IHK den Umstand, daß die Landeshauptstadt die Gewerbesteuer zum Ausgleich des Finanzlochs nicht erhöhen wollte und empfahl, die Einsparungen bei den Ausgaben anzusetzen. Um wegen dieses Gewerbesteuerückgangs keine Gerüchte über Konjunkturprobleme aufsprießen zu lassen, schob die IHK an alle Geldanleger die Information nach, daß dieser Rückgang nicht



CSU-Wirtschaftsbürgermeister Zehetmeier und IHK-Geschäftsführer Wimmer vor einem Modell des Gewerbehofs Westend, in dem das 1985 gemeinsam von der Landeshauptstadt München und der IHK gegründete Münchner Technologie Zentrum (MTZ) untergebracht ist. Der Einstieg in die "Selbständigkeit" von "jungen Forschern und Erfindern" muß für Siemens und MBB verwertbare Ergebnisse bringen, sonst gibt's keine Forschungsaufträge!

Koalition zwischen SPD und CSU war eine Gewerbesteuersenkung angesichts der großen Stadtentwicklungspläne kein Thema. Die größten Gewerbesteuerzahler am Ort – Siemens und BMW – handelten dann in den Sommermonaten. Unter den Schlagzeilen "Im Rathaus droht der Finanznotstand / OB Kronawitter spricht von fehlenden 200 Mio. DM / Erheblich weniger Gewerbesteuer als erwartet" schlug eine "mittlere Bombe" in die kommunalpolitische Diskussion ein. Was aus spärlichen Nachrichtenquellen durchsickerte ist schnell berichtet. Die Firma Siemens soll eine 100 Mio. Steuernachzahlung nun doch nicht zahlen müssen. Die BMW AG soll durch ihr neu errichtetes Zweigwerk in Regensburg ihre Gewerbesteuerzahlungen nach München reduzieren können. Gegenüber aufkommenden Forderungen der Grünen/ALM stellte die IHK fest, daß das "100-Millionen-Loch" im Etat der Stadt nicht durch Kürzungen beim Ausbau des Mittleren Ringes und der U-Bahn gestopft werden dürfe, diese wichtigen Infrastrukturmaßnahmen

auf einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur beruhe. Kommunale Dienstleistungen für die werktätigen Klassen sollen gerade zwecks Förderung dieser großen Konzerne beschnitten werden. In allen Reden von CSU und SPD spielt das Jahr 1991, dem geplanten Eröffnungsbeginn des Flughafens München II im Erdinger Moos, eine bedeutende Rolle. Zusammen mit der Messe-Verlagerung dann auf das freiwerdende Flughafengelände in Riem, dem Ausbau einer Infrastruktur für ein relativ großes Gewerbegebiet und verschiedenen anderen Infrastrukturprogrammen ist ein Finanzbedarf von 5 Milliarden DM erforderlich. Die jetzt noch geltenden Nachtflugbeschränkungen – für ein interkontinentales Drehkreuz untragbar – könnten dann mit dem neuen Flughafen endgültig beseitigt werden.

### Pressekampagne zum "Moloch Personalausgaben"

Die Gewerbesteuerkürzung zeigte die erste gewünschte Wirkung. Der Oberbürgermeister verfügte zusammen

mit dem Stadtkämmerer eine Haushaltssperre und forderte die einzelnen Referate dazu auf, Sparvorschläge aus der Schublade zu ziehen. In der Münchner Lokalpresse wurde eine Kampagne gegen den "Moloch Personalausgaben" begonnen. Der Münchner Stadtanzeiger warnt interessiert davor, daß der Stadtetat durch die beschlossenen Einstellungen unerträglich belastet werden könnte und schon erhebliche Einschränkungen der Sachausgaben erforderlich seien: "Wenn das so weiter geht, wird es entweder zu drastischen Steuer- und Gebührenerhöhungen kommen oder zu einem Investitionsbankrott ...". Ein Beispiel, welche kommunale Dienstleistung mit dieser Kampagne angegriffen werden soll: Im Schulsektor ist die Forderung nach Senkung der Klassenstärken und der damit verbundenen Verbesserung des Lehrer-Stellenplans populär, und dies mußte der Stadtrat in seinen Entscheidungen berücksichtigen. In den letzten drei Jahren konnte so eine Steigerung von über 400 Stellen erreicht werden, während die Schülerzahl im gleichen Zeitraum um 2600 auf rund

86600 zurück gegangen ist. Diese Verbesserungen im Stellenplan wären auch im Gesundheitswesen erforderlich, jedoch OB Kronawitter sieht nur ein Entweder-Oder, wenn er feststellt, "wir können nicht kleinere Klassen und 7% Lehrerreserve bilden auf Kosten einer totalen Überforderung z.B. des Pflegepersonals in den Krankenhäusern oder in den Pflegeabteilungen der Altenheime."

#### Polizei-Sportschützen üben im Gauleiterbunker

Während kommunale Dienstleistungen für die werktätigen Klassen ständig angegriffen werden, kann die CSU öffentliche Gelder für ganz besondere Vergnügen locker machen. Im Oktober 1986 führte die CSU-Rathausfraktion ihre "Zehnte Sportstättenfahrt" im südlichen und südöstlichen Stadtgebiet von München durch. Besonders hervorgehoben und gewürdigt wurden dabei die Aktivitäten des Polizei-Sportvereins. Die CSU-Politiker besuchten die Schießanlage. Mit erheblichen Eigenmitteln bauen hier die Polizei-Sportschützen den ehemaligen

Gauleiterbunker um. In der "ewigen Kühle des Nockherberges" wurden vor ein paar Tagen zwei 25-Meter-Schießstände für Sportpistole eingeweiht. Ein 10-Meter-Schießstand für Luftgewehr ist dem gemütlichen Schützenstüberl angegliedert. Die Polizei-Sportschützen, ein Beispiel für die Sportpolitik des Freistaats Bayern, für die Vergabe von Zuschüssen des Landes und der Kommune sowie über die im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips allseits gewünschte "Hilfe zur Selbsthilfe". Die Paulaner-Brauerei hat einen langfristigen Mietvertrag mit dem Verein abgeschlossen. Von den insgesamt entstandenen Baukosten von 650000 Mark hat die Stadt einen Zuschuß von 185000 Mark und der Bezirkstag Oberbayern 12000 Mark beigesteuert. Hinzu kommt ein zinsloses Darlehen der Stadt in Höhe von 62000 Mark. Für solche Geschmacklosigkeiten – Restauration einer Nazi-Befehlszentrale – stehen öffentliche Gelder zur Verfügung.

Quellen: Reden zur Haushaltsberatung 1987, Berichte 1984, 1985 der IHK, Münchner Stadtanzeiger – (dil)

#### Armut in einer Luxusmetropole

Dies ist der Titel einer sozialwissenschaftlichen Analyse über München, aus der wir einige Abschnitte an dieser Stelle veröffentlichen. Die Autoren dieser Arbeit wollen damit eine "demokratische Stadtpolitik" unterstützen. Positiv hervorgehoben werden kann, daß sie diese untersuchte Armutsentwicklung in einen direkten Zusammenhang zur Entwicklung der imperialistischen Konzerne stellen:

Die Armutsquote wird in München gegenwärtig auf 10 bis 15% der Stadtbevölkerung geschätzt. Das sind zwischen 130000 und 200000 Personen. Diese Zahl kommt zustande, wenn man Sozialhilfesätze zugrundelegt, eine "Dunkelziffer" von mindestens 50% berücksichtigt und die Personen einbezieht, deren Einkommen im Bereich der "Sozialhilfeschwelle" liegen.

Eine genauere Betrachtung der Münchner Situation ergibt folgende Hinweise auf manifeste Armut in dieser Stadt:

Von Arbeitslosigkeit waren im Arbeitsamtsbezirk München im Jahre 1983 61145 Personen oder 6,7% der Erwerbsbevölkerung betroffen. Bis zum Jahre 1986 ist diese Zahl auf 64635 Personen oder 7,1% der Erwerbsbevölkerung angestiegen.

Während im Jahre 1984 – hier erstmals statistisch ausgewiesen – noch 33677 Personen Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz hatten, waren es 1986 nur noch 31644 Personen. Der Anteil

der Arbeitslosen ohne Leistungsbezüge ist demnach von 47,2% im Jahre 1984 auf 51,04% im Jahre 1986 angestiegen.

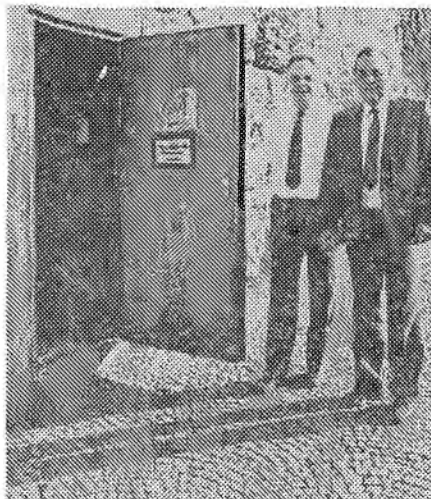
Eine steigende Tendenz läßt auch die Statistik der Sozialhilfeempfänger erkennen: Während im Jahre 1980 36936 Personen Sozialhilfe bezogen haben – davon 28249 Personen "laufende Hilfe zum Lebensunterhalt" –, waren es im Jahre 1984 41762 Personen, die ihren Lebensunterhalt u.a. durch Sozialhilfe sichern mußten. Der Anteil der Empfänger "laufender Hilfe zum Lebensunterhalt" erhöhte sich in diesem Zeitraum um 10% und in den Jahren von 1976 bis 1984 um 23%.

Die Bruttoausgaben der Landeshauptstadt München für Sozialhilfe stiegen von 97,923 Mio. DM im Jahre 1976 über 110,28 Mio. DM im Jahre

1980 auf 128,081 Mio. DM im Jahre 1983. Im angegebenen Zeitraum von sieben Jahren entspricht dies einer Steigerungsrate von 30,7%. Die (Brutto-)Sozialhilfeausgaben der Kommune pro Einwohner stiegen von 75 DM im Jahre 1976 über 85 DM im Jahre 1980 auf 105 DM im Jahre 1982 und fielen im Jahre 1983 auf 100 DM. Die Entwicklung der Nettoausgaben für Sozialhilfe der Landeshauptstadt München – insgesamt, ohne Kriegspferfürsorge, TBC-Hilfe und Weihnachtsbeihilfe – charakterisiert OB Kronawitter wie folgt: 83 Mio. DM im Jahre 1980, 125 Mio. DM im Jahre 1985 und für das Jahr 1986 ein kalkulierter Betrag von 140 Mio. DM. Diese Zahlen entsprechen einer Steigerungsrate von 68% innerhalb des angegebenen Zeitraums von sechs Jahren.

Die Statistik der Wohngeldbearbeitungsfälle für das Jahr 1984 gibt 88426 Bearbeitungsfälle an, das sind 69,2 Fälle pro 1000 Einwohner. Unter den insgesamt 63818 bewilligten Anträgen waren 9273 oder 14,7% Erstanträge.

Ergänzt wird das bisher skizzierte Erscheinungsbild von Armut in München durch 7780 Obdachlose. Von ihnen leben 4400 in städtischen Obdachlosenunterkünften und 3387 in Pensionen oder angemieteten Wohnräumen. Allein für die Pensionsunterbringung gab die Landeshauptstadt München im Jahre 1985 ca. 27 Mio. DM aus. Nicht mitgerechnet sind bei den Obdachlosen die bereits im Jahre 1982 "registrierten" 400 "Stadtstreicher" und 4000 "Nicht-seßhaften".



Tür zum Schießstand im ehemaligen Gauleiterbunker im Nockherberg.

### 90% neue Teilzeit-Arbeitsplätze

Das WSI des DGB hat errechnet, daß 90% der seit 1980 im öffentlichen Dienst neugeschaffenen Stellen Teilzeit- bzw. befristete Arbeitsplätze waren. Im Jahr 1985 waren 21000 von 41000 neuen Stellen zeitlich befristet, weitere 9000 nur für Auszubildende. Berücksichtigt man die Teilzeit- und befristeten Arbeitsplätze, ergibt sich eine Reduzierung der Kernbelegschaft um 17000. Bei der Bundespost standen 1985 4888 Vollbeschäftigten 8136 Beschäftigte mit mehr und 6458 Beschäftigte mit weniger als 20 Wochenstunden gegenüber. – (asd)

### Programma: Betrügerischer Konkurs?

**Gerstetten.** Nach dem Ende des Autoradiowerks Programma und später seiner Vertriebsgesellschaft Facon, erhärtete sich der Verdacht auf betrügerischen Konkurs. Geschäftsführer Röhlich hatte offenbar über Akkreditive 2500 defekte Radios zweimal geliefert und kassiert. Geschädigt sind vorerst die BfG Ulm und die Deutsche Bank Heidenheim, mit ca. 10 Mio. DM. Die französischen Verstragsbanken zahlten für die mangelhafte Ware nichts.

Der Personalrat des Kölner Arbeitsamtes und die Gewerkschaft ÖTV riefen am 30.10.1986 zu einem Aktionstag auf. Angesichts der in diesem Jahr geleisteten mehr als 10000 Überstunden könne die Belegschaft nicht mehr hinnehmen, daß die Lächer mit Teilzeitkräften gestopft werden. Auch der überdurchschnittlich hohe Krankenstand spreche für die übermäßige Belastung des Personals. Manche Vermittler haben bis zu 1000 Arbeitslose zu betreuen, so daß auch diese unter dem Arbeitsdruck leiden. – (anl)

20 Mio. flossen insgesamt seit 1984 (u.a. über die Landeskreditbank) an Progama und Facon. Wer den Löwenanteil hat, ist bisher unklar. Inzwischen mußten unerwarteterweise die Ermittlungen gegen Manfred Röhlich eingestellt werden. Der jung-dynamische Manager starb nach einem Sturz vom Pferd. Frau Röhlich hinwiederum wurde vom Sequester als Konkursangestellte eingestellt – wegen ihrer genauen Kenntnis der Materie. Auf Anfrage gab die Landesregierung jetzt zu, daß hier weiterhin Steuergelder fließen, jetzt die Konkursabwicklungskosten. Einige ehemalige Streikposten haben inzwischen hohe Strafbefehle bekommen. – (frr)



### Kommunalbeamte fordern mehr Geld

**Stuttgart.** 70000 Mitglieder zählt der Bund Deutscher Kommunalbeamter und -arbeitnehmer. Die meisten sind in dieser Fachgruppe des Beamtenbundes organisiert, weil ihnen die Gewerkschaft zu links ist. Auf der Landesvertretertagung in Mannheim forderten die 100 Delegierten eine bessere Personalausstattung der Gemeinden und höhere Vergütungen. Die Betonung liegt allerdings bei dem Zusatzwort "leistungsgerecht". Sie wenden sich gegen die Absenkung der Eingangsbesoldung, Stellenobergrenzen und Beihilfekürzungen, die nicht in die Landschaft paßten. – (baf)

### Katastrophenübung im Hilfskrankenhaus

**St. Michaelisdonn.** Bei Anwesenheit von Vertretern des Bundesinnenministeriums, des Sozialministeriums Schleswig-Holstein, der Gemeinden und des Kreises Dithmarschen fand im unterirdischen Hilfskrankenhaus eine Katastrophenübung mit 50 Personen statt. Beteiligt waren DRK, THW, das in der Nähe ein riesiges Sanitätslager hat, und Personal der Kreiskrankenhäuser Heide und Brunsbüttel. Als Pilotprojekt wurde das Hilfskrankenhaus – es ist für 200 Personen vorgesehen – Anfang der 60er Jahre als erstes Modell zusammen mit dem Neubau der Realschule gebaut. Der größte Teil ist unterirdisch und hat einen Trakt für Trümmer- und Strahlenschutz. Mit 1,2 Mio. DM ist das Hilfskrankenhaus jetzt

saniert worden. "Wenn eine Verteidigungsbereitschaft glaubwürdig sein soll, hängt dies weitgehend von einer funktionierenden Zivilversorgung ab", kommentierte der Leitende Verwaltungsdirektor Cornelius die Kriegssübung. – (chb)

### DGB-Veranstaltung zu Südafrika

**Freiburg.** Der DGB führte am 5.11. eine Veranstaltung zur Unterstützung der Spendensammlung zugunsten der SAAWU (South African Allied Workers Union) durch. Den dazu eingeladenen Vertretern der SAAWU, darunter ihr hiesiger Vertreter, Sisa Njikelena, wurde seitens der Bundesregierung die Einreise verweigert. Industriepfarrer Spon, vom ev. Industriepfarramt Mannheim, berichtete von einer Reise in Südafrika mit Betriebsräten von Daimler-Benz und BBC. Er forderte dringlichst Boykottmaßnahmen. Der DGB rechnet mit einem Spendenergebnis von insgesamt 25000 DM (bisher 14000). – (kak)

### Grüne LT-Fraktion gegen Berufsverbote

**Hannover.** Am 10.9. hat die nds. Fraktion der GRÜNEN einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht. Darin wird die Landesregierung unter Punkt 1 aufgefordert, alle Disziplinarverfahren gegen Beamte und Angestellte, die wegen ihrer Kandidatur auf Listen der DKP (zuletzt bei den Landtagswahlen) oder wegen Übernahme von Parteiämtern erfolgten, einzustellen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen. – (hah)



Am 16.9. starben bei einem schweren Grubenunglück in der Kinross-Goldmine (Gencor-Konzern) in Azania 177 schwarze Bergarbeiter. 8000 Kumpels streikten sofort aus Empörung über die Wiedereröffnung des Schachtes. Das Management hatte die Schließung für mindestens eine Woche zugesagt. Cyril Ramaphosa, NUM-Generalsekretär, erwartet, daß dieses Ereignis zur größten Kraftprobe zwischen Bergarbeitern und Unternehmern der Minenindustrie wird. Die Zeit sei gekommen, daß die Bergarbeiter schon allein aus Sicherheitsgründen die Kontrolle über die Minen übernehmen. Rassismus und Kapitalismus seien für die Katastrophe verantwortlich. – (and)



**Landeskatastrophenschutz:****Stellungnahmen gegen den geplanten Gesetzesentwurf**

**Freiburg.** Seit März 1986 ist in Baden-Württemberg der "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes" (Az. VI4060/104, Stand 1.8.85) bekannt geworden. Kern des Entwurfs ist die Gesundheits-sicherstellung, die seit Jahren bundesweit am Widerstand der Beschäftigten und der ÖTV gescheitert ist. Lediglich in Rheinland-Pfalz sind über den Landeskatastrophenschutz bereits ähnlich weitreichende gesetzliche Regelungen durchgesetzt. Kernpunkte des Baden-Württembergischen Entwurfs sind: Teilnahmepflicht sämtlicher im Gesundheitswesen Beschäftigten sowie aller "Personen, die zur Ausübung eines Heilberufes ausgebildet sind", an Katastrophenschutzübungen unter Androhung drastischer Geldstrafen bei Nichtbefolgung; entsprechende Erfassung dieser Berufs- und Personengruppen; Ausweitung und Stärkung der alleinigen Leitungskompetenz der Katastrophenschutzbehörden mit verstärkter Einbeziehung der Polizeivollzugsbehörden, unter direkter Regie des Innenministeriums; Weisungsbefugnis der Katastrophenschutz- und Polizeibehörden gegenüber sämtlichen zum Katastrophenschutz verpflichteten sonstigen Behörden, privaten Hilfsorganisationen, Berufsgruppen. Fazit: Der Kreis derjenigen, die zwangsverpflichtet werden können, wird ausgeweitet, die Faschisierung des Staatsapparats zwecks Kriegsvorbereitung im Innern durch Ausschaltung von Parlamenten, Kommunen und selbständigen Leitungsebenen im Gesundheitswesen wie in den Hilfsorganisationen vorangetrieben.

Laut Veröffentlichungen der Grünen ist der Novellierungsentwurf seit einigen Monaten in der Anhörung. Im folgenden geben wir einen Überblick über uns bekanntgewordene Stellungnahmen gegen den Entwurf. Neben einer Reihe nützlicher und wichtiger Argumente gegen die geplanten Absichten der Landesregierung ist bereits die Indienstnahme sämtlicher im Katastrophenschutz Tätigen für Kriegszwecke festgeschrieben. Diese Tatsache muß man im Kampf gegen aktuell laufende weitere Verschärfungen unbedingt mit einbeziehen. – (mab)

**Stellungnahme der Gewerkschaft ÖTV, Landesbezirk Baden-Württemberg, Stuttgart, 22.4.86:**

"Die im Gesetzentwurf angestrebte vollständige staatliche Gewalt und Kontrolle über die Feuerwehren, Krankenhäuser und Rettungsdienste sowie über den ärztlichen und nichtärztlichen medizinischen Personenkreis – dies nicht nur im Katastrophenfalle, sondern jederzeit und umfassend – sprengt den Rahmen des Erforderlichen und Zulässigen. Solche Regelungen werden deshalb von der Gewerkschaft ÖTV mit aller Entschiedenheit abgelehnt ... Die Gewerkschaft ÖTV fordert deshalb, daß die geplante Registrierung und Datenweitergabe nicht eingeführt wird. Bereits gespeicherte Daten sind zu löschen. Ferner darf die Zwangsbildung des nichtärztlichen medizinischen Personenkreises in der Katastrophenmedizin in Friedenszeiten nicht eingeführt werden ... Der Entwurf des Katastrophenschutzgesetzes stellt eine Vorwegnahme der Novellierung des für den Spannungs- und Verteidigungsfall geltenden Zivilschutzgesetzes für die BRD dar ... Mit der beabsichtigten Novellierung des Katastrophenschutzgesetzes würde somit erreicht, daß im Spannungs- und Verteidigungsfall bereits straff organisierte, ausgebildete Kader vorhanden wären ... Sie lehnt jede Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall ab. Sie lehnt auch jede Verpflichtung von Angehörigen der Gesundheitsberufe, von Laienhelfern und anderen zur Aus- und Fortbildung

in Kriegsmedizin und zur organisatorischen Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Spannungs- und Verteidigungsfall unter dem Vorwand der Katastrophenmedizin ab ... Die Gewerkschaft ÖTV stellt noch einmal mit Nachdruck fest, daß das geltende Katastrophenschutzgesetz ausreicht, um Katastrophen erfolgreich bewältigen zu können ... Diese Auffassung hat die Landesregierung in den Jahren 1981 und 1983 ebenfalls vertreten."

**Stellungnahme des Arbeitskreises "Krankenpflege gegen Krieg", Baden-Württemberg, vom 13.9.86:**

"Auf Landtagsanfragen hat die Landesregierung bis 1983 selbst die Auffassung vertreten, daß das geltende Landeskatastrophenschutzgesetz ausreicht, um Katastrophen erfolgreich bewältigen zu können ... Vorgeschlagene Änderungen (der Novelle, d.Verf.) betreffen u.a. den Bereich des Gesundheitswesens, und zwar in Form von besonderen Verpflichtungen. Dabei fällt auf, daß diese Vorschläge in anderem Zusammenhang schon gemacht wurden: im Entwurf für ein Gesundheitssicherstellungsgesetz 1980; im Entwurf für ein Gesundheitsschutzgesetz 1982; im Referentenentwurf für ein neues Zivilschutzgesetz 1984. Hierbei handelte es sich jeweils um Bundesgesetzgebung, und zwar mit Blick auf den Kriegsfall (Zivilschutz). Diese Versuche, das Gesundheitswesen auf die besonderen Anforderungen im Krieg auszurichten, waren bislang politisch nicht durchsetzbar.

Der Gesetzentwurf für ein neues Landeskatastrophenschutzgesetz sieht die vollständige staatliche Kontrolle über Gesundheitseinrichtungen und den ärztlichen und nichtärztlichen Personenkreis vor ... Der Arbeitskreis 'Krankenpflege gegen Krieg' in Baden-Württemberg wendet sich ganz entschieden gegen diese Novellierung. Hier wird der Versuch unternommen, bei Umgehung der politischen Auseinandersetzung das Gesundheitswesen unter dem Deckmantel 'Katastrophenschutz' auf den Krieg vorzubereiten ..."

**Presseerklärung von 24 Mitgliedern südwestdeutscher Friedensinitiativen im Gesundheitswesen, Stuttgart, den 7.9.86:**

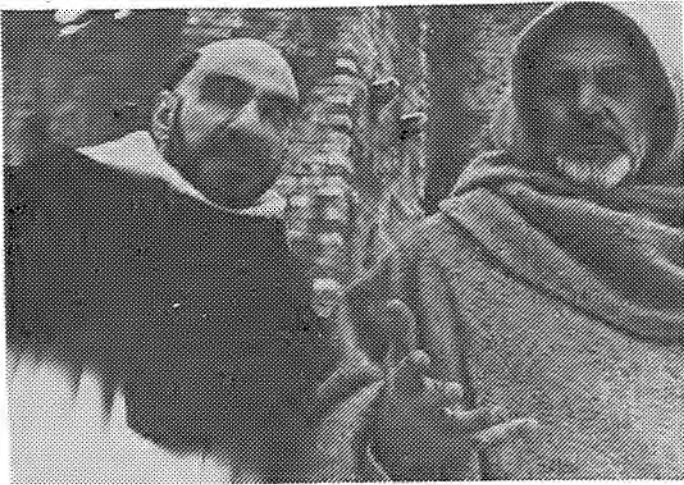
"Die Baden-Württembergische Landesregierung hat einen Entwurf zur Novellierung des Katastrophenschutzgesetzes vorgelegt. Hierin sollen militärische Strukturen im Gesundheitswesen geschaffen, eine umfassende Datenerhebung ermöglicht und die Teilnahme an Katastrophenschutzübungen zur Pflicht werden. In einem nach dem Ermessen der Regierung ausgerufenen Katastrophenfall können dann ohne jede parlamentarische Kontrolle Grundrechte weitgehend außer Kraft gesetzt werden. Die Vorlage dient nicht der besseren Bewältigung von Katastrophen, sondern wird zum Ermächtigungsgesetz für den inneren und äußeren Spannungsfall ..."

**T. Weichert, G. Habs, MdL der Grünen: Das neue Katastrophenschutzgesetz. (Grüne Blätter, 7/86)**

"Im Kern zielt dieser Entwurf ... auf die Indienstnahme des Gesundheitswesens für Spannungs- und Kriegssituationen ... Zwangsmaßnahmen, wie sie zunächst nur im Kriegs- und Spannungsfall für notwendig erschienen, sollen nun nach Verwaltungs(gut?)dünken auch in Friedenszeiten möglich sein ... Gemein ist allen diesen Ermächtigungsnormen, daß deren Anwendung an den Parlamenten vorbei gehen soll. Nicht Demokratie, sondern Staatssicherheit ist gefragt ... Sollten unsere Argumente nicht bis zur Mehrheitsfraktion im Landtag und bis in die Ministerialstuben vordringen, so bleibt uns schließlich wohl keine Alternative zum effektiven Protest durch Verweigerung – Verweigerung jeglicher Maßnahmen, die den Regierungen die Kriegsführung gegen andere Staaten, gegen eigene Bürger wie gegen die Natur erleichtert ..."

Der Film: "Der Name der Rose"

## Mord im Kloster mit intellektuellem Happy End



Buchverfilmungen sind immer problematisch, eine Verfilmung des Bestsellers "Der Name der Rose" schier unmöglich. Das, was ein Millionenpublikum veranlaßte dieses teure, dicke Buch zu konsumieren, ist die Tatsache, daß hier eine literarisch perfekt dargebotene Kritik am heutigen Neomystizismus verwoben in eine Krimihandlung mit pikantem Thema zu haben war. Detektivgeschichte, historische Einbettung, sprachgewaltige Debatten und Monologe über erkenntnistheoretische Prozesse stellen eine untrennbare Einheit im Buch dar.

Die Verfilmung ist so, wie man geahnt hat. Die Handlung schrumpfte im Wesentlichen auf das Mordserie-im-Kloster-Thema. Der Franziskaner William von Baskerville begibt sich mit seinem Eleven Adson von Melk im Winter 1327 auf eine norditalienische Benediktinerdatei, um dort ein Treffen zwischen den Abgesandten von Papst Johannes XXII und Vertretern seines Ordens vorzubereiten. Zwischen beiden Delegationen soll geklärt werden, ob Jesus Eigentum hatte, denn von der Beantwortung dieser Frage hing ab, ob die Kirche arm sein sollte, so wie es die Franziskaner forderten, oder ob der prunksüchtige Reichtum, dem die Päpstlichen frönt, seine Berechtigung habe. Ein frischer Grabhügel und die Bit-

te des Abtes Abbo die Ursache für den mysteriösen Tod eines jungen Mönches herauszufinden, lenken William jedoch von seiner eigentlichen Aufgabe ab. Kaum geklärt, daß es sich um einen Selbstmord handelte, findet sich die zweite Leiche und bald mehrere in Folge. Sie haben alle irgendwie mit der geheimnisumwobenen Bibliothek zu tun und einer schwarzgefärbten Zunge. Das Streitgespräch der Delegationen endet ergebnislos, denn der Inquisitor Bernhard Gui, der zum Schutz der päpstlichen Delegation mitgekommen ist, entlarvt den Küchenchef Remigius und seinen Helfer Salvadore als Ketzer und glaubt damit auch die Mörder gefaßt zu haben. Nachdem danach noch der Bibliothekar Malachias mit schwarzer Zunge röhelnd stirbt, ist für William alles klar. Jorge, der Blinde, war's. Er wollte verhindern, daß ein Buch Aristoteles über das Lachen gelesen wird, da er im Lachen den Zweifel an Gott und das Ende der kirchlichen Autorität wähte.

Der Film ist gut gemacht und macht Spaß, weil die Kirche ihr Fett bekommt. Sei es in der Darstellung der fetten, operettenhaft herausgeputzten Papisten, die sich in ihrem Reisewagen von den zerlumpten Bauern den Berg zum Kloster hochasten lassen, sei es in einer

Szene, die sehr ausformuliert darstellt, wie die abgehärmten Bauern vom feisten Küchenchef den Zehnten abgenommen bekommen.

Zum Schluß gibt es dann noch triviale Versöhnung. Im Buch obsiegt die Inquisition, die handelnden Personen gehen in eine düstere

Zukunft ab. Im Film kommt es zu einer Bauernrevolte. Das Mädchen, in das sich Adson verliebt hat, wird von den Bauern vor dem Scheiterhaufen gerettet und der widerliche Inquisitor umgebracht. 40 Mio. DM Produktionskosten fordern ihren Tribut. – (kab)

Doris Dörries Film "Paradies"

## Über die Auflösung eines Mittelklasse-Traums

Viktor ist Veterinär-Professor, Angie Museumsführerin, Lotte Besitzerin eines Gemischtwarenladens auf dem Lande. Viktor gilt bei seiner Frau als Schwächling, er soll den Lebensstandard erhöhen. Sie verachtet ihn, weil er kein Macho-Typ ist. Angie besucht mit Viktor Lotte, ihre Jugendfreundin. Ihm erscheint diese Frau als Inbegriff alles Lebendigen. Angie verlangt von Lotte Verzicht, als sie von der Liebesbeziehung erfährt. Lotte verschwindet. Viktor wird darüber fast verrückt, er sucht und findet sie nach Irrwegen in einem Puff in St. Pauli. Lotte hält zu Angie und versucht, sich immer wieder von Viktor zu trennen, der ganz herunterkommt und vollkommen aus der Bahn geworfen ist. Als Lotte wieder verschwindet, läuft er zurück in ihr Dorf. Er erwartet Lotte, trifft aber Angie, die nun nichts mehr von der mondänen Mittelklassefrau an sich hat. Fast findet sich Viktor damit ab, daß er wieder mit Angie leben soll. Da erscheint Lotte und verlangt, daß er sich nun entscheidet.

Das kann er nicht. Im Affekt ersticht Lotte Angie, und sie und Viktor leben zusammen. Viktor muß nun für Lotte die Rolle des willenlosen Begleiters spielen. Viktor hat versucht, sich aus seinem früheren Leben mittels einer anderen Frau zu befreien; es gelingt ihm nicht. Beide Frauen sehen in ihm nur ein Mittel, ihre Einsamkeit zu überwinden: die



eine in der Prostitution in der Ehe, um der gesellschaftlichen Isolation zu entgehen, die andere den "Mann ihrer Träume". – (eve)

Krieg der Sterne, Teil IV

## Dümmliches, rassistisches Weihnachtsmärchen

Rechtzeitig vor Weihnachten lassen die Produzenten der Filme "Krieg der Sterne", "Das Imperium schlägt zurück" und "Die Rückkehr des Yedi-Ritter" einen Film anlaufen, der in der Werbung als vierter Teil der Serie angekündigt wird. Ort der Handlung ist der Planet

Endor, auf dem der letzte Film endete. Endor wird bewohnt vom Volk der Ewoks, die Teddybären ähnlich sehen, das den Sternenkriegern geholfen hat und in diesem Film ebenfalls hilft. Auf Endor lebt noch ein anderes Volk, ein Haufen von Kriegern, die dunkelhäutig

und skelettartig aussehen. Dieses Volk bringt die auf Endor verbliebenen Sternenkrieger um, der Grund ist dümmlich. Der Führer der Bösen vermutet eine magische Macht bei den Sternenkriegern, die diese gar nicht besitzen. Übrig bleibt nur das blondgelockte Mädchen Cindel. Cindel und die Ewoks besiegen mit Hilfe eines seit Jahren auf Endor hausenden Einsiedlermenschen die Bösen. Die Ewoks kämpfen mit Pfeil und Bogen, können aber im Guerrillakrieg in den Wäldern Erfolge gegen die Bö-

sen erringen. Die primitiven Bösen kämpfen mit Lanzen, verfügen aber gleichzeitig über äußerst wirksame Feuerwaffen. Das Gemetzel ist unsäglich, wieviele aber umkommen, bleibt im Dunkeln, denn Leichen werden nicht gezeigt. Unerträglich ist, daß die Eigenschaften der Handelnden hauptsächlich durch ihr Aussehen charakterisiert werden. Wahrscheinlich wird die Serie fortgesetzt, denn am Ende können Cindel und der Einsiedler Endor per Raumschiff verlassen. – (uld)

## Malerei

### Tremezza v. Brentanos Bilder: Ein anderer Realismus

Sieht man Bilder der Kölner Malerin Tremezza von Brentano, denkt man unwillkürlich: Endlich sind mal wieder ganz normale Menschen dargestellt! So vollständig sind diese aus der in der Bundesrepublik vermarkteten Gegenwartskunst verschwunden. Die oft nackten Körper auf den Bildern sind wie kompakte Plastiken, von wuchtiger Tektonik. Es fehlt ihnen völlig dieses voyeuristisch gefärbte Ausgezogenensein (wie es Grosz als künstlerisches Mittel zur Charakterisierung des widerlichen Spießers entwickelte), ähnlich wie bei den Frauenakten von Gauguin. Auch bei den oft ungelenken, "ver"zeichneten und dennoch kraftvoll, ja fast schön wirkenden Bewegungen und Haltungen fühlt man sich an Gauguins Südseemenschen erinnert. Jedoch erkennt man bei längerer Betrachtung ihrer Bilder, daß sie von anderen Künstlern lernt, indem sie deren gestalterische Erfindungen weiterverarbeitet und nicht, wie es bei der koketten "Avantgarde" gerade so in Mode ist, Bildzitate aus der Kunstgeschichte historisch unreflektiert über die Leinwand verschmiert. Entscheidend ist, daß solche Anregungen von der Künstlerin zu einer Bildsprache weiterentwickelt werden, die ihren Bildgegenstand richtig kennzeichnet, den Alltagsmenschen hier, und

nicht beim Nachempfinden von "großen" Künstlern hängenbleibt. Tremezza v. Brentanos Realismus ist kein "kämpferischer", anklagender oder entlarvender Realismus, noch veranschaulicht er politische oder soziale Utopien. Direkte soziale Konflikte wie etwa im Bild "Die gehörnte Jugend – Zur Jugendarbeitslosigkeit" sind deshalb selten. Eher wirken die Bilder wie stillbenhaft gestellte Alltagssituationen, in denen die Dargestellten einen Moment verharren, um sich malen zu lassen. Der Realismus dieser Bilder liegt wohl vor allem darin, daß diese Menschen in dem, was sie täglich erleben und zu tun gezwungen sind, sich ihre stumme Würde erhalten haben. – (güv)



"Die gehörnte Jugend ..."  
(1983), Ausschnitt

## Aus der Diskussion der Organisation

### Nach dem Kongreß werden einige Probleme etwas klarer

Nach dem Kongreß revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen (siehe Beilage) steht fest, daß nur eine lückenhafte Propaganda gegen die Mobilisierung der Reaktion möglich ist. Der Kongreß erzielte Fortschritte u.a. über ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen die Ziele von Kapital und Regierung, Arbeitszeiten zu flexibilisieren und das Sozialversicherungssystem zu zerschlagen. Der Kongreß war aber unfähig, eine Kritik an der auswärtigen Politik und den auswärtigen Beziehungen der BRD zu entwickeln. Das ist ein ernstzunehmender Mangel, der die Politik des Beilagenkreises schon vorher behinderte. So wurde z.B. die Kritik an der "Türkeihilfe" der BRD für das Militärregime in den letzten Jahren deutlich schwächer. Im nachhinein betrachtet werden solche Lücken in unserer gemeinsamen Propaganda mit bewirkt haben, daß in den letzten Monaten keine Kandidatur der revolutionären Sozialisten zu den Bundestagswahlen zustandekam.

Dieser Mangel wurde auch durch die Beteiligung der Bundesregierung an dem – für viele überraschenden – Überfall auf Libyen offenkundig. Obwohl viele tausend Menschen dagegen demonstrierten, bestritt der große Teil der Linken eine westdeutsche Beteiligung am Überfall. Die Grünen gingen sogar so weit, eine eigene Nah-Ost-Politik der Bundesregierung mit der EG in Konkurrenz zur US-Politik und ebenfalls gegen Libyen vorzuschlagen.

Die Differenzen über die auswärtige Politik der BRD konnten auf dem Kongreß nicht ausgetragen werden. Die KG (NHT), die vor nicht all zu langer Zeit in wichtigen Fragen sich auf die Drei-Welten-Theorie bezog, bestritt inzwischen jede aggressive Absicht der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt. Die IV. Internationale, zu der sich ein Teil der Mitglieder der VSP zählt, hat darauf verzichtet, die "sozialistische Wiedervereinigung Deutschlands" offensiv zu vertreten. Das ist aber eine bis heute nicht korrigierte Forderung der IV. Internationale.

Aufgrund dieser Umstände konnte auf dem Kongreß die KG (NHT) sich sogar zu der Behauptung versteigen, daß die Strategie der EG, ihren Einfluß in der Dritten Welt zu erweitern, zur Zeit keine Mittel des außerökonomischen Zwangs beinhalten würde und daß die BRD nicht imperialistisch in die Souveränität anderer Staaten eingreife. Diese Theorie sieht von den tatsächlichen Vorgängen (Malwinen-Krieg, Überfall auf Libyen etc.) völlig ab. In der Arbeitsgruppe Außenpolitik lag ein Referat vor, in dem behauptet wird, daß die Ostpolitik der BRD im "Kern" auf ökonomische Mittel zur Durchsetzung einer deutschen Hegemonie in Europa setzen würde. Für was braucht dann die BRD einen Friedensvertrag, für den auch die KG (NHT) eintritt?

Der BWK vertritt gegenüber allen Wiedervereinigungstheorien die Position, daß das deutsche Reich untergegangen ist und daß das eine Erleichterung für den Kampf der Arbeiterklasse ist. Auch wenn die Schlußerklärung im Teil "Europastrategien des Kapitals" und im Teil "BRD und Dritte Welt" gemeinsame Aufgaben festlegt, ist das keine umfassende Kritik an der auswärtigen Politik und den auswärtigen Beziehungen der BRD. Der BWK hatte sich zuletzt vor über einem Jahr kritisch mit der Forderung nach einem Friedensvertrag auseinandergesetzt und im Juni 1985 mit dem KB gestritten, der die Rede von Weizsäcker zum 8. Mai als integrative Beschwichtigungsrede mit Blick auf Bündnispartner und deshalb als nicht-revanchistisch wertete. Wir sind daran interessiert, solche und andere offenen Fragen bald zu klären. Deshalb schlagen wir vor, vom Beilagenkreis und mit anderen eine Arbeitskonferenz durchzuführen, die sich wissenschaftlich mit der Entwicklung außenpolitischer Strategien der BRD seit ihrer Gründung befassen sollte.

Berichterstattung: jöd

## Kongreß zu den Bundestagswahlen

### Vortrag in der AG Antifaschismus

**Vorbemerkung:** Am Kongreß: "Vor den Bundestagswahlen – Aufgaben und Ziele der Revolutionären Sozialist(innen)" beteiligten sich ca. 90 Teilnehmer in der Arbeitsgruppe Antifaschismus. Sie war die weitaus größte Arbeitsgruppe. Wie schon an der letzten Beilage absehbar, fand auch in der Arbeitsgruppe eine sehr kontroverse Diskussion statt, über weite Strecken über Positionen, wie sie vor allem von der KG(NHT) vertreten wurden, daß Faschismus eine Herrschaftsform ist, die die imperialistische Bourgeoisie auf keinen Fall anstrebt, daß infolgedessen in der BRD keine Tendenz zu Faschismus feststellbar ist und die revolutionären Kräfte daher antifaschistische Aufgaben vernachlässigen können. In einem der Konferenz nicht schriftlich vorgelegenen Vortrag wurden zum Beweis dafür die Notstandsgesetze und das Bundesverfassungsgericht als Maßnahmen der bürgerlichen Demokratie zur Verteidigung einer bürgerlichen – im Gegensatz zu einer faschistische – Herrschaftsform des Kapitals angeführt. Von Genossen der FAU/R lag ein schriftlicher Vortrag vor zu "Die Form der Herrschaft in der BRD", in dem zugestanden wurde, daß es "grundsätzlich nicht abwegig ist, perspektivisch die Gefahr einer offenen Diktatur zu sehen", gegenwärtig aber die Bourgeoisie eher ungestört herrsche und die offene Unterdrückung gering sei. Ein Mitglied der Volksfront hielt einen Vortrag, der zu einer Einigung in der Arbeitsgruppe auf antifaschistische Aufgaben führen sollte. Er wird im folgenden dokumentiert. Außerdem lag von Mitgliedern der Volksfront ein Überblick über die Lage in der Ausländer- und Asylpolitik sowie Gesichtspunkte zur faschistischen "Geopolitik" vor, an der Weizsäcker und Kohl anknüpfen. Die Beschlüsse der Arbeitsgruppe sind in der Beilage zu dieser Ausgabe der Politischen Berichte veröffentlicht. – (düb)

#### Thesen:

1. Seit einigen Jahren stellen die Faschisten nicht mehr die Rehabilitierung des Faschismus an der Macht 1933 – 1945 in den Vordergrund ihrer Tätigkeit. Ohne die faschistischen Inhalte aufzugeben, wurde das nationalsozialistische Vokabular weitgehend durch 'moderne' Begrifflichkeiten ersetzt. Hinzukommen nationalrevolutionäre Elemente, wie bei der NPD die Forderung nach Neuvereinigung und Neutralität, befreiungsnationalistische Versionen einer europäischen Friedensordnung oder das rassistische Apartheidkonzept als "Alternative zum Prinzip Gleichheit". Themen wie atomare Bedrohung, ökologische Gefahren, soziale Ungerechtigkeiten werden ohne Probleme in faschistische Strickmuster eingearbeitet. Dazu gehört zum Beispiel die Lösung der Ökologiefrage in "völkischer Neuordnung".

Die Herausarbeitung einer neuen geschlossenen faschistischen Programmatik und Weltanschauung wird in der sogenannten Neuen Rechten als Voraussetzung einer neofaschistisch inspirierten gesellschaftlichen und politischen Offensive gesehen. Diese Strömung speist sich aus rechten Wissenschaftler-Zirkeln, Seminaren, Denkschulen, Gesellschaften, Zeitschriften und Kongressen. Vor zu schnellem Parteigründungsaktivismus wird gewarnt. Positionsunterschiede zur NPD sind kaum sichtbar, aber die bisherigen Parteien aus dem faschistischen Lager sind zu sehr diskreditiert. Trotzdem beeinflußt diese Strömung alle Parteien und Gruppen der Faschisten, hat aber auch im rechtskonservativen Lager einen festen Fuß auf dem Boden.

Von der Modernisierung faschistischer Weltanschauung versprechen sich diese Kräfte eben nicht nur eine Sammlungsbewegung reaktionärer und rechtsradikaler Kreise, wie dies Anfang der 70er Jahre versucht wurde. Angestrebt wird ein Einbruch in konservative und liberale, aber auch alternative Denkweisen, Anhänger- und Wählerpotentiale.

2. Die Gefahr einer faschistischen Anhangbildung ist nach dem Sieg der Front National in Frankreich, den 3% für die Republikaner in Bayern, verschiedensten faschistischen Terroranschlägen in der BRD wieder real faßbar.

Dabei ist unerheblich, ob die CSU diese Kräfte innerhalb ihrer Reihen durch strengeren Nationalismus halten will, oder ob die CDU in ihrem Verständnis als Partei der Mitte gerne noch was rechts neben sich duldet und fördert (siehe Lummer).

Entscheidend ist, daß hier eine politische Formierung stattfindet, von deren Chancenlosigkeit man nicht einfach ausgehen kann.

Entscheidend ist auch, daß diese Formierung parallel läuft zu rassistischen und nationalistischen Mobilisierungsversuchen der Regierungsparteien, wie die Hetze gegen Asylbewerber und die Aufwertung nationalistischer Werte (Nationalhymne) zeigt.

Nationalistische und euronationale Stimmungsmache gehört zum ständigen Repertoire der Regierungskreise und steht im direkten Zusammenhang mit der ökonomischen und militärischen Expansionspolitik des BRD-Imperialismus. Faschistische Propaganda, ob von den Herrschenden direkt gefördert oder nicht, leistet dazu einen wertvollen Beitrag.

Die Kritik jedoch an neuen faschistischen und rechtskonservativen ideologischen und politischen Formierungsversuchen wird in der gemeinsamen Beilage nur am Rande als wichtig erkannt. Diese Kritik dürfen Revolutionäre Sozialisten nicht Organisationen wie der VVN oder der Volksfront überlassen. Ohne inhaltliche Kritik dieser Positionen ist eine Bestimmung der Rolle der Faschisten für die Herrschenden entweder hohl oder spekulativ.

3. Nationalismus und Rassismus sind die Grundlagen, auf denen sich sowohl faschistische Propaganda ausbreitet, als auch die regierungsamtliche Begründung für ausländerfeindliche Politik entwickelt.

So entspricht der Euronationalismus der NPD aufs Haar der offiziellen Unterscheidung zwischen EG- und Nicht-EG-Ausländern.

4. Rassismus und ausländerfeindliche Politik richten sich gegen die gesamte Arbeiterklasse. Sie dienen dem Finanzkapital und der Regierung dazu, die Vertreibung nicht verwertbarer Arbeitskräfte zu beschleunigen, den Abbau sozialer Leistungen voranzutreiben, Arbeiter gegenseitig aufzuhetzen und zu spalten und die Neuaufgabe einer Volksgemeinschaft im faschistischen Sinne zu fördern.

Ein Großteil der Arbeiterklasse ist auf diese Weise von der Sondergesetzgebung der Regierung betroffen. Den Arbeitsemigranten werden die minimalsten demokratischen Rechte wie Wahlrecht vorenthalten.

Die Flüchtlinge unterliegen Sondermaßnahmen und Regelungen, die totale Rechtlosigkeit bedeuten. Zwangseinweisung in unmenschliche Sammellager, totales Arbeitsverbot, gleichzeitig mögliche Zwangsarbeit von Behörden angeordnet, Studierverbot, Stadtarrest.

Diese Maßnahmen sowie die gleichzeitige Hetzkampagne gegen Asylbewerber müssen im Zusammenhang faschistischer Maßnahmen 1933 – 1945 gesehen werden, ohne daß eine plumpe Gleichsetzung erfolgt.



5. Nach wie vor unwiderlegt ist das Argument, wonach die Notstandsgesetze die Möglichkeit einer legal errichteten Diktatur zulassen und demokratische und parlamentarische Rechte außer Kraft zu setzen.

Mit dem Hinweis auf die "Belange der BRD", also des kapitalistischen Staates, peitscht die Regierung ein Sicherheitsgesetz nach dem anderen durch das Parlament.

Die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises, des Schleppnetzparagraphen bis zur Einführung des Kronzeugen etc. etc., all das sind Maßnahmen bürgerlicher Herrschaftssicherung, und sie können sicherlich nicht ohne genaue Beurteilung auf das Konto der Befürworter oder Gegner der Faschisierungsthese gebucht werden. Wer diese Maßnahmen aber abtut als bloße bürgerliche Konfliktvermeidung, als Normalität parlamentarischer Demokratie und bürgerlicher Herrschaft, gibt sich in Gefahr, diese Maßnahmen solange als normal zu akzeptieren, bis die ganze bürgerliche Herrschaft beendet ist.

6. Wer die Angriffe der Wenderegierung auf die Rechte der Gewerkschaften (§ 116) und die reaktionäre Mobilisierung gegen ihre Forderungen (z.B. 35-h-Woche) anschaut, kann nicht ohne Skrupel von Konfliktvermeidung reden. Natürlich gibt es heute keine sichtbaren Bestrebungen, die Gewerkschaftsorganisationen zu zerschlagen, wie dies 1933 geschehen ist. Aber es gibt Bestrebungen, die Gewerkschaften kampff- und streikunfähig zu machen, dem Staat Zugriffsrechte auf die Gewerkschaftskassen einzuräumen, die politischen und sozialen Rechte der Lohnabhängigen zu beschneiden.

Wer immer nur auf die Integriertheit des DGB in die bürgerliche Ordnung hinweist, sollte zur Kenntnis nehmen, daß es den Regierenden und dem Kapital nicht reicht, daß sich die DGB-Gewerkschaften immer an die Spielregeln der bürgerlich-demokratischen Ordnung gehalten haben. Die Durchsetzung aktueller Kapitalinteressen verlangt eine reaktionäre Offensive in kleinen Schritten gegen die Arbeiterbewegung.

Natürlich geht es Revolutionären nicht darum, von links her, auf der Linie einer Abwehr des drohenden Faschismus, die Gewerkschaftsführung zu decken. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Angriffe auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung können nur wirkungsvoll zurückgeschlagen werden, wenn an die Stelle sozialpartnerschaftlicher eine klassenkämpferische, auch antifaschistische Orientierung tritt.

Schon heute bemängelt die FAZ, daß in den Gewerkschaften unter dem Deckmantel des Antifaschismus eine klassenkämpferisch-revolutionäre Strömung sich breitmacht.

7. Versuche, den Faschisierungs-Begriff durch rettende Griffe in die Mottenkiste abzutun, sind für die Diskussion wenig hilfreich.

Gerade Thalheimer, der vom Faschismus als Ausschaltung der Bourgeoisie von der politischen Macht sprach, scheint mir durch die letzten 60 Jahre ausreichend widerlegt.

Andererseits ist eine verabsolutierende Anwendung des Begriffs abzulehnen, zumal, wenn er sich nur auf festgestellte Ähnlichkeiten von Faschismus und bürgerlicher Demokratie bezieht. Die Elemente der Kontinuität zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie müssen schon im einzelnen ausgewiesen sein. Anstelle platter Vergleiche sind genaue Beurteilungen einzelner reaktionärer Maßnahmen notwendig, die auch nach dahinterstehenden Interessen, Absichten und langfristigen Auswirkungen fragen.

8. Alle Befürworter antifaschistischer Bündnispolitik, die in der Beilage zu Wort kamen, beziehen sich auf Arbeiterinteressen und eine antikapitalistische Orientierung. Antifaschismus kann eine revolutionär-sozialistische Perspektive nicht ersetzen, aber Antifaschismus kann dabei wesentlichen Anteil haben.

Abzulehnen ist die Position, antifaschistisch-demokratische Bündnispolitik als Rettungsanker bürgerlicher Demokratie und bürgerlicher Interessen aufzufassen. Diese Position unterstellt dem Kapitalismus selbst einen antifaschistischen Charakter.

Die Frage steht, ob revolutionäre Sozialisten in der Lage sind, trotz verschiedener theoretischer Ansätze, trotz verschiedener Beurteilung von Volksfrontkonzepten eine gemeinsame Politik gegen reaktionäre Mobilisierungen und Maßnahmen durchzuführen.

9. Die Bundestagswahlen entscheiden darüber, welche Richtung bürgerlicher Politik gewinnt.

Darüberhinaus können sie entscheidenden Einfluß darauf haben, inwieweit sich antidemokratische Maßnahmen, reaktionäre Gesetze, rassistische und nationalistische Mobilisierungen durchsetzen lassen.

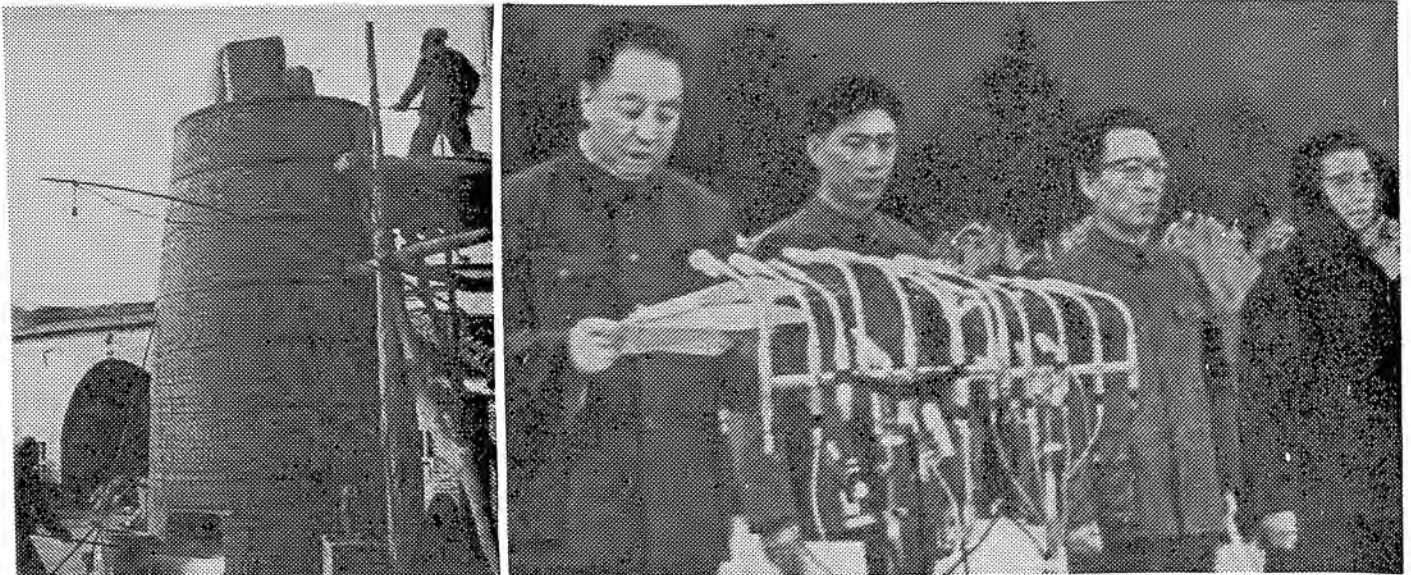
Revolutionäre Sozialisten dürfen dabei nicht auf die parlamentarischen Mehrheiten orientieren sondern müssen auf eine inhaltliche und stärkemäßige Unterstützung auch der antifaschistischen Bewegung hinarbeiten.

– Faschistische Ideologie, Propaganda und Politik ist also auf keinem Gebiet losgelöst von der allgemeinen reaktionären und konservativen Politik. Vielmehr stellt sie deren reaktionäre Speerspitze dar. Neben offenem Terror bricht sie reaktionären Anschauungen die Bahn und läßt die Politik des reaktionären und konservativen Lagers als gemäßigter erscheinen. Fortschrittliche Leute lassen sich einschüchtern, kommen unter Druck, räumen Positionen.

Antifaschisten befinden sich deswegen nicht nur in einer Konfrontation mit faschistischen Organisationen und Positionen sondern sie müssen auch Stellung beziehen in den Konfrontationen der herrschenden Reaktion mit der Arbeiterbewegung.

### Kongreß der Volksfront

Da wir in der Volksfront die Erfahrung gemacht haben, daß die verschiedenen Standpunkte, Ansichten und Theorien stets von bestimmten praktischen, politischen Interessen und Aufgabenstellungen bestimmt sind und daraus Konsequenzen für den Kampf gegen Reaktion und Faschismus heute folgen, beschloß der letzte Bundeskongreß der Volksfront, dazu einen Kongreß durchzuführen. Er findet am 16./17. Mai 1987 in Köln statt zum Thema: "Faschisierung – was ist das? Aktuelle Aufgaben des antifaschistischen Kampfes". Wir beabsichtigen keine "Begriffsdebatte", sondern wollen durch Untersuchung einen Fortschritt in der Sache erreichen und einen Fortschritt in der Zusammenarbeit und im Bündnis aller Antifaschisten. Bisher sind folgende Arbeitsgruppenthemen vorgesehen: – Der Prozeß der ideologischen und organisatorischen reaktionären und faschistischen Formierung; – Innere Sicherheit und die Organisation des "vorverlegten, präventiven Staatsschutzes"; Justiz und politisches Strafrecht; Reaktionäre und Faschistische Politik der Konzerne; Theorie und Praxis vom "starken Staat"; Die Verfassung, ihre Änderungen und ihre Anwendung; Antifaschistische Gegenmaßnahmen: Berufsverbote. Ausführliche Unterlagen können angefordert werden bei: Bundesgeschäftsstelle der Volksfront. Zülpi-cher Str. 7, 5000 Köln 1.



Ein auf 500 t Roheisen ausgelegter einfacher Schmelzofen aus der Zeit des Großen Sprungs. Mao Zedongs Konzept des Großen Sprungs (Bild: Trauerfeier für Mao Zedong im September 1976) zielte auf Entwicklung des Landes durch Hebung der Masseninitiative, durch Entwicklung in die Breite statt durch Bevorzugung weniger Zentren.

## VR China

### Die Kulturrevolution hat das Klassenbündnis und die Führung der Arbeiterklasse darin nicht gefestigt

Die 6. Plenartagung des XI. ZK der KP Chinas verabschiedete im Sommer 1981 eine "Resolution über einige Fragen zur Geschichte der KP Chinas", in der es über die Kulturrevolution u.a. heißt: "Die 'Kulturrevolution' vom Mai 1966 bis zum Oktober 1976 hat Partei, Land und Volk die schwerwiegendsten Rückschläge und Verluste seit Gründung unserer Volksrepublik gebracht." Bekannt sind die Kennzeichnungen der Kulturrevolution durch führende Vertreter der KPCh als die "zehn finsternen Jahre", als "Jahre des Chaos" etc. Noch auf dem XI. Parteitag der KPCh 1977 hatte dagegen der damalige Parteivorsitzende Hua Guofeng die Siege der Kulturrevolution gefeiert und die Kulturrevolution als siegreich beendet erklärt.

Es bedarf also der Erklärung, auf welche Anhaltspunkte, Entwicklungen und auch politischen Anschauungen und Erfahrungen unter den Massen sich die KPCh heute mit ihrer generellen Verurteilung der Kulturrevolution beziehen

kann. Das umso mehr, als die heutige Führung der KPCh nahezu in allen Fragen eine politische Linie verfolgt, die der Linie der Kulturrevolution diametral entgegengesetzt ist. Damit sind natürlich auch die Feststellungen des XI. Parteitags der KPCh über die Siege der Kulturrevolution in Frage zu stellen: Ist nicht vielmehr durch Fehler und Fehlentwicklungen in der Kulturrevolution die soziale und politische Basis dafür geschaffen worden, daß die KPCh nicht nur das maoistische, mit "Dezentralisierung" und "Masseninitiative" zu kennzeichnende Entwicklungsmodell aufgegeben hat, sondern auch das in den 50er und zeitweilig in den 60er Jahren verfolgte an sowjetischen Vorbildern orientierte Entwicklungsmodell zugunsten einer marktwirtschaftlichen Entwicklung? Welche Entwicklungen haben sich in den Jahren nach den kulturrevolutionären Massenkämpfen 1966/67 vollzogen?

#### Die Kulturrevolution hat die Wirtschaftsbasis des Landes gefestigt und zur Befreiung der Produktivkräfte beigetragen.

Bei aller Kritik an der Kulturrevolution muß die erwähnte Resolution dennoch festhalten: "Obwohl unser Land in volkswirtschaftlicher Hinsicht enorme Schäden davontrug, machte es dennoch Fortschritte. Die Getreideerzeugung hatte weiter einen relativ stabilen Zuwachs zu verzeichnen, in der Industrie, im Verkehrswesen, im Investbau und im wissenschaftlich-technischen Bereich gab es eine Reihe wichtiger Erfolge ..." In anderen in den letzten Jahren in China publizierten Studien wird vor allem kritisiert, die Wirren der Kulturrevolution hätten ein sonst mögliches sehr hohes Wirtschaftswachstum wie jetzt in den 80er Jahren verhindert. Die Produktionsstatistiken von Getreide,

Stahl und anderen Gütern beweisen, daß die Kulturrevolution weder längere Einbrüche in der Produktion noch eine Stagnation verursacht hat. Lediglich in den Jahren 1966/67 und erneut 1976 kam es aufgrund der in einzelnen Betrieben und im Verkehrswesen stattfindenden Auseinandersetzungen zu Einbrüchen in der Produktion.

Unbestreitbar ist natürlich die Höhe der Produktionssteigerungen bzw. das Tempo des Aufbaus für ein Entwicklungsland wie die VR China ein entscheidendes Kriterium dafür, wie schnell die Lage der Mehrheit der Bevölkerung verbessert werden kann. Dennoch ist festzuhalten, daß gerade die zehn Jahre der Kulturrevolution elementare Grundlagen für die beschleunigte Entwicklung heute legten. Das gilt vor allem für die Industrialisierung der Landgebiete und die enormen, hauptsächlich von den ländlichen

Kollektiven aufgebrauchten Mittel für den Investbau, Be- und Entwässerungsbauten. Zahlreiche westliche Wirtschaftswissenschaftler führen die sprunghaften Produktionssteigerungen der letzten Jahre gerade in der Landwirtschaft vor allem auf die Vorleistungen aus der Zeit der Kulturrevolution zurück.

Viel schwerer zu beziffern, weil kaum meßbar, und in den meisten Abrechnungen mit der Kulturrevolution gern unterschlagen sind die positiven Auswirkungen der gegen Differenzierungstendenzen, auf Hebung der Masseninitiative, auf Einschränkung des Widerspruchs zwischen Kopf- und Handarbeit gerichteten Maßnahmen der Kulturrevolution. Das Bildungskonzept der Kulturrevolution zielte auf eine allgemeine Hebung des Bildungsniveaus und auf eine polytechnische Ausbildung. Die Zahlen über den Schulbesuch belegen die Wirksam-

keit der Maßnahmen auf diesem Sektor. Wie könnte eine Industrialisierung der Landgebiete aber erfolgreich sein ohne eine Verallgemeinerung des Schulbesuchs?

Gerade auf dem Lande, mehr noch als in den Städten, wirkte die Kulturrevolution befreiend auf die Frauen, indem sie sie nicht nur in den Produktionsprozeß integrierte, sondern auch die Voraussetzungen in Form von Einrichtungen der Kinderversorgung etc. zur Verfügung stellte und vor allem immer wieder die gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit forderte und teilweise auch durchsetzte.

Diese und andere unbestreitbare Erfolge der Kulturrevolution – z.B. die Anstrengungen in der Industrie, durch Dreierverbindungen, Arbeiterhochschulen etc. den allseitig ausgebildeten Arbeiter zu schaffen – sind teilweise in Vergessenheit geraten, obwohl das heutige Entwicklungstempo der chinesischen Wirtschaft ohne diese Voraussetzungen kaum erklärt werden kann. Dennoch konnten diese Errungenschaften der Kulturrevolution nicht dauerhaft gesichert werden. Die Ursache liegt darin, daß das Klassenbündnis von Arbeitern, Bauern und neuen Mittelklassen durch die Kulturrevolution nicht auf eine neue Grundlage gestellt und gefestigt werden konnte.

### **Obwohl die Kulturrevolution der Differenzierung im Industrieproletariat entgegenwirkte, verstärkte sie die politischen Spaltungslinien.**

Die acht bis zehn Lohngruppen, nach denen seit den 50er Jahren Industriearbeiter eingruppiert wurden, blieben zwar während der Kulturrevolution bestehen. Auch die in den 70er Jahren von der Linken in der Parteiführung initiierte Kampagne gegen das bürgerliche Recht, in deren Zentrum die Kritik an dem achtstufigen Lohnsystem stand, hatte auf die tatsächliche Eingruppierungspraxis in den staatlichen Industriebetrieben praktisch keinen Einfluß. Aber die Kulturrevolution räumte offenbar gründlich mit den verschiedenen Formen des Prämiensystems auf, die schon in den 50er Jahren nach sowjetischem Vorbild praktiziert wurden und nach dem Großen Sprung zu voller Blüte gelangten. Teilweise hatten die Prämien das Doppelte der Grundlöhne betragen. In den Kämpfen 1966/67, u.a. in Shanghai, wurden die Prämien von den Betriebsleitungen direkt als Instrument eingesetzt, die Belegschaften der Großbetriebe gegen die Rebellen auszuspielen. So heißt es in der "Dringenden Bekanntmachung" des Rebellenhauptquartiers von Shanghai vom 9.1.67: "Sie (gemeint ist das Shanghaier Stadtkomitee der Partei) verschwendet nach Belieben Geld und Eigentum des Staates, erhöht Löhne und Wohlfahrtszulagen und ver-

teilt unbegrenzt verschiedene Zuschüsse und Unterstützungsgelder." In den folgenden Jahren wird dagegen das Prämiensystem im ganzen Land nicht mehr praktiziert. Die kulturrevolutionäre Kritik am Prämiensystem – 1977/78 wieder eingeführt – wirkt noch bis heute; so ist die chinesische Presse voll von Klagen, daß in vielen Staatsbetrieben Prämien unterschiedslos an alle Beschäftigten gezahlt werden.

Erfolge dabei, sozialer Differenzierung im Industrieproletariat entgegenzuwirken, sind weiter an der rapide gewachsenen Zahl der Arbeiter in den Staatsbetrieben abzulesen, die von 1965 bis 1976 um über 100% stieg. Bei den Einstellungen handelt es sich teilweise um die feste Anstellung von Vertragsarbeitern. Dagegen blieben die Arbeiter der Kollektivbetriebe – z.B. kleiner Handwerksbetriebe in den Städten, vor allem aber der ländlichen Industrie – Arbeiter "zweiter Klasse" in puncto Bezahlung, Kündigungsschutz sowie sozialer Sicherung.



Arbeiterpropagandatrupp in einem Dorf. Die Massenbewegung der Kulturrevolution hatte die Landgebiete allerdings kaum erfaßt.

Politisch hatten die Kämpfe der Kulturrevolution die Spaltungslinien in den Belegschaften noch mehr vertieft: Jungarbeiter und Lehrlinge, die nach der vorherrschenden Organisation der Arbeit zumeist Schwerst- und Hilfsarbeiten machen mußten, hatten rebelliert und waren mit den älteren Arbeitern und Facharbeitern aneinandergeraten. Vorarbeiter und Meister wurden angegriffen. In vielen Betrieben bildeten sich verschiedenste Gruppen, die sich alle auf die Kulturrevolution und Mao Zedong beriefen und gegeneinander kämpften. Die Gewerkschaften konnten die Aufgaben der Vereinheitlichung der Belegschaften nicht wahrnehmen, da sie längst zu Instrumenten der Betriebsleitungen und Organisatoren der Freizeitgestaltung – Kinokarten und Tanz – gekommen waren.

### **Die Kulturrevolution verschlechterte die wirtschaftliche Lage großer Teile des Proletariats.**

Die Abschaffung der Prämien, die

sich – unterstützt von der zentralen Propaganda – auf Betriebsebene vollzog, war nicht begleitet von einer entsprechenden Erhöhung der Grundlöhne. Erst 1973 verordnete der chinesische Staat eine allgemeine Lohnerhöhung um fünf Yuan, die die Prämienkürzung teilweise ausglich. Angesichts der Verbreitung des Prämiensystems dürfte die Mehrheit der chinesischen Industriearbeiter von den Kürzungen betroffen gewesen sein. Über das Ausmaß der durchschnittlichen Lohnkürzung kann man nur spekulieren. Diese Lohnkürzung über Prämienstreichung traf auch die Angestellten in Behörden etc. Auch der faktische Stopp des Wohnungsbaus und der Verbesserung der Infrastruktur in den Städten für zehn Jahre drückte das Lebensniveau der Stadtbevölkerung und weckte nicht gerade Sympathien für die Linke.

### **Aufgrund der Entwaffnung durch die Produktionsorganisation und durch die Fehler der Linken konnte das Proletariat nicht für das maoistische Entwicklungsmodell gewonnen werden.**

Nach Gründung der VR China 1949 stand das sowjetische Modell des Wirtschaftsaufbaus Pate. Das bedeutete, daß große Betriebe an zentralen Standorten geschaffen wurden, daß das Land den Aufbau der Industrie und die Entwicklung der Städte finanzierte, daß in der Großindustrie tiefgehende Arbeitsteilung, Spezialisierung und Hierarchisierung entwickelt wurden, daß Kopf- und Handarbeit getrennt blieben. Der Entleerung der konkreten Arbeit, der vom Kapitalismus übernommenen Produktionsorganisation, die die Arbeiter zum Anhängsel der Maschine machte und Technikern, Ingenieuren und Intellektuellen überhaupt die Leitung der Produktion übergab, stand die grundlegende materielle Absicherung und – gegenüber der Bevölkerungsmehrheit auf dem Lande – relative Privilegierung der Arbeiter gegenüber. Neben den Betrieben entstanden Wohnsiedlungen mit Schulen und Sozialeinrichtungen, was noch heute das Bild vieler chinesischer Industriestädte prägt.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre entwickelte die KP Chinas – angesichts erster Krisenerscheinungen, sinkender Wachstumsraten und vor allem aufgrund des weiter wachsenden Stadt-Land-Gefälles – in der Kritik am sowjetischen Modell das maoistische Entwicklungsmodell. Masseninitiative statt Spezialistentum, Industrialisierung der Landgebiete statt weniger Zentren, Entwicklung in Sprüngen statt in gleichmäßigen Raten – das waren die Kernpunkte des Konzepts. Die Diskussion darüber wurde in der ganzen Partei geführt.

Die Massenbewegung des Großen Sprungs erfaßte auch das Industrie-

proletariat; Belegschaften experimentierten mit neuen Produktionsverfahren, entwickelten neue Produkte für die Landgebiete, suchten den Produktionsausstoß zu verdoppeln o.ä. Doch das wirtschaftliche Desaster nach dem Großen Sprung wirkte wie eine Falsifikation des maoistischen Entwicklungskonzeptes, und in den folgenden Jahren bis zum Beginn der Kulturrevolution wurde in den Betrieben die kapitalistische Organisation und Teilung der Arbeit wieder vervollkommen, Spezialisten, Fachleute hatten das Sagen nicht nur in den Fabriken, sondern in der gesamten Gesellschaft.

So kann es nicht verwundern, daß die Mehrheit des chinesischen Industrieproletariats offensichtlich die Kulturrevolution zunächst ablehnte, als die Rebellen die Auseinandersetzung in die Fabriken tragen wollten. Hinzukommt: In den grundlegenden Parteidokumenten zur Kulturrevolution finden sich keine Ziele und Forderungen (wirtschaftspolitische schon garnicht!), mit denen sich etwa die KPCh direkt an das Proletariat wandte. Es blieb bei der Aufforderung: "Die Revolution anpacken, die Produktion fördern!", was konkret bedeutete, daß die Produktion unbedingt aufrechterhalten werden mußte. Dafür bot die eingeführte Produktionsorganisation – weil bewährt – eine Garantie. Schließlich hatte das Proletariat angesichts verkommener Gewerkschaften keine Möglichkeit, seine Interessen und seine Positionen überhaupt zu erörtern, zusammenzufassen und zu formulieren und so in den kulturrevolutionären Auseinandersetzungen Stellung zu nehmen.

#### **Die Kulturrevolution nutzte durch ihre antizentralistische Tendenz und durch die forcierte ländliche Industrialisierung der Landbevölkerung.**

Insgesamt hatte die Kulturrevolution als große Massenbewegung in den Landgebieten wenig Widerhall – allenfalls in den stadtnahen Kommunen sowie unter den aufs Land geschickten Jugendlichen aus den Städten. Vereinzelt griffen auch Bauern in den Städten mit Wandzeitungen über den Stadt-Land-Widerspruch in die Bewegung ein. Und im Hinterland der großen Städte kommt es 1966/67 zu Aktionen der Bauern gegen die Ablieferungspflicht von Getreide, gegen ländliche Kader, die das Soll durchsetzen müssen.

Augenfälliger Beleg, daß die kulturrevolutionären Auseinandersetzungen die Landgebiete kaum berührten, sind die stabilen Wachstumsraten des Agrarprodukts – anders als in der Industrie, wo die Auseinandersetzungen der Jahre 1966/67 und – nicht so stark – auch 1976 zu Produktionseinbrüchen bzw. zur Stagnation führten. Der nach dem Großen Sprung fixierte Grad der

Kollektivierung mit den Produktionsgruppen (mehrere Familien eines Dorfes) als Einheiten der Produktion, den Produktionsbrigaden (meist ein Dorf) als Einheiten der Produktionsplanung und Rechnungsführung, der Organisation der Sozialversorgung etc. und darüber den Volkskommunen mit wesentlich administrativen Aufgaben blieben weitgehend unverändert. Auch die Kampagnen der Parteilinken Anfang der 70er Jahre gegen bäuerliche Privatparzellen, freie Märkte etc. hatten nur wenig praktische Auswirkungen.

Allerdings rückte die Kulturrevolution der wachsenden sozialen Differenzierung auf dem Lande zu Leibe: Die Einhaltung der Verbote, Land hinzuzupachten oder Arbeitskräfte zu beschäftigen, wurde strenger von den Parteiorganen, den Kommuneorganen und den in der Sozialistischen Erziehungsbewegung wiedererstandenen Gruppen armer Bauern kontrolliert.



Ländlicher privater Markt 1981. Die Kulturrevolution hatte der wachsenden sozialen Differenzierung auf dem Lande – u.a. durch Entstehung einer Händler-schicht, durch Zupacht von Privatparzellen und Heuern von Arbeitskräften – einen Riegel vorgeschoben.

Gleichzeitig praktizierten die Kollektive zwar nicht Egalitarismus, wie heute oft behauptet wird, sie sicherten aber allen Kollektivmitgliedern ein gewisses Existenzminimum. Damit verletzte die Kulturrevolution sicherlich die Interessen einzelner Bauernfamilien, die es mit der liberalen Landwirtschaftspolitik nach dem Großen Sprung zu Wohlstand gebracht hatten.

Einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Landgebiete leistete die Kulturrevolution mit einer erneuten Bewegung zum Aufbau ländlicher Betriebe. Nach dem Großen Sprung hatte die Parteiführung mit ihrer sog. pragmatischen Wirtschaftspolitik viele ländliche Betriebe als unrentabel geschlossen. Die erneute Propagierung der ländlichen Industrialisierung durch die Partei in der Kulturrevolution, die Dezentralisierung und in der

Konsequenz wahrscheinlich das Verbleiben eines Teils des Mehrprodukts in den Landgebieten begünstigten die Industrialisierung. Es kam zu einer zweiten Gründungswelle ländlicher Betriebe; von 1966 bis 1976 wuchs deren Zahl um 150%.

Die verschiedentlich in der Literatur behauptete Auspowerung der Landgebiete gerade in der Kulturrevolution ist nicht nur im Lichte dieser Indizien fragwürdig. Denn ganz unbestreitbar hatte die kulturrevolutionäre Propaganda nicht nur starke antizentralistische Züge – u.a. mit der Betonung der Masseninitiative, des Vertrauens auf die eigene Kraft –, die Kulturrevolution hatte auch praktisch die zentralen Institutionen geschwächt und damit beispielsweise die Möglichkeit, eine höhere Ablieferungspflicht der Kommunen und Brigaden durchzusetzen. Außerdem: Woher sollten die Investitionsmittel für den Aufbau neuer Betriebe, für In-

frastruktur- und Wasserbaumaßnahmen kommen, wenn nicht hauptsächlich aus dem erwirtschafteten Mehrprodukt der Kommunen und Brigaden?

Schließlich gelangten in den Jahren von 1966 bis 1976 zunehmend mehr Industriegüter in die Landgebiete, nicht nur aus der ländlichen Industrie, sondern auch aus den großen Maschinenbaufabriken und den entstehenden Kunstdüngerfabriken – eine Folge u.a. der Umorientierung der Produktion.

#### **Das Proletariat konnte die Intelligenz in der Kulturrevolution nicht für ein Bündnis unter seiner Führung gewinnen.**

Mao Zedong und die ihn unterstützenden Kräfte in der KPCh zielten mit der Kulturrevolution erklärmaßen hauptsächlich auf die Angehörigen der Intelligenz, die in Wissenschaft, Forschung, Kultur, Betrieben



und Behörden tätig waren, auf die sonstigen Staatsangestellten und Parteifunktionäre, die innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für die Planung und Leitung der Produktion verantwortlich waren, und auf die Studierenden an höheren Bildungseinrichtungen, die künftig Leitungsaufgaben innerhalb der Gesellschaft wahrnehmen würden. Der Initiierung der Kulturrevolution lag die praktische Erfahrung zugrunde, daß dieser wachsende Teil der chinesischen Werktätigen zunehmend eigenständige Interessen entwickelte und formulierte und an einer Konsolidierung seiner hervorgehobenen gesellschaftlichen Stellung arbeitete.

Schon in den 50er Jahren hatte die KPCh dieses Problem im Rahmen der Bewegung "Laßt hundert Blumen blühen!" und einer anschließenden Kampagne gegen den bürgerlichen Liberalismus zu behandeln versucht. Seitdem hatte sich die Zahl der Werktätigen mit Hochschulbildung nicht nur mehr als verdoppelt, sondern hatte die KPCh nach dem Großen Sprung die gesellschaftliche Stellung der Kopfarbeiter mit der Betonung des Spezialistentums weiter gestärkt.

Die KPCh erkannte als erste kommunistische Partei das Problem, daß die von der Intelligenz und anderen Angehörigen der Neuen Mittelklassen artikulierten Interessen und Forderungen, soweit sie den Zielen der Arbeiter und Bauern zuwiderliefen, nicht nur Folge ausländischer imperialistischer Einflüsse oder der alten Gesellschaft waren, sondern etwas mit der besonderen Funktion dieser Schichten innerhalb der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit zu tun hatten. Das kommt auch in dem Satz: "Die Bourgeoisie sitzt mitten in der Partei!" zum Ausdruck. Darin steckte die Erkenntnis, daß die noch nicht überwundene Trennung von Kopf- und Handarbeit, die noch fortbestehende kapitalistische Teilung der Arbeit bei den "Leitenden" vom Proletariat abgeordnete Interessen produziert.

Die entscheidende Schwäche der kulturrevolutionären Analyse bestand darin, den Klassencharakter dieser Entwicklung nicht richtig eingeschätzt zu haben und vermutlich dadurch die Möglichkeit, diese Klassen für ein Bündnis unter Führung der Arbeiter und Bauern zu gewinnen, verspielt zu haben. Denn soweit es sich um die Konstituierung von Interessen und Lebensgewohnheiten dieser Schichten handelte, die unterschiedlich zu denen des Proletariats waren, behandelte die KPCh das als "kapitalistische Tendenzen" und kritisierte die herausragenden ideologischen und politischen Führer dieser neuen Mittelklassen als "bürgerliche Autoritäten" und "Machthaber auf dem kapitalistischen Weg". Aus der Sicht der Kulturrevolutionäre gab es für die intellektuellen und sonstigen Angehörigen der



Das 1979 wieder verbotene Schreiben von Wandzeitungen war eines der elementarsten Instrumente der Massen in der Kulturrevolution, um ihre Interessen zu artikulieren.

neuen Mittelklassen nur zwei Wege: entweder zum Kapitalismus oder durch Umerziehung und viel körperliche Arbeit Teil des Proletariats zu werden.

Entsprechend zwiespältig war die kulturrevolutionäre Praxis gegenüber der Intelligenz: Teilweise entwickelte die Kulturrevolution Formen der Produktionsorganisation, die der Trennung von Kopf- und Handarbeit entgegenwirkten ("Dreierverbindungen", Kaderschulen, regelmäßige Teilnahme der Kopfarbeiter an der körperlichen Arbeit, Neuregelung des Hochschulzugangs), andererseits wurde offensichtlich eine große Zahl von Intellektuellen mehr oder weniger als Volksfeinde behandelt, Fragen der Weltanschauung zu zentralen Punkten der praktischen Auseinandersetzung und Vereinheitlichung gemacht.

Das chinesische Proletariat konnte so seine Aufgaben gegenüber der Intelligenz nicht als Bündnispolitik gegenüber einer Klasse, die sich gerade konstituierte, begreifen. Die falsche Behandlung dieser Klasse schuf dann praktisch die politische Basis und den nötigen Anhang für die heutige Politik der KPCh, die gekennzeichnet ist von der Dominanz der Interessen dieser Klasse.

**Der Kompromiß nach den kulturrevolutionären Auseinandersetzungen in Form der Revolutionskomitees basierte auf keiner Einheit über den maolistischen Entwicklungsweg.**

Nach den Massenkämpfen 1966/1967 wurden in den meisten Provinzen des Landes Revolutionskomitees installiert, denen Vertreter der Armee, der Rebellen sowie der Kader angehörten. Diese Organe der Staatsmacht wurden auf allen administrativen Ebenen und in allen Produktionseinheiten – Ausnahme: die Volkskommunen –

installiert und sollen in vielen Fällen demokratisch gewählt worden sein. In ihrer Zusammensetzung drückten die Revolutionskomitees einen Kompromiß aus zwischen den kulturrevolutionären Kräften, die die Entwicklung des Landes gestützt auf die Entfaltung der Masseninitiative und mit Schwerpunkt auf den Landgebieten vorantreiben wollten, und den Vertretern eines Entwicklungsmodells, die auf Arbeitsteilung, Spezialisierung, vorrangigen Aufbau industrieller Zentren etc. setzten und damit die Interessen der Angehörigen der neuen Mittelklasse vertraten. Wichtig zur Beurteilung dieses Kompromisses ist, daß er in vielen Fällen nur durch die Machtdemonstration der Armee erzwungen werden konnte. Tatsächlich bestand keine Einheit darüber, welche Prioritäten beim Aufbau des Landes gesetzt werden sollten. Es waren aber auch die Kräfteverhältnisse nicht entschieden in dem Sinne, daß es eine klare Mehrheit für den maolistischen Entwicklungsweg gab.

Die Parteimitglieder waren gespalten, wobei die Mehrheit der jetzt neueintretenden Parteimitglieder sicher für die Kulturrevolution und den maolistischen Entwicklungsweg waren. In den zehn Jahren von 1966 bis 1976 verdoppelte die KPCh ihre Mitgliederzahl. Die Organisationen der Massen – soweit sie noch existierten und nicht wie die Gewerkschaften faktisch ihre Arbeit für mehrere Jahre eingestellt hatten – waren ebenfalls gespalten. Die Volksbefreiungsarmee wiederum agierte auch nicht als einheitliche Kraft; die Mehrzahl der höheren Offiziere unterstützte wahrscheinlich die Positionen der in der Kulturrevolution kritisierten Funktionäre. Die in der Kulturrevolution entstandenen Rebellenorganisationen kämpften einander. Diese politischen Spaltungen waren Resultat dessen.

daß das Proletariat nicht die anderen Volksklassen für ein Bündnis unter seiner Führung gewinnen konnte.

Unter diesen Umständen waren die Jahre nach dem Ende der Massenbewegung 1967 bis zum Putsch gegen die sog. Viererbande bestimmt durch ständige Auseinandersetzungen um die zwei entgegengesetzten Aufbauprogramme, die sich vor allem in den Führungszirkeln der Partei abspielten: Der IX. Parteitag der KPCh 1969 bestätigte die ZK-Entscheidungen von 1966 zur Kulturrevolution. Das neugewählte ZK bestand zur Hälfte aus neuen ZK-Mitgliedern, darunter vielen Arbeitern und Bauern und vielen Frauen. Insofern drückte der Parteitag tatsächlich die politischen Umwälzungen im Land, das Erstarken der Linken aus.

Die Auseinandersetzungen der folgenden Jahre um Lin Biao, der angeblich 1971 bei einem Flugzeugabsturz auf der Flucht in die SU ums Leben kam, fanden nur in der Parteiführung statt. In der anschließenden Kritik an Lin Biao behaupteten die Parteimedien, er habe ein rechtes Aufbaukonzept verfolgt und u.a. die Kaderschulen als Arbeitslager bezeichnet. Es ist fraglich, ob das tatsächlich seine Positionen waren; doch es gab um diese Probleme Krach.

Ergebnis war die Stärkung der sog. Pragmatiker in der Parteiführung um Zhou Enlai. In die Jahre nach 1971 fallen nicht zufällig Großaufträge für Fabrikanlagen an den Westen und die Vorbereitung der Beziehungen mit den USA. Der bis etwa 1973 abgeschlossene Wiederaufbau der Parteiorganisation und die Wiedereinstellung vieler 1966/67 kritizierter Kader (u.a. Deng Xiaoping) festigte diesen Kurs. Auf dem X. Parteitag der KPCh verkündete Zhou Enlai das Ziel der Modernisierung Chinas.

Die von der Parteilinken um die sog. Viererbande dagegen initiierten Kampagnen, vor allem "zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius" und Ende 1975 "gegen den Wind von rechts", konnten die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen nicht mehr zusammenschließen; denn sie blieben in den praktischen Forderungen unbestimmt, im Angriff breitflächig und zugleich undurchsichtig (mit Konfuzius z.B. war Zhou Enlai gemeint). Vielmehr gelang es den Kritikern des maoistischen Kurses, ihren Anhang soweit zu stabilisieren, daß mit den Tiananmen-Ereignissen im April 1976 der Boden für die Entscheidung im langjährigen Kampf um das Aufbaukonzept bereitet war.

Quellenhinweis: ZK der KP Chinas: Resolution über einige Fragen in unserer Parteigeschichte, Beijing 1981; R. Hoffmann: Maos Rebellen, Hamburg 1977; Chi Hsin: Die "Viererbande" in China: Köln 1978; Mao Zedong: Das machen wir anders als Moskau, Hamburg 1975; - (wom, ulj)

Tabelle 1: Bevölkerung

Jahr	absolut (in Mio.)	Veränd. z. Vorj. (in %)	Altersstruktur (in %)			Wohnort (in %)	
			0-15	16-64	ü. 65	Stadt	Land
1950	551,96	1,900	36,0	60,0	4,0	11,2	88,8
1953	587,96	2,300				13,3	86,7
1958	659,94	1,724				16,2	83,8
1959	672,07	1,019				18,4	81,6
1960	662,07	-0,457				19,7	80,3
1961	658,59	0,378				19,3	80,7
1962	672,95	2,699				17,3	82,7
1963	691,72	3,333				16,8	83,2
1964	704,99	2,764	40,4	56,9	2,7	18,4	81,6
1965	725,38	2,838				18,0	82,0
1966	745,42	2,622				17,9	82,1
1967	763,68	2,553				17,7	82,3
1968	785,34	2,738				17,6	82,4
1969	806,71	2,608				17,5	82,5
1970	829,92	2,583				17,4	82,6
1971	852,29	2,333				17,3	82,7
1972	871,17	2,216				17,1	82,9
1973	892,11	2,089				17,2	82,8
1974	908,59	1,748				17,2	82,8
1975	924,20	1,569				17,3	82,7
1976	937,17	1,266				17,4	82,6
1977	949,74	1,206				17,6	82,4
1978	962,59	1,200	38,6	56,4	4,8	17,9	82,1
1979	975,42	1,161				19,0	81,0
1980	987,05	1,187				19,4	80,6
1984	1034,87	1,081				ca. 32,0	68,0

1) Nach 1976 wurde in China die "linke" Politik der Kulturrevolution in der Bevölkerungspolitik kritisiert. Die Linie, die Menschen nicht nur als Konsumenten, sondern vor allem als Produzenten zu betrachten, sei für eine ungenügende Eindämmung des Bevölkerungswachstums und für die daraus entstehenden wirtschaftlichen Probleme verantwortlich. Die Zahlen zeigen jedoch, daß die Wachstumsraten

seit 1968 kontinuierlich zurückgehen. Die Angaben zur Altersstruktur sollen Anhaltspunkte dafür geben, daß die Kennzeichnung der sozialen Basis der Kulturrevolution als "Minderheiten" und "Randgruppen" der Schüler, Studenten und Jungarbeiter unterschlägt, welch großen Anteil diese Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung haben. Die Entwicklung des Verhältnisses von Stadt- und Landbevölkerung zeigt,

Tabelle 2: Anzahl der eingetragenen Schüler und Studenten (Mio.)

Jahr	Primärstufe	Sekundärstufe	Tertiärstufe	Total
1949	24,39	1,27	0,117	25,78
1953	51,66	3,63	0,212	55,50
1958	86,40	12,00	0,660	99,06
1959	91,18	12,90	0,812	104,89
1960	93,79	14,87	0,962	109,62
1961	75,79	10,34	0,947	87,08
1962	69,24	8,34	0,830	78,41
1963	71,58	8,38	0,750	80,71
1964	92,95	10,20	0,685	103,84
1965	116,21	14,32	0,674	131,20
1966	103,42	12,97	0,534	116,92
1967	102,44	12,55	0,409	115,40
1968	100,36	14,05	0,259	114,67
1969	100,67	20,25	0,109	127,03
1970	105,28	26,48	0,048	131,81
1971	112,11	31,49	0,083	143,68
1972	125,49	36,17	0,194	161,85
1973	135,70	34,95	0,314	170,96
1974	144,81	37,14	0,430	182,38
1975	150,94	45,37	0,501	196,81
1976	150,06	59,06	0,565	209,69
1977	146,18	68,49	0,625	215,30
1978	146,24	66,37	0,856	213,47
1979	146,63	60,25	1,020	207,90
1980	146,27	56,32	1,144	203,74

daß es in der Zeit der Kulturrevolution gelungen ist, das Wachstum der Ballungsräume einzudämmen.

2) Die Primärstufe des Bildungswesens umfaßt in China die Grundschule (7-13 Jahre), die Sekundarstufe, die untere und obere Stufe der Mittelschule, die vor der Kulturrevolution bis zum 16. bzw. 19. Lebensjahr gingen. Während der Kulturrevolution wurde die Dauer der Mittelschule regional unterschiedlich auf bis zu vier Jahre reduziert. Die Tertiärstufe umfaßt die Hoch- und Fachhochschulausbildung. Die Zahlen zeigen, daß in den ersten Jahren der Kulturrevolution der Hochschulbetrieb fast zum Erliegen kam, während im Grund- und Mittelschulbereich nach kurzer Stagnation wieder ein Anwachsen der Schülerzahlen zu verzeichnen ist. Bemerkenswert ist dabei die Konzentration auf den Mittelschulbereich. Der Prozentsatz der Analphabeten und Halb-analphabeten konnte von 1964 bis 1972 von 38,1 auf 23,7% der Bevölkerung gesenkt werden.

3) Die Zahlen über die Beschäftigung in verschiedenen Wirtschaftszweigen zeigen zunächst den abrupten Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft im "Großen Sprung" 1958, der nicht verkraftet werden konnte, zumal zugleich noch witterungsbedingte Rückschläge und die Einstellung der sowjetischen Hilfe hinzukamen. Während der Periode der Kulturrevolution setzte dann wieder eine allmähliche Steigerung der industriell Beschäftigten ein, wobei ein Vergleich mit der Entwicklung der Wohnbevölkerungsverteilung (Tab. 1) den Schluß erlaubt, daß hier die ländliche Industrialisierung bevorzugt gefördert wurde. Deutliche Zuwächse verzeichnen in diesem Zeitraum auch die Bauindustrie und Ressourcenschließung (Erdöl, Kohle etc.) sowie die Beschäftigten in Wissenschaft, Kultur, Erziehungs- und Gesundheitswesen. Stagniert hat während der Kulturrevolution der Anteil der in der staatlichen Verwaltung Beschäftigten. Dieser stieg erst seit Ende der 70er Jahre wieder steil an.

4) Die ausgewählten Produktionszahlen zeigen - von den Jahren nach dem "Großen Sprung" abgesehen - ein kontinuierliches Wachsen der Getreideproduktion. Die Baumwollproduktion hingegen stagnierte. In der Entwicklung der Stahlproduktion spiegelt sich die Wirkung der politischen Auseinandersetzungen sehr deutlich wider: In den Jahren '67/68 sowie '74 und '76 sind hier starke Einbrüche zu verzeichnen. Die Zahlen für Kunstdünger und Traktoren sind Beispiele dafür, wie gerade durch die verstärkte ländliche Industrialisierung diese für die Entwicklung der Landwirtschaft wichtigen Produktionszweige entwickelt wurden. Während es 1965 in China nur sechs zentral produzierte

Tabelle 3: Beschäftigung

Jahr	Gesamt (Mio.)	Industrie (Mio.)	Landw. (Mio.)	Industrie in % von l.u.L.W.	Wiss., Kultur Erz., Gesundheits-, Soz.	St. Verw. Mass. Org. andere
1952	207,29	12,46	173,17	6,7	2,39	2,97
1957	237,71	14,01	193,10	6,8	3,92	3,43
1958	266,00	44,16	155,92	22,2		
1959	261,73	28,81	162,73	15,0		
1960	258,80	29,79	170,19	14,9		
1961	255,90	22,24	197,49	10,1		
1962	259,10	17,05	212,78	7,4		
1963	266,40	16,32	219,68	6,9		
1964	277,36	16,95	228,03	6,9		
1965	286,70	18,28	233,98	7,2	6,51	4,31
1966	298,05	19,74	242,99	7,5		
1967	308,14	20,32	251,67	7,5		
1968	319,15	20,92	260,65	7,4		
1969	332,25	23,65	271,19	8,0		
1970	344,32	28,09	278,14	9,2		
1971	356,20	32,33	284,00	10,2		
1972	358,54	34,96	282,86	11,0		
1973	366,52	37,04	288,61	11,4		
1974	373,69	39,00	292,22	11,8		
1975	381,68	42,84	294,60	12,7		
1976	388,34	46,92	294,48	13,7		
1977	393,77	48,09	293,45	14,1		
1978	398,56	50,09	294,26	14,5	10,69	6,00
1979	405,81	53,40	294,25	15,4		
1980	418,96	56,00	302,11	15,6		
1984	475,97	63,38	325,38	16,3	13,66	9,61

Traktorenmodelle gab, zählt C.L. Yu 1975 44 Modelle auf, die zwischen 1966 und 73 in 23 Provinzen entwickelt wurden. Auch der Anteil des lokal produzierten Kunstdüngers erhöhte sich stetig.

Quellenhinweis: Zhonggui tongji nianjian, 1984; China, A Statistics Survey in 1985, zit. n. H. Forster-Latsch, J. Noth, Chinas Weg in die Moderne - Anders als Moskau?, Frankfurt a.M.

1986; Zhang Zehou, Chen Yuguang, On the Relationship between the Population Structure and National Economic Development in China, in: Social Sciences in China, Nr. 4/81, S. 55ff.; China - Socialist Economic Development, A World Bank Country Study, Washington, D.C., USA, 1983; Cheung-Lieh Yu, Der Doppelcharakter des Sozialismus, Zur politischen Ökonomie der VR China, Bd. 1 u. 2, Berlin 1975.

Tabelle 4: Produktionsentwicklung

Jahr	Getreide Mio.t	B.wolle Mio.t	Stahl Mio.t	Rohöl Mio.t	El.En. 100Mio.Kwh	K.dünger 10000t (10000)	Trakt.
1949	113,1	0,444	0,16	0,12	43	0,6	
1952	163,9	1,303	1,35	0,44	73	3,9	
1958	200,0	1,968	8,00	2,26	275	19,4	1
1959	170,0	1,708	13,87	3,73	423	26,6	2,9
1960	143,5	1,062	18,66	5,20	594	40,5	11,6
1961	147,5	0,800	8,70	5,31	480	29,7	6,9
1962	160,0	0,750	6,67	5,75	458	46,4	7,1
1963	170,0	1,200	7,62	6,48	490	64,8	8,7
1964	187,5	1,662	9,64	8,48	560	100,8	9,8
1965	194,7	2,097	12,23	11,31	676	172,6	9,6
1966	214,0	2,336	15,32	14,55	825	240,9	11,8
1967	217,8	2,353	10,29	13,88	774	164,1	8,5
1968	209,0	2,354	9,04	15,99	716	110,9	8,9
1969	210,9	2,079	13,33	21,74	940	174,9	13,4
1970	239,9	2,277	17,79	30,65	1159	243,5	31,9
1971	250,1	2,104	21,32	39,41	1384	299,4	44,5
1972	240,4	1,958	23,38	45,67	1524	370,1	49,3
1973	264,9	2,561	25,22	53,61	1668	459,2	57,9
1974	275,2	2,460	21,12	64,85	1688	422,2	62,7
1975	284,5	2,380	23,90	77,06	1958	524,7	78,4
1976	286,3	2,055	20,46	87,16	2031	524,4	73,7
1977	282,7	2,048	23,74	93,64	2234	723,8	99,3
1978	304,7	2,167	31,78	104,05	2566	869,3	113,5
1979	332,1	2,207	34,48	106,15	2820	1065,4	126,5
1980	320,6	2,707	37,12	105,95	3006	1232,1	97,7
1984	407,3	6,253	43,47	114,61	3770	1460,2	39,7



**Neue Heimat: DGB zahlt mehr**

Mit dem Quasi-Rückkauf der Neuen Heimat haben die Kapitalisten die BGAG da, wo sie sie schon lange hinhaben wollten: In einer eindeutigen Zahlungspflicht. Mindestens eine Mrd. DM sollen aus dem DGB herausgepreßt werden, um am Ende die Neue Heimat dann doch zu zerstören, ihren Wohnungsbestand samt Restschulden

den Ländern aufzuhängen, die ihn dann je nach politischer Lage und geschäftlichem Interesse verkaufen oder verkommen lassen sollen. Die Verkaufsverhandlungen für die BfG geraten nun unter enormen Druck, so daß die Versicherungswirtschaft als nächstes billig an diese Bank kommt. Die Reaktion will ihren Vorteil auskosten, bis die DGB-Gewerkschaften zerstritten und ohne Reserven sind.

**Andalusien: EG und NATO nehmen eine Region in die Zange**

Die Armut Andalusien ist Legende. Immer mußten die Campesinos das Land verlassen, um in der Fremde überleben zu können. Als Gonzales, selbst Andalusier, als "Anwalt der Armen" nach Madrid auszog, das Land zu regieren, versprach er Besserung. Heute, fünf Jahre später, ist eine Bilanz der Madrider Politik zu ziehen, die ihresgleichen sucht: zwei Großprojekte der PSOE, der EG-Beitritt und das Ja zur NATO stellen die gebeutelte Region vor eine neue Zerreißprobe. Ein besonderes Geschenk von Gonzales an Andalusien ist die versprochene Landreform. Sie soll das Ödland der Großgrundbesitzer kultivieren – auf Kosten der Campesinos. Die sozialen Widersprüche werden schärfer.



**Berufsverbote**

Albrechts Landesregierung arbeitet konsequent daran, seine "Idee vom Staat" zur Wirklichkeit zu machen. Nachdem er im Jahre '85 nicht gelungen war, alle Berufsverbote auch vor Gericht vollständig durchzusetzen, wird jetzt nachgefaßt. Hoffungen auf Entlastung durch die FDP in der Landesregierung haben sich nicht bestä-

tigt. Nach den Wahlen sind neue Verfahren vor allem gegen Mitglieder der DKP eingeleitet worden. Bei Einstellungen wird die Verfolgung zunehmend auf andere Oppositionelle ausgeweitet. Parlamentarisch vertreten die Grünen weiterhin eine verfassungstreue Kritik der Berufsverbote und fordern ihre praktische Beseitigung. Wie bestimmt die politische Opposition hier ihre Aufgaben jetzt?

**Katholiken: "Nationales Bewußtsein stärken"**

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) veröffentlichte im Oktober einen "Diskussionsbeitrag" zum Thema "Nation – Nationalstaat" mit der Bekanntgabe: In dem Beitrag "... wird der Versuch unternommen, Rahmen und Ziel eines deutschen Nationalbewußtseins heute zu bestimmen ... das Recht auf nationale Selbstbestimmung ... ist ein Element des Evangeliums und entspricht christlicher Tradition". Mit dem Evangelium und der Tradition des Waffensegens für Wiedervereinigung und ein neues Großdeutschland: das ZdK tritt an gegen antinationalistische Positionen in der Kirche und stärkt die völkisch-nationale Kampagne der Konservativen und der Faschisten.



**Politische Berichte**

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

**Nachrichtenhefte** erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend, Gefängnisse 1,20 DM

**Herausgeber**

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7  
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7  
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle.** Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie.** Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen.** Preis je Heft 1,20 DM

– **Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** Preis je Heft 0,50 DM

Bezugsbedingungen für alle Hefte wie Nachrichtenhefte.

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen  
Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen  
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
M 2. 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.